Antifaschistisches info Blatt

Nr. 113 | Winter 2016 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



NEUE BEWEGUNG VON RECHTS

www.antifainfoblatt.de



NEUE BEWEGUNG VON RECHTS

Während klassische extrem Rechte an Bedeutung verlieren, betritt eine neue rechte Bewegung die Bühne. Neben den Identitären, der AfD und rechtskonservativen Zirkeln formiert sich dabei eine Mischung aus alten und neuen Nazis.



UNTER KAMERADEN IST MAN NIE ALLEIN

Der NSU-UnterstützerInnenkreis zwischen Chemnitz und Zwickau: Während wir im AIB Nr. 112 über die westsächsische Neonazi-Szene zwischen 1990 und 2002 berichteten, widmen wir uns nun der Zeit von 2002 bis zur Gegenwart.

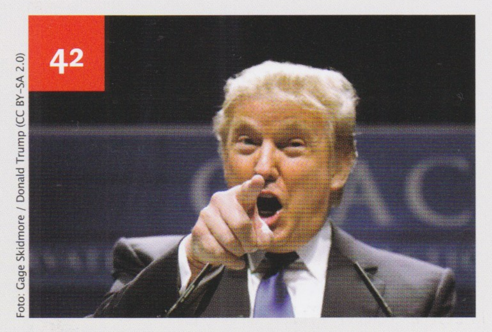


Foto: Gage Skidmore / Donald Trump (CC BY-SA 2.0)

AMERIKAS RECHTE IST WELTMACHT

Mit dem Wahlsieg von Trump ist die autoritäre Rechte im Weißen Haus angekommen. Da die US-Demokraten ihren Einfluss verloren, droht nun der Aufbau eines monströsen Republikaner-Staates — mit „alten" und „neuen" Rechten in Schlüsselpositionen.



FÜR GOTT, VOLK UND EMBRYOS

Die Ideologie der „Lebensschutzbewegung" ist sehr heterogen. Sie reicht von Holocaustleugnern bis in die bürgerliche Mitte. Trotzdem existieren argumentative, ideologische sowie teils auch personelle Überschneidungen zwischen den Spektren.

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA/ANTIRA

RASSISMUS

GESCHICHTE

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Wer oder was genau ist die neue rechte Bewegung, die sich auf der Straße, in den Parlamenten und den öffentlichen Diskursen lautstark artikuliert? „New Kids on the Block“ oder doch ein neues Format der üblichen Verdächtigen? Dieser Frage möchten wir uns in der letzten AIB-Ausgabe des Jahres 2016 widmen. Mit den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ist die NPD vollständig in der Versenkung verschwunden. Selbst die eigenen StammwählerInnen konnten kaum noch zur Wahl mobilisiert werden. Von den rechten Mobilisierungen profitiert hingegen die AfD, die sich zwar von Nationalsozialismus und „Hitlertum“ distanziert, aber dennoch in weiten Teilen Politikfelder und Argumentationen der NPD übernimmt. Neben der Schwächung der Neonazipartei nehmen wir gleichzeitig eine zunehmende Bedeutungslosigkeit klassischer NS-Organisationen wahr, wie z.B. den lange Zeit tonangebenden „Kameradschaften“. Gleichzeitig betraten unzählige neue Akteure in den letzten drei Jahren die politische Bühne, die zuvor von Kameradschaften oder der NPD bespielt wurde. Diesen ist ein ausgeprägter antimuslimischer Rassismus, ein Hass auf das sogenannte Establishment, aber auch ein fehlender positiver Bezug zum historischen Nationalsozialismus gemein. Zwar sind inhaltliche Bezugnahme auf nationalsozialistische Ideen und vielfältige personelle Überschneidungen zur Neonazi-Szene auszumachen, gleichzeitig fällt eine Skandalisierung schwer, weil sich die neuen Akteure und Organisationen immer wieder von „Neonazis“ distanzieren. So fällt es beispielsweise der AfD nicht schwer, Personen mit Vergangenheit in extrem rechten, am NS orientierten Organisationen auszuschließen, andererseits mit der „Identitären Bewegung“ weitreichend zu kooperieren. Wir fragen uns: Was sind, neben den derzeitigen gesellschaftlichen Verschiebungen in der politischen Agenda die Ursachen für die Schwächung der klassischen NS-Szene? Wer sind die neuen Akteure und was machen sie anders, als es Kameradschaften und NPD zuvor gemacht haben? Warum vermochte es die traditionelle NS-Szene nicht, das erhebliche Mobilisierungspotential in der deutschen Bevölkerung für sich zu nutzen, obwohl sie maßgeblich zum Erstarken rassistischer Mobilisierungen beigetragen hat, und was macht neue Akteure wie die „Identitäre Bewegung“ oder auch die „Merkel-muss-weg“-Mobilisierungen so attraktiv im Vergleich zur herkömmlichen NS-Szene? Was sind die Erfolgsfaktoren der neuen Organisationen, wie lassen sich die zum Teil losen Zusammenschlüsse analytisch fassen und welche thematischen Neuausrichtungen lassen sich feststellen? Und wohin „bewegen“ sich vormalige Akteure?

Im Oktober 2016 hat in Ungarn Istvan Györkös, der Anführer der neonazistischen „Ungarischen Nationalen Front“ (MNA) bei einer Razzia auf einen Polizisten geschossen und diesen tödlich verletzt. Kurz zuvor war es in Bayern zu einem ähnlichen Vorfall gekommen. Der 49jährige Wolfgang Plan eröffnete das Feuer, als Polizisten sein Haus durchsuchen und ihm die Waffenerlaubnis entziehen wollten. Vier Polizisten wurden verletzt, einer davon starb einen Tag später im Krankenhaus. In diversen Internetvideos vertritt Plan für sogenannte Reichsbürger typische Thesen. Auch der Ex-„Mister Germany“ Adrian Ursache gründete auf seinem ehemaligen Privatgelände in Reuden (Burgenlandkreis) eine Mikronation namens „Staat Ur“. Bei einer Zwangsversteigerung im August bewarfen Unterstützer des „Staates“ die Einsatzkräfte mit Pflastersteinen, zwischen Ursache und der Polizei kam es zu einem Schusswechsel mit Verletzten.

Wir sehen uns am 14. Januar 2017 bei der AIB-Party im ZGK-Berlin (Scharnweberstr. 38)



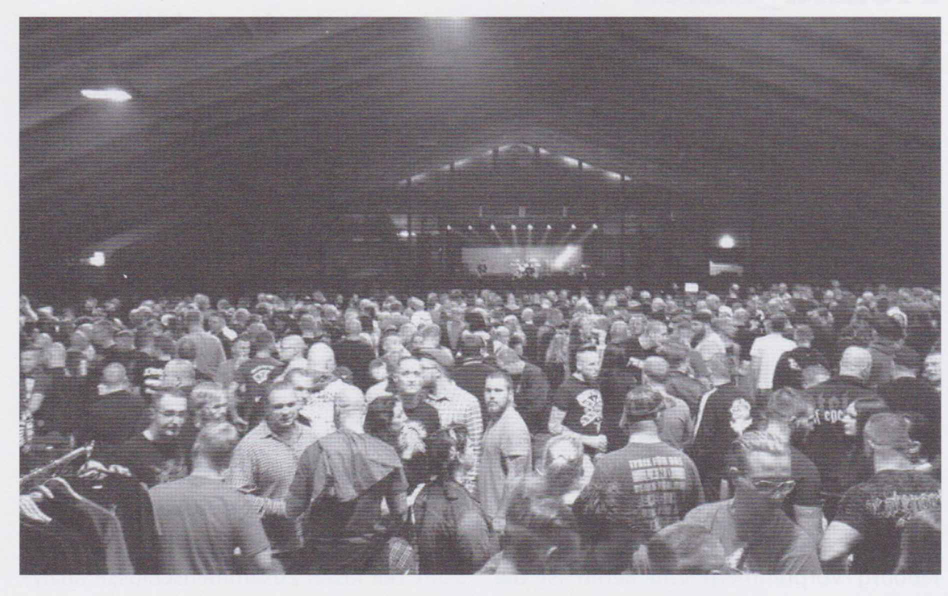
Wir trauern um unseren Freund

Frank Baier

Frank war unser Weggefährte. Zusammen haben wir für eine offene Gesellschaft gestritten, gegen autoritäres Denken, gegen Abwertung und Ausgrenzung. Wir haben einen klugen, wortgewaltigen, unerschrockenen und großzügigen Freund verloren.

Antifaschistische Gruppen aus Halle, Dessau und Quedlinburg

Tausende Besucher bei Rechtsrock-Konzert in der Schweiz



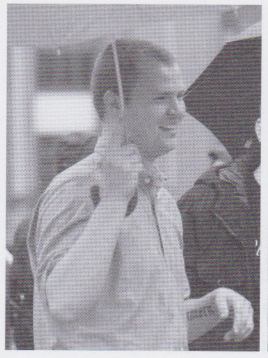
Am 15. Oktober 2016 fand im Schweizer Dorf Unterwasser ein Neonazi-Konzert statt, zu dem zwischen 5.000 und 6.000 Teilnehmende aus mehreren europäischen Ländern anreisten. Mit einem Flyer wurde in sozialen Netzwerken Monate zuvor mit der Ortsangabe „Süddeutschland" für das Konzert geworben, auf denen das Logo vom Onlineversand „Das Zeughaus" (Niedersachsen) gedruckt war. „Headliner" war die niedersächsische Band „Stahlgewitter", mit ihrem ersten Live-Auftritt seit neun Jahren. „Das Zeughaus" vertreibt maßgeblich Artikel von „Stahlgewitter". Weiterhin traten bei der Veranstaltung auch die Schweizer Band „Amok", „Makss Damage" alias Julian Fritsch aus Gütersloh sowie die drei Brandenburger Bands „Exzess", „Confident of Victory" und „Frontalkraft" auf. Die Organisatoren kommen aus dem Umfeld des „Blood & Honour"-Netzwerkes, bezeichnen sich selbst als „Reichsmusikkammer" und sind nach eigenen Angaben ein „Komitee" von Bands aus ganz Europa, deren Auftritte in europäischen Ländern untersagt oder erschwert würden. Nach Informationen des Portals „Thüringen Rechtsaußen" erhielten Interessierte per Email eine IBAN-Kontonummer der Berliner Postbank, die auf den Neonazi David Heinlein in Saalfeld (Thüringen) angemeldet ist. Dort sollten sie 30 Euro pro Karte einzahlen. Heinlein gilt als Strohmann, der seine Kontoverbindung bereits für ein Konzert mit 450 Neonazis unter dem Namen „Rock gegen Überfremdung" im August 2016 in Thüringen hergab, welches von Steffen Richter mitorganisiert wurde. Richter, ebenfalls aus Saalfeld, gilt als einer der umtriebigsten Rechtsrock-Veranstalter in Thüringen und steht wegen illegaler Waffengeschäfte immer wieder im Visier der Behörden. Richter soll die Emailadresse der „Reichsmusikkammer" betreut haben, die sich für das Konzert verantwortlich zeichnet. Er ist nicht nur ein enger Vertrauter vom mutmaßlichen NSU-Helfer Ralf Wohlleben sondern auch eng mit den Angeklagten im „Ballstädt-Prozess" befreundet. Gegen die 15 Neonazis wird seit Dezember 2015 wegen einem Überfall auf eine geschlossene Kirmesgesellschaft im thüringischen Ballstädt am Landgericht Erfurt verhandelt. Mehrere der Angeklagten spielen in mindestens vier Rechtsrock-Bands mit. Weil ein Hauskredit für ihre Immobilie „Gelbes Haus" in Ballstädt, ein Tonstudio sowie die Anwalts- und Verfahrenskosten viel Geld erfordern, sammelt die Szene seit dem Überfall im Februar 2014 eifrig, darunter auch Richter. Eine weitere Stütze der Solidaritätsstruktur ist der Neonazi Matthias Melchner, der von Thüringen ins Schweizer Oberland zog und in die Produktion von „Soli-Shirts" für die Angeklagten im Ballstädt-Prozess involviert war. Melchner ist Partner des Hauptangeklagten im Ballstädt-Prozess Thomas Wagner (Band „S.K.D.") und betreibt mit ihm zusammen das Label „Frontschwein Records". Laut Schweizer Wochenzeitung WOZ reiste Wagner schon einen Tag vor dem großen Konzert in die Schweiz ein. Melchner hatte im Vorfeld die Tennishalle in Unterwasser für ein Konzert mit „Nachwuchsbands" unter dem Namen „Rocktoberfest" für 600 Personen angemietet. Weitere Neonazis aus dem Umfeld der Thüringer Angeklagten sind in die Schweiz gereist, hatten für das Konzert geworben oder waren in die Organisation eingebunden. Auf der Schweizer Seite geriet auch der Mitbegründer und Sänger der Band „Amok" Kevin Gutmann in den Fokus, welcher der Züricher Sektion von „Blood & Honour" zugerechnet wird und schon drei Jahre zuvor vor mehreren Hundert Neonazis mit seiner Band in der Nähe des Veranstaltungsortes auftrat. Nach Einschätzung von „Thüringen Rechtsaußen", der Antifa Bern und der Autonomen Antifa Freiburg dürften große Teile der Einnahmen nach Ballstädt fließen. Allein rund 150.000 Euro sind durch die Eintrittsgelder zusammengekommen, eine weiterer Großbetrag dürfte mit dem Verkauf von CDs, Kleidung, Essen und dem Ausschank von Getränken umgesetzt worden sein. Gegenüber der Zeitung blick.ch gab der Polizeikommandant der Kantonspolizei St. Gallen an, dass man bereits im Juni von einem geplanten „Monsterkonzert" wusste, den genauen Veranstaltungsort aber erst am Nachmittag erfuhr, als schon über 1.000 Neonazis vor Ort waren. Eine Intervention zu dem Zeitpunkt hätte riskiert, „dass es zu Toten kommt". Aus Sorge um Leib und Leben habe man daher verzichtet, PolizistInnen in die Halle zu schicken um Fotos oder Videos zu machen. Ein von der Bühne aus gefilmtes und durch Neonazis veröffentlichtes Video zeigt, wie Tausende den Arm zum Hitlergruß strecken und dabei mehrfach „Heil" riefen. •

Heimwärts e. V. – Tarnverein der „Identitären Bewegung"?

Unter dem Namen „Heimwärts e. V." existiert seit Oktober 2016 ein neuer Verein in Rostock. Ziel dieses Vereins sei der Schutz von Identität, Heimat und Kultur. Um dies zu erreichen, will der Verein durch eigene Aufrufe, Veranstaltungen und Bildungsarbeit Einfluss auf „politische Willensbildung" in der Presse und Öffentlichkeit nehmen. Der Erwerb von Räumen oder Immobilien soll dabei dem Vereinszweck dienen. Die Vereinssatzung weist damit erstaunliche Ähnlichkeiten zu der Vereinssatzung der „Identitären Bewegung Deutschland e. V." auf. Nicht nur inhaltlich, sondern auch personell gibt es Überschneidungen zur bundesweiten „Identitären Bewegung" (IB).

Sitz des Vereins ist die Meldeadresse des IB-Mitgliedes Daniel Fiß, der eine aktive Neonazivergangenheit vorzuweisen hat. Fiß, früher Aktivist der „Nationalen Sozialisten Rostock" (NSR) und später Schulungsleiter der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in MV, bezeichnet sich selbst wahlweise als stellvertretender Bundesvorsitzender oder Bundessprecher der IB. Eine auf seinen Namen geführte Telefonnummer ist identisch mit der Kontaktnummer von IB Deutschland. Als Angreifer auf Antifaschist_innen bei einer Veranstaltung der IB im Juni 2015 in Wien, sowie als Redner auf der IB-Demo in Berlin im Juni 2016, tat er sich in der Öffentlichkeit hervor. Erster Vorsitzender des „Heimwärts e. V." ist wiederum Hannes Krünägel. Der Regionalleiter der IB MV nahm ebenfalls an der Demonstration in Berlin teil und bestieg mit anderen Aktivisten im August 2016 das Brandenburger Tor. Weiteres Vereinsmitglied ist der Student Albert Glas. Dieser zeigte sich zuletzt bei einer Wahlkampfveranstaltung der Alternative für Deutschland MV in der Öffentlichkeit. Zweiter Vorsitzender des „Heimwärts e. V." ist der Software-Entwickler und Computer-Fachmann Daniel Sebbin. Fast zeitgleich zur Gründung des Vereins hatte die IB Deutschland verkündet, ihren Hauptsitz nebst Internetversand nach Rostock verlegen zu wollen. Erst kürzlich mietete Sebbin ein Objekt im Bahnhofsviertel von Rostock an, in dem seither die Mitglieder des Vereins respektive der IB ein- und ausgehen. Die Vermutung, dass es sich bei „Heimwärts e. V." um einen Tarnverein der IB handelt, mit dem Ziel Immobilien für IB (Deutschland) anzumieten, liegt auf Grund der personellen und inhaltlichen Überschneidungen nahe. •

Vereinsvorsitzender Hannes Krünägel (links) und IB-Funktionär Daniel Fiß (rechts).





„Combat 18" reloaded?

Als am 4. Juni 2016 hunderte Neonazis durch Dortmund zogen, waren auch einige AktivistInnen des internationalen „Combat 18"-Netzwerkes (Vgl. AIB 107) vor Ort. Darunter William Browning, genannt „The Beast". Der 46-jährige Engländer galt Mitte der 1990er Jahre als Führer von „Combat 18" (C18) und als einer der gefährlichsten Neonazis Europas. Dass C18-Treffen zumeist am Rande von Konzerten oder Aufmärschen stattfinden, ist durch die Aussage eines C18-Aussteigers bestätigt. Browning leitete mit I.S.D Records eines der führenden „Blood & Honour" (B&H)-Label Europas. Schließlich zerstritt sich Browning mit dem C18-Gründer Paul „Charlie" Sargent. Im Februar 1998 eskalierte die Fehde: Sargent ließ einen Vertrauten Brownings durch seinen Kameraden Martin Cross ermorden. Browning und weitere angereiste Personen, die „Combat 18" zugeordnet werden können, versammelten sich zum „Tag der deutschen Zukunft" (TddZ) in Dortmund. Sie marschierten im hinteren Teil eines Blocks, der von Thorsten Heise angeführt wurde. Heise und Browning kennen sich seit Mitte der 1990er Jahre. So war es nicht verwunderlich, dass Heise Browning in Empfang nahm. Anwesend waren C18 zuzuordnende Personen aus den Niederlanden, Belgien, UK und BRD. Aus Belgien reiste der Neonazi Kurt Mannaert an, aus den Niederlanden die bekannten C18-Aktivisten Niels Adams und Danny Jannsen. Als Deutsche sind die Oidoxie-Bandmitglieder Marko Gottschalk und Marco Eckert sowie der Dortmunder Robin Schmiemann zu nennen. Letzterer war Teil der „Oidoxie Streetfighting Crew". Schmiemann ist zudem als Brieffreund von Beate Zschäpe bekannt und verfügt wie Gottschalk über gute Kontakte zu Neonazis in Schweden, wohin er nur wenige Tage nach dem TddZ reiste. Ein weiterer alter Weggefährte aus den B&H-Strukturen, war Lars B. aus Schleswig-Holstein. In Dortmund war er an der Seite von Browning zu sehen. Der als äußerst gewalttätig bekannte Edward „Ed" Polman, der als führender Kopf die C18-Strukturen 1997 in den Niederlanden aufbaute, wurde mit weiteren Neonazis im Umfeld der Demonstrationgesichtet. Polman beteiligte sich aber nicht am Aufmarsch, sondern hielt sich lediglich zu Beginn in der Nähe auf. Wenn AktivistInnen eine lange Anreise auf sich nehmen und dann dem Aufmarsch fernbleiben, deutet dies darauf hin, dass sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen und den Aufmarsch nutzen, um sich am Rande mit ihren „Kameraden" zu treffen. Das mutmaßliche Treffen in Dortmund kann als weiteres Zeichen für verstärkte Aktivitäten des C18-Netzwerks gewertet werden. •

Mehr Informationen dazu findet ihr in der LOTTA 64

TITEL

Aktuell ist das (extrem) rechte Akteursfeld in Deutschland von einer neuen Dynamik geprägt: Rechtspopulistische Wahlerfolge, starke Mobilisierungsfähigkeit für rechte Straßenproteste, steigende Fähigkeit zur milieuübergreifenden Organisierung und ein rapider Anstieg rassistisch motivierter Gewalt kennzeichnen diese neue Dynamik.[1] Die Flüchtlingsdebatte stellte eine politische Gelegenheitsstruktur dar zur Formierung eines neuen, milieuübergreifenden, nationalistischen Aufstandes. Diese Mobilisierung ist Ausdruck und propagandistischer Anknüpfungspunkt eines rechten Kulturkampfes, dessen Ziel ein reaktionär-autoritärer Umbau der Gesellschaft ist.

Konturen und Merkmale einer neuen sozialen Bewegung von rechts

ALEXANDER HÄUSLER

Bereits seit 2013 sind in einigen Städten und Orten systematische Versuche, gegen die Aufnahme von Geflüchteten und die Gewährung von Schutz zu agitieren, bekannt geworden. Die HOGESA-Demonstration („Hooligans gegen Salafisten") mit mehreren Tausend Teilnehmern in Köln im Oktober 2014 veranschaulichte die Mobilisierungsstärke subkultureller rechter Gewaltmilieus. Mit der Entstehung von Pegida im Herbst 2014 haben sich solche Aktivitäten vervielfacht. Die große und in den ersten Monaten rasch ansteigende Zahl von Demonstrierenden in Dresden hat die gesamte rechtspopulistische und extrem rechte Szene in Deutschland beflügelt; Pegida kann als Initialzündung für eine neue geflüchtetenfeindliche Protestbewegung angesehen werden. Diese bietet vielen, die gegen eine interkulturelle Gesellschaft sind, ethnische Homogenität zurückwünschen und ein tiefes Misstrauen gegenüber den Bundestagsparteien im Besonderen oder dem demokratischen System im Allgemeinen haben, eine Form der Ausdrucks — in der persönlichen Kommunikation, im Internet und auf der Straße. Das rechte Feld politischer Akteure ist hierbei geprägt von einem anlassbezogenen Zusammenwachsen unterschiedlicher Milieus und Organisationen, die jenseits sonstiger Unterschiede in ihrem Nationalismus und ihrer Ablehnung gegen Einwanderung ein verbindendes und zugleich kollektiv mobilisierendes Element erkennen. Rechte Kampagnen gegen Einwanderung stellen an sich keine Besonderheit dar, weil der proklamierte „Kampf gegen Überfremdung" ein identitätsstiftendes Basistheorem extrem rechter Weltanschauung darstellt. Kontextabhängig hingegen sind die propagandistischen Anschlussmöglichkeiten derartiger Kampagnen. Diese richten sich nach politisch günstigen Gelegenheitsstrukturen, in denen solche ausgrenzenden, rassistischen Forderungen über den rechten Rand hinaus Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und politisch-administrative Entscheidungsprozesse und Machtkonstellationen ausüben können.

Die Pegida-Aufmärsche und der Aufstieg der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland" (AfD) symbolisieren die öffentliche und politische Wirkungsmächtigkeit dieser neuen sozialen Bewegung von rechts, die sich als „nationale Opposition" begreift: Bislang getrennte politische Milieus der extremen und der jungkonservativen Rechten wachsen aktionsorientiert zusammen und finden im Zuge staatspolitischer Legitimationsverluste rapide an Zustimmung in bürgerlich-konservativen sowie in sozial deklassierten Milieus. Im Zuge eines dynamischen Wechselspiels rassistischer Straßenproteste und Wahlerfolge hat sich eine neue, rechte, soziale Bewegung formiert, die zu einem „nationalen Aufstand" mobilisiert.

Die Wirkungsmächtigkeit dieser neuen, rechten, sozialen Bewegung zeigt sich in ihrem anschlussfähigen politischen Agendasetting, das milieuübergreifend identitätsstrukturierende Binnenwirkung sowie zugleich mobilisierende Außenwirkung erreicht hat. Die Einwanderung, der Islam, sowie die EU dienen dabei als wirkungsmächtige Feindbilder dieser neuen rechten Mobilisierung.

Begriff der sozialen Bewegung

Die Beschreibung (extrem) rechter Akteure mithilfe der sozialen Bewegungsforschung ist nicht neu, ebenso wenig der politische Kontext, in dem sich Formen neuer sozialer Bewegungen von rechts herausgebildet haben. Anfang der 1990er Jahre erreichte, vor allem in Folge des durch den Balkankrieg zerfallenen Jugoslawiens, die Anzahl der Asylanträge einen neuen Höhepunkt. Parallel dazu stieg auch rassistische Mobili-



sierung gegen Flüchtlinge und Migrant_innen hierzulande exponentiell an, und das Asylrecht wurde massiv beschnitten. Angesichts dieser Entwicklung, inklusive der pogromartigen Gewaltexzesse wie in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda sowie von mörderischen Brandanschlägen wie in Solingen, spielte im sozialwissenschaftlichen Diskurs der Begriff einer neuen sozialen Bewegung eine besondere Rolle. Hans-Gerd Jaschke nannte als Anhaltspunkte für die Entstehung einer solchen rechten, sozialen Bewegung das populistische Aufgreifen von Alltagsinteressen, eine breit akzeptierte Thematik (Migranten, innere Sicherheit, nationale Identität) sowie eine Organisation mit dezentralen Strukturen, die untereinander einen hohen Vernetzungsgrad aufweisen würden. Die aktuelle Entwicklung zeigt in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeit mit der sogenannten Asyldebatte Anfang der 1990er Jahre. Auch jene Phase war gekennzeichnet von einem massiven Anstieg rassistisch motivierter Gewalt, von einer anlassbezogenen Formierung rechter Milieus und politischen Initiativen zur Einschränkung des Asylrechts. Im Kontext fortgesetzter beziehungsweise eskalierender Kriege, gescheiterter Aufbruchsbewegungen in den Gesellschaften Nordafrikas, angesichts bestehender globaler Wohlstandgefälle sowie erheblicher Teile der Bevölkerung, die an der überkommenen Vorstellung weitgehend homogener ethnischer Volkszusammensetzung festhalten, lassen sich deutliche Parallelen feststellen. Die Zahl der Geflüchteten steigt deutlich an, rechts von CDU/CSU feiert die extreme Rechte und Rassist_innen Erfolge und die Regierungskoalition reagiert unter anderem mit weiteren Einschränkungen des Rechts auf Asyl.

Zusammenfassend werden unter sozialen Bewegungen mobilisierte Netzwerke kollektiver, nicht-staatlicher Akteure verstanden, die durch die Herausbildung eigener kollektiver Identitätsmerkmale, politischer Forderungen und verschiedener Formen öffentlichen Protests geprägt sind. Sie sind gekennzeichnet durch eine losere, informelle Organisierungsform und eine dynamische Mobilisierungsfähigkeit.

Rechte Bewegungsakteure

Die neue, rechte, soziale Bewegung umfasst Akteure verschiedener weltanschaulicher Strömungen vom Rechtspopulismus über die sogenannte „Neue Rechte" bis hin zum militanten Neonazismus: Unterschiedliche Akteure wie aktionsorientierte Gruppen neonazistischer „Freier Kameradschaften", das organisierte, extrem rechte Hooligan-Milieu (HOGESA/„Gemeinsam stark Deutschland" etc.), die neonazistischen Parteien „Die Rechte", „Der III. Weg" und die NPD, aber auch die „Identitäre Bewegung" und Aktionsnetzwerke wie „Ein Prozent für unser Land" finden hierbei aktionsorientiert zusammen. Zugleich wirken neurechte Think Tanks wie das „Institut für Staatspolitik" (IfS) und Zeitschriftenprojekte wie die „Junge Freiheit" und das „Compact"-Magazin als Stichwortgeber und Resonanzraum dieser heterogenen, nationalistischen Bewegung. Die genannten Strömungen und Akteure stehen für unterschiedliche ideologische Richtungen, verfolgen divergierende Ziele und bedienen sich dazu auch jeweils voneinander abweichender Strategien. Auf der anderen Seite sind allerdings auch Überschneidungen feststellbar — aktuell besonders in der Verzahnung rechtspopulistischer und neurechter Akteure. Von einer sozialen Bewegung zu sprechen, heißt nicht, diese Unterschiede zu ignorieren oder zu nivellieren, sondern festzuhalten, dass die beteiligten, kollektiven Akteure — allen Differenzen in ideologischen Fragen wie auch den gewählten Aktionsformen zum Trotz — grundlegende Überzeugungen in

Hinblick auf zentrale politische Themenfelder, Ziele und Deutungsmuster teilen, die den gemeinsamen Handlungszusammenhang der Bewegung strukturieren.

Schon seit etlichen Jahren weisen Umfragen auf einen weit verbreiteten Rassismus im Allgemeinen und eine ausgeprägte Muslimfeindlichkeit im Besonderen hin. Mit Pegida haben diese Einstellungen nun ein niedrigschwelliges Angebot zur Artikulation auf der Straße erhalten. Die Pegida-Aufmärsche können hierbei als Indikator für ein rassistisch mobilisierbares Potential gedeutet werden: Pegida hat den Resonanzrahmen für die aktuell sich zuspitzende rassistische Eskalationsspirale auf der Straße geschaffen. So verweist der Dresdener Politikwissenschaftler Hans Vorländer darauf, dass die „Pegida-Demonstrationen insbesondere in Sachsen mittelbar zu einer sprunghaften Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Asylbewerberheime im ersten Halbjahr 2015 beigetragen haben". Laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) lehnen 69 Prozent der Pegida-Anhängerschaft eine multikulturelle Gesellschaft ab und wenden sich entsprechend gegen die verschiedenen Aspekte von Multikulturalität. Drei dominierende Problemdeutungen der Befragten ließen sich benennen: Kritik an der Asyl- und Einwanderungspolitik, Kritik an der aktuellen Regierungspolitik sowie an der Gesamtheit der etablierten Politiker und Unzufriedenheit mit den Medien und deren Berichterstattung. Dazu kamen die Ablehnung des Islam oder zumindest Vorbehalte gegenüber der Integrationsfähigkeit von Muslimen, der Verweis auf kriminelle Asylbewerber, die Stärkung nationaler Kultur gegen Überfremdung, die wahrgenommene Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Forderung nach Bürgerentscheiden als Mittel demokratischer Beteiligung. Zudem wiesen die Teilnehmenden nach Angaben Berliner Forscher zu Teilen rechtspopulistische oder rechtsextremistische Einstellungen auf und seien parteipolitisch ganz überwiegend der AfD zugeneigt. Bei den Pegida-Aufmärschen sind die AnhängerInnen der „Identitären Bewegung" als fester Bestandteil des Demonstrationsgeschehens sichtbar. Das Selbstverständnis als Widerstandsbewegung bildet den Kern der extrem rechten, kollektiven Identität. Es verbindet Gruppierungen unterschiedlichster Couleur und zeigt sich in Slogans und Parolen wie „Wir sind das Volk" bei Pegida, aber auch der Selbstbezeichnung neonazistischer Gruppen als „Nationaler Widerstand".

Die aktuelle flüchtlingsfeindliche Bewegung von rechts ist gekennzeichnet von einem symbiotischen Protestverhalten im öffentlichen und politischen Diskurs (AfD) und auf der Straße (Pegida u.a.). Demonstrationen zeigen nicht nur nach außen Handlungsmacht auf, sondern sie ermöglichen auf allen Ebenen rituellen Handelns die Vergewisserung und mimetische Aneignung kollektiver Werte und Identitätsentwürfe, indem sie den Beteiligten die Möglichkeit bieten, sich mit den Leitwerten der Bewegung ideell, körperlich und emotional zu identifizieren. Die neue soziale Bewegung von rechts versteht sich selbst als Fundamentalopposition zur gegenwärtigen Gesellschaft. Sie ist geprägt durch ein aktionsorientiertes Zusammenwachsen unterschiedlicher rechter Milieus, die von der rechtsextremen Szene über neurechte Zirkel und die AfD bis hinein in nationalkonservative Kreise reichen.

Entstanden als rechtsnationale Anti-Euro-Partei vollzog die AfD im Laufe ihrer bislang knapp vierährigen Entwicklung eine fortschreitende Rechtsentwicklung, die sie im Kontext der aktuellen Flüchtlingsdebatte in ein parteipolitisches Dach einer neuen, einwanderungsfeindlichen, radikal rechten Oppositionspartei mit Massenanhang transformierte. Damit einher gehen Verschiebungen in der rechten Parteienlandschaft, bei denen die AfD zunehmend den Kristallisationspunkt einer neuen, rechten Bewegung mit parteipolitisch erfolgversprechenden Machtoptionen darstellt. Während bislang rechtspopulistische Parteien wie beispielsweise die „Schill-Partei" oder die AfD-Vorläufer-Partei „Bund freier Bürger" lediglich temporäre Erfolge zeigen konnten, formiert sich mit der AfD ein sowohl rechtspopulistisches wie zugleich völkisch-nationalistisches, parteipolitisches Dach einer ‚Nationalen Opposition', das die (extrem)-rechte Parteienlandschaft umwälzt und die Neuformierung eines neuen, radikal rechten, politischen Blocks ankündigt. Die AfD verschaffte sich als „Anti-Flüchtlings-Partei" ein Alleinstellungsmerkmal und erwuchs dadurch zum parteipolitischen Kulminationspunkt der neuen flüchtlingsfeindlichen Bewegung. Der Kopf der völkisch-nationalistischen Rechten in der AfD, Björn Höcke, definierte seine Partei in einem Referat bei dem neurechten Institut für Staatspolitik im November 2015 als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei".

Neuer rechter Machtblock

Die Neuformierung eines (extrem) rechten Machtblocks offenbart sich in den Wahlerfolgen der AfD im Kontext der „Flüchtlingsdebatte". Diese Wahlerfolge sind begleitet von einer Erosion der Abgrenzung gegenüber autoritär-nationalistischen und zugleich geflüchtetenfeindlichen und rassistischen Politikkonzepten. Zugleich gelang es der AfD, sowohl eine relevante Anzahl aus dem Lager der Nichtwähler_innen zu mobilisieren, sowie zugleich Wechselwähler_innen aus dem gesamten Parteienspektrum einschließlich des linken und gewerkschaftlichen Lagers anzusprechen. Die AfD versucht, in die Fußstapfen erfolgreicher, extrem rechter Parteien wie dem französischen „Front National" und der österreichischen FPÖ zu treten und knüpft zudem außenpolitische Kontakte zum autoritären Putin-Regime. Mit der FPÖ vereinbarte die AfD im Frühjahr 2016 bei einem Strategietreffen eine „Blaue Allianz", die eine gegenseitige personelle und inhaltliche Unterstützung bei Kampagnen gegen Flüchtlinge beinhaltet. Unter der Parole eines Europas der Vaterländer formiert sich ein gegenhegemonialer, rechtsautoritärer Machtblock, dessen Einfluss sich mangels sichtbarer und wirkungsvoller Gegenkonzepte vergrößert. Befeuert von den AfD-Wahlerfolgen wähnen sich die neurechten und völkisch-nationalistischen Strömungen innerhalb und im Umfeld der Partei in einer Phase des beginnenden politischen Umsturzes und mobilisieren zu zivilem Ungehorsam und politischem Aufstand. Diese rechte Aufstandsrhetorik zeigt ihren Widerhall nicht nur im Lager der extremen Rechten, sondern entfaltet zugleich Wirkungen im



nationalkonservativen Spektrum. Die AfD nimmt hierbei die Rolle eines politischen Zugpferdes ein und setzt auf eine emotionalisierte Politik der Feindbilder: die Einwander_innen, der Islam, und die sogenannten Alt-Parteien dienen dazu als wirkungsmächtige Sinnbilder einer angeblich volksfeindlichen Politik, gegen die in völkisch-nationalistischer Stoßrichtung zum Aufstand mobilisiert wird. Sollte sich die AfD längerfristig in der deutschen Parteienlandschaft etablieren können, würde sie nicht nur in ihrer Rolle als rechte Fundamentalopposition die politische Kultur nach rechts verschieben. Theoretisch könnte sie auch die Rolle eines Mehrheitsbeschaffers eines rechtskonservativen Blocks einnehmen und die Phase einer „Normalisierung" des Rechtspopulismus in Deutschland einleiten.

Rechtes roll back?

Die Wirkungsmächtigkeit der neuen sozialen Bewegung von rechts sowie die rechtspopulistischen Wahlerfolge resultieren zugleich aus der Krise politischer Repräsentation: Der Schwenk der Sozialdemokratie zur „Mitte", die Große Koalition und die scheinbare Alternativlosigkeit neoliberalen Krisenmanagements im globalisierten, finanzgesteuerten Kapitalismus haben Ängste vor der unkontrollierbaren Entwicklung eines ungezügelten Profitstrebens und zugleich einer abstrakten Regulierung globaler Herrschaftsverhältnisse hervorgerufen, die nun von reaktionären politischen Kräften zur Re-Nationalisierung des Politischen genutzt werden. Dies gelingt den extrem rechten Kräften aufgrund der fehlenden Alternative eines linken Blocks, der antagonistische, alltagstaugliche, politische Angebote zu formulieren und machtstrategisch zu verankern in der Lage ist. Auch deshalb gelingt dem rechten Populismus der Eintritt in das linke und gewerkschaftlich organisierte Wähler_innenlager. Aus diesem Grund ist das Problem des Rechtspopulismus und des sich formierenden rechten Machtblocks nicht auf rein diskursiver Ebene zu lösen: Die rechtspopulistische Agitation basiert auf der emotionalisierten Anklage von Ungerechtigkeit und politischem Missstand, die in eine Politik der autoritären Krisenlösung mündet. Zugleich verschieben sich mit den Wahlerfolgen der AfD und den rassistischen Straßenmobilisierungen die Lager und Einflüsse auf dem rechten Feld: Extrem rechte Parteien wie die NPD, die REPs und die Pro-Parteien verlieren Anhänger, die rechte Parteienlandschaft sortiert sich neu, völkisch-nationalistische Milieus und Projekte erkennen erstmals seit Jahrzehnten die Chance auf realpolitische Gestaltungsmöglichkeiten, und durch den internationalen Siegeszug radikal recht(spopulistisch)er Parteien vollzieht sich eine Veränderung des hegemonialen politischen Diskurses: Ein autoritär-nationalistischer Aufstand ist angesichts einer realen Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse nicht mehr nur eine rechte Utopie. Eine politisch wirksame Reaktion kann daher nicht alleine in der Empörung und Ablehnung bestehen, sondern muss zugleich mehr als bisher die Ursachen von Unzufriedenheit, Politikverdrossenheit und Rassismus in den Blick nehmen. •

1 Der vorliegende Text basiert auf Auszügen aus folgenden Beiträge: Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg, 2016; Alexander Häusler/Jan Schedler (2016): Neue Formen einer flüchtlingsfeindlichen sozialen Bewegung von rechts, in: Forschungsjournal neue soziale Bewegungen, Heft 2/2016

TITEL

Einen Tag, nachdem die „Identitären" am 28. August 2016 das Brandenburger Tor erklommen und dort Transparente entrollt hatten, fand sich die Aktion auf den Titelseiten der Berliner Sonntagszeitungen wieder. Die ikonographische Inszenierung der „Identitären" als „patriotische Jugendbewegung" hatte ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, die „Identitäre Bewegung" (IB) war für den Augenblick medial omnipräsent.

Sind die „Identitären" eine Bewegung?

Performance, Ikonographie und Popkultur

„Bereits 2013 hatte es aus dem Umfeld des neurechten „Institut für Staatspolitik" den Versuch gegeben, Idee und Konzept der „Génération Identitaire" aus Frankreich in den deutschsprachigen Raum zu importieren. Damals nahmen mit Götz Kubitschek und Martin Schelmesch zwei Protagonisten der deutschen bzw. österreichischen „Neuen Rechten" an einem Kongress der französischen „Identitären" teil und warben im Anschluss im burschenschaftlichen Milieu dafür, die „Identitären" als politische Praxis der sonst nur akademisch agierenden „Neuen Rechten" in Deutschland zu etablieren. Doch das Echo blieb zunächst verhalten. Formen rechter, jugendkultureller Vergemeinschaftung waren durch eine eindeutig neonazistische Jugendkultur besetzt, die für andere rechte Sozialisationsangebote kaum Raum ließ. So waren die „Identitären" in Deutschland zunächst vor allem ein virtuelles Facebook- und Youtube-Phänomen, dessen AktivistInnen mit exemplarischen Aktionen und deren videographischer Wiedergabe im Internet auf sich aufmerksam zu machen suchten. Doch regional ansprechbare Ortsgruppen gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Vorläufer

Die Gruppe um Götz Kubitschek war seit langem auf der Suche nach politischen Inszenierungsformen, die sich eignen sollten, nicht-nazistischen, gleichwohl extrem rechten Inhalten Publizität und Reichweite zu verschaffen. Hierzu rezipierten Götz Kubitschek und Felix Menzel intensiv die Theorie und Praxis strategischer politischer Kommunikation der 1968er Jahre, die wesentlich von Hans Jürgen Krahl und Rudi Dutschke entwickelt worden war. Deren Konzept der „Subversiven Aktion" zielte darauf, den Konsens und die politischen Rituale des postnazistischen Adenauer Staates zu stören, indem dieser gezielt symbolisch provoziert, vorgeführt und lächerlich gemacht werden sollte. Zudem beschäftigte sich Felix Menzel intensiv mit der politischen Ikonographie der Linken und den Gründen für ihre starke Reichweite. Aus dieser Rezeption entwickelten Kubitschek et al. das Konzept der „Konservativ-subversiven Aktion" (KSA), mittels derer das bei den neurechten Akteuren so verhasste linksliberale Establishment in seiner Wohlfühlzone gestört werden sollte. In diesem Sinne war die Störung einer Lesung von Günther Grass im Hamburger Thalia Theater ebenso zu verstehen, wie eine Flugblattaktion an der Humboldt Universität in Berlin aus Anlass eines Kongresses linker Hochschulgruppen. Von daher gesehen muss die KSA als Testlauf für viele Aktionsformen der „Identitären" gelten.

Zielgruppen der „Identitären"

Anders als im Falle neonazistischer Kameradschaften und der mit ihr assoziierten Jugendkultur des Rechtsrocks sind Aktionsformen und Habitus der „Identitären" vornehmlich an eine akademisch-burschenschaftlich sozialisierte Klientel adressiert. Die Praxis der „Identitären" ruht offenbar auf mehreren Säulen. Eine ist die der Vergemeinschaftung. Mit ihren Wanderungen, Fahrten und Lagerfeuern adaptiert sie die bündische Tradition der extremen Rechten. Ihr expressiv die Aufmerksamkeitsökonomie der Medien bespielender Aktivismus sucht die popkulturelle Repräsentation ihrer rechten Inhalte zu popularisieren. Eine weitere Säule soll die theoretische Schulung der AktivistInnen bilden, die in Lektürekursen zu Schlüsseltexten der Neuen Rechten erworben werden soll. Neben den Manifesten der „Identitären" werden auch Texte der Linken zur Lektüre empfohlen. So fand sich etwa auf einer Lektüreliste der „Identitären"-Gruppe „Kontra Kultur" Halle (Saale) auch ein Hinweis auf die „Dialektik der Aufklärung". Von rechts gelesen dürfte hier wohl der hintergründige Kulturpessimismus des berühmten „Kulturindustrie"-Ka-



Dem Aufruf der selbsternannten „Bewegung" zu einer bundesweiten Demonstration am 17. Juni 2016 in Berlin folgten nur knapp 150 Personen.

pitels im Mittelpunkt des Interesses stehen. Dieser trifft in der Lesart der intellektuellen Rechten den Ton der Rhetorik vom nahe bevorstehenden Untergang des Abendlandes, wie er der konservativen Revolution eingeschrieben war, und wovon das rechtsintellektuelle Milieu bis heute zehrt.

Der elitäre Gestus und die vornehmlich auf ein akademisch-burschenschaftliches Umfeld zielende Ansprache zur Rekrutierung der „Identitären" kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die IB an ihrer Basis auch vormaliger Neonazikader bedienen. Diese werden rekrutiert, da sie über eine extrem rechte Sozialisation und Politisierung verfügen und oftmals bereits einschlägige Erfahrungen als Aktivisten mitbringen. So lassen sich durchaus Beispiele einer personellen Kontinuität zwischen der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) und der „Identitären Bewegung" (IB) finden.

Programmatik

Verfügen die „Identitären" über eine geschlossene Programmatik? Nein. Die wenigen programmatischen Aussagen zu Themen wie Kultur, Einwanderung, dem Begriff von „Volk und Nation" lesen sich wie ideologische Versatzstücke, die nach dem Baukastenprinzip zusammengesetzt sind. Dabei bedient sich die IB breit aus der Ideengeschichte der extremen Rechten, der politischen Romantik des 19. Jahrhunderts und rechter ästhetischer Codes anderer Länder und Bewegungen. Der Ideologiemix mutet mitunter abenteuerlich an, wenn Friedrich Nietzsche und Ernst Jünger mit Elementen der dem Fußball entstammenden Ultra-Fankultur vermengt werden. Die sehr weitgehende Elementarisierung ideologischer Schlüsselbegriffe der Neuen Rechten durch die „Identitären" mag sich im Moment propagandistischer Medienoffensiven als Stärke ausspielen lassen. Doch ob die rechte Fastfood-Ideologie der „Identitären" eine bewegungstragende Wirkung entfalten kann, muss sich erst noch zeigen.

Prägend für die „Identitären" ist gewiss ihr offensiv vorgetragener Ethnopluralismus, den sie in so griffige Formeln wie „100 Prozent Identität. Null Prozent Rassismus" zu fassen suchen. In Videos und Statements wird die These, es dürfe keine Vermischung der Kulturen geben bzw. diese seien in ihrer Eigenart, sprich Identität bedroht, zur wiederholten Phrase, die als Feinderklärung den „Multikultis" gegenübergestellt wird. Wer die Aussagen der IB zum Thema Kultur liest, sieht sich unversehens ins wilhelminische Kaiserreich zurück versetzt: nationaler Pathos, Mythen und ein diffuser Bezug auf das Erbe Europas bestimmen das Bild. Sieht man genauer hin, entfaltet sich das Panorama eines reaktionären, monoethnischen und autoritären Europas, in dem das Christentum nur eine gebrauchte Chiffre für die Vorherrschaft des weißen Mannes darstellt.

Bewegung oder propagandistisches Perpetuum Mobile?

Martin Sellner, der egozentrische „Co-Sprecher" der „Identitären" aus Österreich, wird nicht müde, in seinen Videoblogs vom Aufbau einer europaweiten, patriotischen Bewegung zu fabulieren, die täglich neue AnhängerInnen rekrutiere. Angesichts des Niedergangs neonazistischer jugendkultureller Milieus steht die Frage, ob die völkische Popkultur der IB diese beerbt hat oder deren kulturelle Transformation darstellt. Dies kann im Moment des scheinbaren Aufstiegs der IB nicht sinnvoll beurteilt werden. Nur eines ist klar: eine Bewegung im Sinne der Indikatoren der Bewegungsforschung sind die Identitären nicht. Anders als die vielfältigen Formate rassistischer Mobilisierungen im Schnittpunkt zwischen Neonazis, rechten Wutbürgern und parteipolitischem Rechtspopulismus ist die IB keine sich formierende Bewegung, sondern ein von wenigen neurechten Akteuren betriebenes Perpetuum Mobile, welches seine Energie aus der Effizienz medialer Selbstinszenierung bezieht.

Die „Identitären" leben von ihren bildhaften und symbolischen Selbstinszenierungen von Heros und Mythos. Wer die Reichweite jener Bildsprache, welche die Identitären von sich selbst entwerfen, begrenzen will, muss ihre Ikonographie dekonstruieren. Das hätte im Falle der Aktion am Brandenburger Tor bedeutet, eben nicht die Bilder der Aktion als angeblichen Skandal oder unerträgliche Provokation einfach nur auf der Titelseite einer Zeitung abzubilden, und damit im Sinne ihrer Produzenten zu verfahren, sondern konsequent an den ideologischen Kontexten und Inhalten der Gruppe zu argumentieren und diese zu dechiffrieren.

Im Falle der Veranstaltung im Berliner Maxim-Gorki-Theater, wo die „Identitären" eine Diskussion zwischen dem Verleger Jakob Augstein und der Theologin Margot Käsmann störten, hätte dies bedeutet, auf diese Aktion mit dem Ort — einem Theater — angemessenen, theatralischen Mitteln zu antworten, statt nur ein Hausverbot zu erteilen. Die „Identitären" führen einen Kulturkampf von rechts um Begriffe, Symbole und Bilder. Dies zu verstehen, ist der erste Schritt einer politischen Auseinandersetzung mit dieser gar nicht mehr so neuen Spielart der extremen Rechten. •

TITEL

Zur NS-Rhetorik des AfD-Politikers Björn Höcke

ANDREAS KEMPER

Zur Beantwortung der Frage, ob Björn Höcke eine faschistische Ideologie verbreitet oder ob Björn Höcke ein Neonazi sei, sollte auch das einschlägige Vokabular Höckes herangezogen werden, welches er in seiner völkischen Propaganda bzw. für diese benutzt.

„Tat-Elite“
Mehrfach benutzte Höcke die Bezeichnung „Tat-Elite“. Unter anderem fiel diese Selbstkennzeichnung „seiner“ Bewegung in der berüchtigten Rede am „Institut für Staatspolitik“, als er die rassenbiologischen Thesen vom „afrikanischen Ausbreitungstypen“ darlegte. Die „Tat-Elite“ solle die „Pseudo-Eliten“ um Angela Merkel ersetzen. „Tat-Elite“ war die Selbstbezeichnung der SS, vor allem im Bereich des Sports. Sollte das dem Geschichts- und Sportlehrer Höcke entgangen sein?

„Wendezeit um Sein oder Nichtsein“
In einer Grußbotschaft an die Vorsitzende Marie Le Pen vom Front National beschwor Björn Höcke den Zusammenhalt der nationalen Kräfte in der „historische[n] Wendezeit um Sein oder Nicht-Sein“. Diese Formulierung „Sein oder Nichtsein“ benutzte Hitler mehrfach, bspw. 1934 in einer Nürnberger Rede, in der er die Gebärfähigkeit deutscher Frauen beschwor. Diese Phrase wurde zudem zentral von Joseph Goebbels zur Begründung des „Totalen Krieges“ verwendet.

„Volk steht auf, der Sturm bricht los!“
Goebbels beendete seine Sportpalast-Rede, in der er die Frage nach dem „Totalen Krieg“ stellte und ihm die rechten Arme mit einem einstimmig gebrülltem „Jaaa!“ entgegengereckt wurden, mit dem Satz: „Nun Volk steh auf und Sturm brich los!“. Die Internetplattform „Der Flügel“, für die Björn Höcke im Impressum steht, veröffentlichte am 23.09.2016 das Theodor Körner zugeschriebene Zitat: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“ Weiter heißt es: „Noch sitzt ihr da, ihr feigen Gestalten, vom Feinde bezahlt und dem Volke zum Spott. Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk und es gnade euch Gott.“ Erhard Jöst weist allerdings darauf hin, dass diese Sätze keinesfalls von Körner seien, sondern Körner untergeschoben würden. Es scheint Höcke also keinesfalls um die „Ehrung Körners“ zu gehen, sondern um die Propagierung der Parole „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ — als Geschichtslehrer müsste er die Sportpalast-Rede Goebbels' kennen.

„Bewegungspartei“
Adolf Hitler nannte die NSDAP die „Partei der Bewegung“. Entsprechend bezeichnet Höcke die AfD als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“.

„Entartung“, „Degeneration“, „Dekadenz“, „Verfall“
Diese Begriffe gehören zusammen und verweisen auf eine organizistische Palingenetik, also auf eine Weltanschauung nach der ein Volk etwas Organisches sei, seiner organischen Bestimmung bzw. Mission allerdings aufgrund von „Degenerationen“ nicht nachkommen könne. Das Volk müsse daher von „Entartungen“ und „Dekadenz“ befreit werden, es drohe sonst der komplette „Verfall“.

„Organische Marktwirtschaft“
„Organische Marktwirtschaft“ ist ein Kunstbegriff von Björn Höcke bzw. von einem Neonazi, der unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ schrieb. Die Indizienkette für eine Identität von Björn Höcke und „Landolf Ladig“ ist derart dicht, dass eine alternative Erklärung für eine Reihe von Über-Zufälligkeiten nicht plausibel ist. Der Umbau der NS-Wirtschaft wurde mit dem „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ durchgeführt, Grundlage waren mehrere Bücher, die das Begriffspaar „organische Wirtschaft“ im Titel trugen. Als wesentlich für den Aufbau einer „organischen Wirtschaft“ galt die „Zerschlagung der Zinsknechtschaft“. Auch hier zeigt sich eine Parallele, so fordert Höcke, dass die „degenerierte Volkswirtschaft“ sich von „zinsbasiertem Globalkapitalismus“ befreien müsse.

„Anlagen des Volkes (Entelechie) erwecken“
Die „Anlagen des Volkes zu erwecken“, war die erzieherische Leitlinie des NS-Pädagogen Ernst Krieck. Diese „Anlagen“ bezeichnete Krieck in einem Rückgriff auf Aristoteles auch schon mal gerne als „Entelechie“, ein Begriff, auf den auch Höcke mehrfach zurückgriff. Höcke setzt auf „organisches



Werden (Entelechie)". Krieck: „Jedes Volk, jede organische Gemeinschaft besitzt geistige Urwesenheit (Entelechie)."

„Dass Deutschland erwacht"

„Deutschland erwache" war die zentrale Parole der SA in der Weimarer Republik. Dies hindert Höcke nicht daran, ebenfalls davon zu träumen, dass „Deutschland erwacht". „Deutschland erwache!" drückt die Kernmerkmale einer faschistischen Geisteshaltung idealtypisch aus: Deutschland ist als ein organisches Wesen gedacht, welches durch ein Erweckungserlebnis vom Dämmerzustand des langsamen Verfalls befreit werden müsse. Höcke bezieht sich in diesem Kontext auch direkt auf den Nationalsozialismus: Deutschland sei seit 1945 „neurotisiert".

„Tausendjährige Zukunft" Deutschlands

Das „Tausendjährige Reich" verbinden nicht nur Geschichtslehrer wie Björn Höcke sofort mit dem Nationalsozialismus, es ist quasi ein Synonym, welches durchaus auch im Alltagswissen bekannt ist. Björn Höcke sprach mehrfach von einer „tausendjährigen Geschichte" Deutschlands. In einer Rede während einer Demonstration in Magdeburg legte Höcke noch einmal nach und sprach direkt davon, dass er auch auf eine „tausendjährige Zukunft" Deutschlands hoffe. Ihm dürfte bewusst gewesen sein, dass viele sofort die Assoziation zum „Tausendjährigen Reich" herstellten. Es ist also davon auszugehen, dass Höcke diese Assoziation bewusst herstellte. Er forderte wenige Monate später explizit, den Mythos des Deutschen Reiches zu bedienen.

Eine Entschuldigung oder Erklärung gab es im Nachhinein nicht. Er sprach in folgenden Reden spöttisch von „mehreren hundert Jahren" — die Zahl Tausend dürfe man ja nicht mehr sagen". Für Björn Höcke sei die „Zeit der Rechtfertigung vorbei", wie er sich wenig später ausdrückte. Tatsächlich hat Höcke nie auch nur einen Rechtfertigungsversuch für seinen Sprachgebrauch unternommen.

Mythos des deutschen Reiches

Passend zur Hoffnung auf eine „tausendjährige Zukunft" Deutschlands ist auch Höckes Forderung während eines Treffens seiner Organisation „Der Flügel": Der Sage nach, so Höcke, warte in der Höhle des Kyffhäuserdenkmals der Kaiser Friedrich II., um „mit seinen Getreuen [...] des Reiches Herrlichkeit wieder herzustellen". Friedrich II. entwerfe eine Universalreichsidee, die für die Zukunft wichtig werde. Höcke: „Wir müssen uns dabei natürlich die gemeinschaftsbildende Kraft des Mythos wieder neu erschließen, indem wir uns dieser gemeinschaftsbildenden Kraft der Wirkung des Mythos vollumfänglich öffnen."

„Volksverderber"

Während einer Erfurter Demonstration im März 2016 sagte Björn Höcke: „Sigmar Gabriel, dieser Volksverderber, anders kann ich ihn nicht nennen." Adolf Hitler schrieb in „Mein Kampf": „Hätte man zu Kriegsbeginn (1914) und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätte vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerettet."

„(Gesundes) Volksempfinden"

Höcke spricht von einem „Volksempfinden, das im gesunden Menschenverstand gründe". Das „gesunde Volksempfinden" ersetzte im NS die Rechtssicherheit durch verbindliche Gesetzestexte. NS-Richter bezogen sich auf ein vermeintliches „gesundes Volksempfinden": „Sie [die NS-Anwälte, d.Vf.] werden für die geistige Gesundung des Teils der Anwaltschaft Verantwortung tragen, der von den jüdischen Krankheitskeimen bereits angesteckt ist."

„Feuchtbiotope, in denen sich Keime des Fundamentalismus und der Verbrechen vermehren"

Adolf Hitler 1923: „Nationalismus ist vor allem auch ein Vorbeugungsmittel gegen Krankheitskeime." Björn Höcke 2016: „Asylbewerberunterkünfte sind Feuchtbiotope, in denen sich Keime des Fundamentalismus und der Kriminalität idealtypisch vermehren. Nur durch regelmäßige Razzien lassen sich die Gefahren dort in den Griff bekommen." Ist das die „Natursprache des deutschen Herzens"? •

Der Text ist eine leicht überarbeitete Variante des zuerst im DISS-Journal 32 (2016) erschienenen Textes. Wir danken dem Autor und dem DISS für die Nachdruckgenehmigung.

TITEL

Viermal war 2016 unter dem Motto „Merkel muss weg" zur „Großdemonstration" am Berliner Hauptbahnhof mobilisiert worden. Mit den Demonstrationen versuchten die Organisatoren von „Wir für Berlin und wir für Deutschland" um den „Pro Deutschland"-Funktionär Enrico Stubbe, auch in Berlin eine kontinuierliche und spektrenübergreifende extrem rechte Protestveranstaltung zu etablieren.

Feindbild Merkel

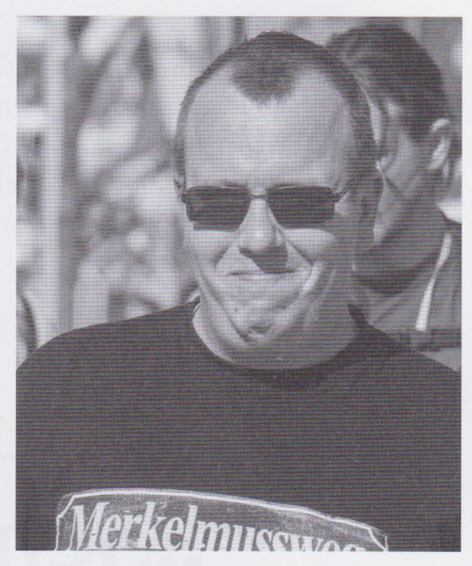
Zentrale Klammer einer völkischen Protestbewegung

Wer am Nachmittag des 12. März 2016 den öffentlichen Nahverkehr zum Berliner Hauptbahnhof nahm, konnte schnell ahnen, dass die dort beginnende Veranstaltung eine größere Nummer werden könnte. Gegen 15 Uhr erreichte eine S-Bahn den Bahnsteig, aus der eine größere Gruppe von schwarz-gekleideten Männern stieg, die mit „Merkel muss weg!" lauthals die Parole des Tages skandierte und damit die Aufmerksamkeit der vielen Reisenden auf sich zog, die keine Ahnung hatten, was vor sich ging. Mit der Resonanz auf die erste „Merkel muss weg"-Demonstration hatte so kaum jemand gerechnet: Behörden, Zivilgesellschaft und antifaschistische Gruppen waren sichtlich überrascht von der für Berliner Verhältnisse hohen Beteiligung: Zwischen 2.000 (Zählung apabiz) und 3.000 (Zählung Polizei) TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland, die meisten aus den ostdeuschen Bundesländern,, waren gekommen. Erst wenige Monate zuvor und inmitten der Phase erneut ansteigender TeilnehmerInnenzahlen bei PEGIDA in Dresden hatte Stubbe unter dem gleichen Label bereits zu einer Kundgebung am selben Ort mobilisiert, zu der sich aber nur rund 200 Teilnehmende eingefunden hatten. Auch die im Vorfeld der ersten „Großdemonstration" geäußerten Distanzierungen seitens Pegida und der AfD, die angesichts des bevorstehenden Berliner Wahlkampfes wohl keine Risiken eingehen wollte, deuteten nicht unbedingt auf einen großen Mobilisierungserfolg hin. Während Frauke Petry Anfang des Jahres 2015 noch die Nähe zu Lutz Bachmann und dem PEGIDA-Orgateam gesucht hatte, verfolgte sie als Bundesvorsitzende eine Strategie der Distanz zu den rassistischen Mobilisierungen. Der Bundesvorstand untersagte im Frühjahr per Beschluss die Teilnahme von AfD-FunktionärInnen als RednerInnen auf entsprechenden Veranstaltungen. Allerdings hielt dieser Beschluss nur wenige Monate und wurde im Sommer durch das Parteischiedsgericht auf Initiative der „Patriotischen Plattform" wieder gekippt. Und so sprach auf der vierten „Merkel muss weg"-Demonstration am 5. November 2016 mit Roland Ulbrich schließlich auch ein Vertreter der AfD.

Alle mit dabei

Das Spektrum der Teilnehmenden kann prototypisch für die vergleichsweise heterogene Zusammensetzung der asylfeindlichen Mobilisierungen der vergangenen zwei Jahre gesehen werden. Etliche Männer und Frauen mittleren Alters waren gekommen, doch auch schon auf der ersten Demonstration prägten insbesondere sportlich gekleidete Männer in den 30ern und 40ern, nicht wenige mit szenetypischen Modemarken wie "Thor Steinar" oder „Yakuza", das Bild. Neben etlichen selbsternannten „Bürgerbewegungen" waren Akteure der „Identitären Bewegung", einzelne Vertreter der AfD und hier insbesondere der „Patriotischen Plattform", „Reichsbürger" und AnhängerInnen der rechten Friedensbewegung zugegen, aber auch langjährig bekannte Neonazis aus altbekannten Organisationen wie der „Kameradschaft Northeim" um Torsten Heise, Hamburger Neonazi-Zusammenhänge um den ehemaligen „Blood & Honour"-Aktivisten Torben Klebe oder ParteiaktivistInnen von „Die Rechte", NPD oder „Der III. Weg". Diese Zusammensetzung veränderte sich auch bei den nachfolgenden drei Demonstrationenin 2016 kaum, auch wenn mit jedem mal die TeilnehmerInnenzahl sank, von 2.000-3.000 im März über 1.500 im Mai und 1.200 am 30. Juli bis zuletzt rund 600 am 5. November. Zudem wurde die Beteiligung von organisierten Strukturen immer offensichtlicher wurde. So sprach auf den Demonstrationen im Mai und Juli auch der Vorsitzende des Sächsischen Landesverbandes von „Die Rechte", Alexander Kurth. Darüber hinaus kamen die RednerInnen vielfach aus den um PEGIDA neu entstandenen Netzwerken, darunter Eric Graziani Grünwald, Katrin Oertel oder der Schweizer Ignaz Bearth, um nur einige zu nennen. Mit Manfred Rouhs beteiligte sich außerdem ein langjähriger Politaktivist an der Organisation und Finanzierung der Veranstaltung: Der Vorsitzende von „Pro Deutschland", der auf allen Demonstrationen sprach, hatte die Parteimitglieder zum Spenden aufgerufen, da für die Organisation allein 4.000 Euro an Kosten durch „Pro Deutschland" zu tragen wären. Eine Überparteilichkeit der Veranstaltung, die zumindest nach außen hin gewahrt werden sollte, wurde dadurch obsolet. Dies war auch einer der





Der Widerstandsdiskurs unter dem Slogan „Merkel muss weg" kann als eine zentrale Klammer dieser völkischen Protestbewegung begriffen werden. Rechts: „Pro Deutschland"-Funktionär und Organisator der Aufmärsche, Enrico Stubbe.

Gründe, warum aus dem gleichen Spektrum heraus im November zeitgleich zur vierten Demonstration eine Gruppe unter dem Label „Hand in Hand" erneut zu einer Demonstration in die „City West" mobilisierte, und sich den Vorwurf der Spaltung gefallen lassen musste.

Rechter Widerstandsdiskurs

Schon auf der ersten Demonstration wurde deutlich, dass die Beteiligung von offensichtlichen Neonazi-Zusammenhängen der gemeinsamen Sache keinen Abbruch tat: Die „Kameradschaft Northeim" führte mit ihrem Transparent und dem Slogan „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" einen eigenen Block an[1]. Der Widerstandsdiskurs kann als eine zentrale Klammer dieser völkischen Protestbewegung begriffen werden und wurde auch in den Reden und Sprechchören immer wieder deutlich. Als idealtypisch für den aktuellen völkischen Duktus, der sich aufgrund einer apokalyptischen Prophezeiung zum Widerstand nicht nur legitimiert, sondern gar verpflichtet sieht, können die Reden von Eric Graziani Grünwald herangezogen werden. Zu seinem Repertoire gehört die wutschnaubende Aufzählung der üblichen rechten Feindbilder wie den „linken Propagandisten der deutschen Wochenschau von heute", den „Volksverrätern" und Merkel, die „ihr Volk in den Genozid treibt" sowie den „Rothschilds", die gemäß der geradezu prototypischen antisemitischen Weltsicht „in der Führungsebene sitzen und Europa in ein Chaos der Verwüstung und der Bürgerkriege stürzen." Gegen diesen prophezeiten Untergang sei er bereit zu kämpfen und „Opfer zu bringen", bis hin zum Tod: „Selbst mein Leben wäre mir nicht zu schade, es herzugeben, für die Freiheit unserer Kinder und vor allem für ein freies und souveränes Deutschland." Felix Korsch hat den völkischen Widerstandsdiskurs in einem sehr gewinnbringenden Aufsatz als Vigilantismus beschrieben[2]. Diese Form der Selbstermächtigung, die sich zur Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung legitimiert sieht, findet sich auf verschiedenen Ebenen wieder. So etwa, wenn der Staatsrechtler der „EinProzent"-Initiative, Karl Albrecht Schachtschneider, eine Verfassungsbeschwerde einreicht, da er die Einreiseerlaubnis der in Ungarn festsitzenden Menschen im September 2015 nach Deutschland als Verfassungsbruch einstuft, wenn Akteure wie Jürgen Elsässer zum Sturz des „Merkel-Regimes" aufrufen oder bei BÄRGIDA ein „Nürnberg 2.0" für die „Deutschlandverräter" eingefordert wird.

Mit dem Vigilantismus-Begriff kann zudem teilweise erklärt werden, warum der Kern dieser völkischen Bewegung völlig immun für realpolitische Entwicklungen ist: Die Zahl der Asylsuchenenden ist in diesem Jahr deutlich gesunken, gleichzeitig wurde das Asylrecht verschärft. Wer sich allerdings dazu berufen sieht, für eine völkisch begründete Gesellschaft ohne Muslime und Geflüchtete zu kämpfen, kann gar nicht anders, als diese Forderung weiterhin auf die Straße zu tragen. Demnach lässt sich bei diesen zunehmend selbstreferenziellen Mobilisierungen feststellen, dass sie derzeit kaum noch neue AnhängerInnen binden können. Dabei spielt sicherlich auch der parlamentarische Erfolg der AfD eine nicht ganz unbedeutende Rolle — die Aufmerksamkeit, die sich insbesondere von den weniger Radikalisierten zunächst auf der Straße manifestiert hat, verlagert sich so zunehmend in die Parlamente. Die AfD kann als parlamentarischer Flügel dieser völkischen Bewegung begriffen werden. Die Selbstlegitimierung, die sich in nächtlichen Angriffen auf Asylsuchenende und ihre Unterkünfte gewalttätig artikuliert, bleibt jedoch weiterhin Begleiterscheinung dieses gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks. Neben dem vielerorts insbesondere für Migrant_innen unerträglichen Klima und den nach wie vor hohen Angriffszahlen hat es seit Anfang 2015 nach Behördenzählung mindestens 18 versuchte Tötungsdelikte im Bereich „Politsch Motivierte Kriminaliät Rechts" gegeben (davon 12 in 2016). •

Ausführliche Berichte zu den einzelnen „Merkel muss weg"-Demonstrationen können auf dem apabiz-Blog unter „blog.schattenbericht.de" nachgelesen werden.

1 Das Transparent findet sich auch auf S. 29 in diesem Heft. 2 Vgl. Felix Korsch: Wehrhafter Rassismus. Materialien zu Vigilantismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts, in: Friedrich Burschel (Hrsg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, Rechter Terror, Berlin 2016, S.15-55.

NS-SZENE

Als wir uns im AIB Nr. 106 die Frage stellten, was von den „Autonomen Nationalisten“ (AN) übrig geblieben ist, stellten wir fest, dass diese losen Zusammenschlüsse immer durch die Dynamik einzelner Ereignisse und die Motivation einiger Personen einen Auf- oder Abstieg erfuhren. Wie relevant und effektiv das Konzept der AN in 2016 ist, und welche Auswüchse diese Subkultur der extremen Rechten jüngst zum Vorschein brachte, soll der folgende Text erläutern.

Instagram, „Nazikiez“ und „Schwarze Blöcke“

Wie bereits Anfang des Jahres 2015 festgestellt, dient das Konzept der AN vorrangig aktionsorientierten Neonazis, um sich vor staatlicher Repression zu schützen. AN, das war vor allem subkultureller Habitus, der - wenn auch innerhalb der extremen Rechten nicht unumstritten - reichlich linke Symbolik klaute und durch Provokation versuchte, den „Nationalen Widerstand“ zeitgenössischer und jugendlicher wirken zu lassen. Erwähnt hatten wir, dass zwar das „Neue“ in den Konzepten der AN zu verschwinden schien, „die Luft raus war“, allerdings innerhalb der Subkultur bereits neue Impulse gesetzt wurden.

Der szene-intern gefeierte Erfolg am 1. Mai 2015 in Saalfeld — als der vielfach propagierte, rechte „schwarze Block“ eine Gruppe Punker unter den Augen der polizeilichen Einsatzkräfte zusammenschlug und sich Scharmützel mit der Polizei lieferte — prägte vor allem die kommende Generation der „Autonomen Nationalisten“, da es dem Konzept Bestätigung gab und den „Straßenkampf-Mythos“ wiederbelebte. Dazu kam das vermehrte Auftreten sogenannter „Nipster“, eine von Journalist_innen kreierte Zuschreibung, welche die Wörter „Nazi“ und „Hipster“ vereint. Charakteristisch für Hipster ist es, sich subkulturelle Symbole, Stil und Codes anzueignen und diese losgelöst von den Werten und Ideen der Subkultur zur Mode zu machen. Dabei müssen die kombinierten Elemente nicht zueinander passen, sowohl farblich als auch ideologisch. „Nipster“ kombinieren nationalsozialistische Ideologie mit neuesten Trends der Jugendkultur, hipper Optik und einem gut durchgestylten Social-Media-Auftritt. Ihre Sehnsucht nach einer vormodernen Zeit wird dabei in moderne Symbole und Zeichen gepackt, ähnlich wie von Teilen der „Identitären Bewegung“ bekannt. Hashtags wie #weiblichkeitstattfeminismus, #mannbleibtmann, #aufstandwagen oder #NSjetzt stehen dafür exemplarisch.

Das „Rechte Plenum“ (RP)

Wegweisend für diese Erscheinungsform waren anfangs der Internetblog „Kind.Statt. Gross“, sowie die Youtube-Kochshow „Balaclava-Küche“, hauptsächlich betrieben von dem aus Pattensen bei Hannover stammenden Liedermacher Patrick Kruse. Aufgrund seines Studiums zog es ihn 2014 nach Chemnitz, wo er gemeinsam mit dem früheren JN-Aktivisten Karl Schittko aus Niedersachsen vor allem junge Neonazis aus lokalen Strukturen um sich scharrte. Die Chemnitzer Szene hatte bis dato, vor allem durch das Verbot der „Nationalen Sozialisten Chemnitz“, keine richtige neue Heimat gefunden und stützte sich stattdessen auf bestehende Strukturen wie die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Im Sommer 2015 formierte sich in Chemnitz das, was bis zur vermeintlichen Selbstauflösung — auf Twitter Mitte November 2016 verkündet — als „Rechtes Plenum“ (RP) bekannt war: Ein Zusammenschluss von im Kern rund einem dutzend junger Neonazis, welche Elemente des Mainstreams, Versatzstücke der Antifa-Ästhetik und des linken Lifestyles kombinierten, wobei ihre ideologische Ausrichtung klassischen NS-Mustern folgt. Sie lehnen Demokratie ab und proklamieren offen den Umsturz des pluralistischen Systems. Speziell Migrant_innen und Antifaschist_innen werden zum Feindbild erklärt. Ihrer Meinung nach fände man zu wenig NS-Rassenideologie und Führerdenken in der heutigen Neonazi-Szene, weshalb sie proklamieren, die Szene wieder zu diesen „alten Werten“ zurückführen zu wollen. Der Strategie von NPD und Teilen der Kameradschaftsszene, sich vom Führerkult zu lösen und so vermittelbar zu werden, steht das „Rechte Plenum“ radikal entgegen. Die bundesweite Neonazi-Szene solle sich — laut der Thesen auf ihrer inzwischen gelöschten Website — einer neu gegründeten „Einheitspartei“ unterordnen. Das RP sieht sich mit diesen Forderungen als Vorreiter.

Einen lokalen politischen Fokus legt die Gruppe vor allem darauf, den Chemnitzer

Reviermarkierung wie hier in Chemnitz und vielfältige Präsenzen im Internet gehören zur politischen Praxis des „Rechten Plenums“.



Screenshot twitter

Stadtteil Sonnenberg in einen „Nazikiez“ zu verwandeln. Dieser Begriff führt dabei auf das Konzept der „National befreiten Zone“ (NBZ) zurück. „Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde...“, propagierte die extreme Rechte bereits in einem 1991 publizierten Text.

Der Weitlingkiez in Berlin-Lichtenberg war beispielhaft für das Konzept „National befreite Zone“. Angefangen bei der Besetzung mehrerer Häuser durch Neonazis in den 1990er Jahren, der Gründung verschiedener Neonazi-WGs in Zeiten der „Kameradschaft Tor“ Mitte der 2000er Jahre bis hin zur Anmietung einiger Räume in der Lückstraße durch „NW Berlin“-AktivistInnen vor ein paar Jahren. Diese hatten bis 2014 ebenso versucht, durch die Etablierung eigener Läden und Kneipen die Brückenstraße in Berlin-Treptow zu dominieren.

Dass die Chemnitzer Neonazis die Idee der NBZ aufgriffen, hat dabei auch personelle Hintergründe. Die (ex-) Freundin Kruses, Maria Fank, war bereits durch ihre Aktivitäten in den Kreisen des „NW Berlin“ um ihren damaligen Lebensgefährten Sebastian Schmidtke mit der Idee solcher Angsträume vertraut. Dazu kommen enge Verbindungen nach Dortmund-Dorstfeld, wo einige führende „Die Rechte“-Mitglieder seit geraumer Zeit versuchen, den Stadtteil als „Nazikiez“ für sich zu beanspruchen. „NW-Berlin“-AktivistInnen pflegten ebenfalls gute Kontakte zum ehemaligen „Nationalen Widerstand Dortmund“, gleichzeitig standen Dortmunder Neonazis wie Christopher Drewer wiederum mit den 2014 verbotenen „Nationalen Sozialisten Chemnitz“ und jüngst mit Vertretern der extrem rechten Ultra-Gruppierung „New Society Chemnitz“ in Kontakt. Diese Verbindungen lassen den Schluss zu, dass die Bestrebung des RP, eine „National befreite Zone“ zu etablieren, durchaus auch durch Neonazizusammenhänge jenseits von Chemnitz wegweisend beeinflusst wurde.

#Was ist das für 1 Nazi

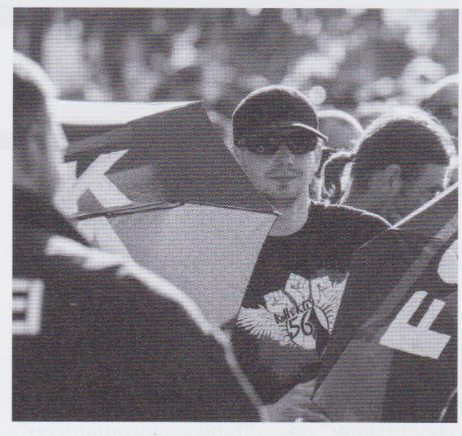
Im Unterschied zu anderen Gruppen innerhalb der „Autonomen Nationalisten“ können die Mitglieder des RP eine besondere Stellung im Umgang mit sozialen Netzwerken vorweisen. Dabei nutzen sie Facebook und Twitter und etablierten Blogs wie „Kopfsteinpflaster“ oder „Stahlkissenromantiker“.

Die Propaganda zeichnet sich durch eine Ästhetik aus, die nicht der klassischen schwarz-weiß-roten Optik mit altdeutscher Schrift entspricht. Ihre Aufkleber, Webbanner und T-Shirts wirken auf den ersten Blick nicht wie typische Neonazi-Propaganda, sondern entsprechen in ihren Designs dem aktuellen Trend: Knallige Farben im Kontrast zu schwarz-weiß und zeitlose geometrische Formen. Oft werden klassische linke und popkulturelle Designs und Slogans umgewandelt oder mit einem Augenzwinkern verwendet. Da ist z.B. das T-Shirt mit Hitler-Konterfei und dem Spruch „Kein Mensch ist illegal“ und Sticker mit Sprüchen wie „Better run Antifa scum“ oder „Zecken vors Maul“. Der auffällig völkische Tenor, sowie die Glorifizierung des Nationalsozialismus findet unter anderem seinen Ausdruck auf bedruckten Jutebeuteln mit den Worten „I <3 NS“ („I love NS“). Teilweise werden auch Aufkleber und Symbole verwendet, die für Außenstehende gar nicht als rechtes Motiv erkennbar sind, wie ein Motiv mit gekreuztem Holzschwert und Nudelholz im Comiclook. Dabei handelt es sich um eine Anspielung an die „Balaclava Küche“.

Ein ähnliches Grund-Design und zweideutige Anspielungen findet man bei den italienischen FaschistInnen der „Casa Pound“-Bewegung oder bei osteuropäischen Ablegern der „Autonomen Nationalisten“. Die gegenseitige Bezugnahme im Internet ist da nur logisch.

Die wichtigsten Plattformen ihrer Selbstdarstellung sind bei vielen RP-AktivistInnen jedoch Instagram und Tumblr. Dabei gehen sie mal mehr, mal weniger offensichtlich mit ihrer Ideologie um. Es gibt Bilder mit Sturmhaube, Neonazi-Graffiti und Hitlergruß, allerdings auch unvermummte Selfies aus dem alltäglichen Leben. Die Bilder passen in die vorherrschende Ästhetik der Seiten. Da sich einige Mitglieder der Gruppe mit Fotografie und Design beschäftigen, gibt es teilweise sehr professionelle Fotos, die hunderte Likes generieren und damit auch Follower für die entsprechenden Accounts. Die meisten davon dürften sich nicht bewusst sein, dass das hübsche Waldbild von einem Neonazi gemacht wurde. Über diese Netzwerke ist ein einfacher Output über Bilder und Hashtags (bei-





Oben: Selbstinzenierung des „Antikapitalistischen Kollektiv". Unten: Marcel R., von den „AN Berlin" mit Shirt des „Kollektiv 56" auf einem Aufmarsch in 2016.

spielsweise #nazikiez, #SSonnenberg) möglich, der leicht konsumierbar ist und auf lange theoretische Texte verzichtet, aber dennoch ein politisches Statement setzt. Die enge Verbindung von subkulturellem Lifestyle und NS-Ideologie zeigt sich sowohl als bewusste Propaganda nach außen, spiegelt sich aber auch im Privatleben wieder. Somit ist ihre Ideologie elementarer Bestandteil ihrer Identität, die sie online genauso stolz zeigen, wie ihre neuen Schuhe. In den sozialen Netzwerken erhalten sie Lob, Zuspruch und damit einen geschützten Freiraum, in dem sie kaum Widerstand erfahren. Gleichzeitig bietet diese Online-Community einen niederschwelligen Anschlusspunkt für Menschen, die neu in der rechten Szene sind. Zusätzlich zu den Blogs produziert das RP professionell geschnittene Videos, in denen — unabhängig vom Inhalt — vermummt Pyrotechnik gezündet wird und im Hintergrund Graffiti zu sehen, wie auch NS-Hardcore zu hören ist. Alles gibt den Anschein einer jungen, coolen, aktiven Gruppe. Ideologische Standpunkte und tiefgreifende Theorien werden bewusst durch provokante NS-Bilder ersetzt. Nur die verlinkten Webseiten bieten weitere Informationen und Analysen.

Offline-Aktivitäten

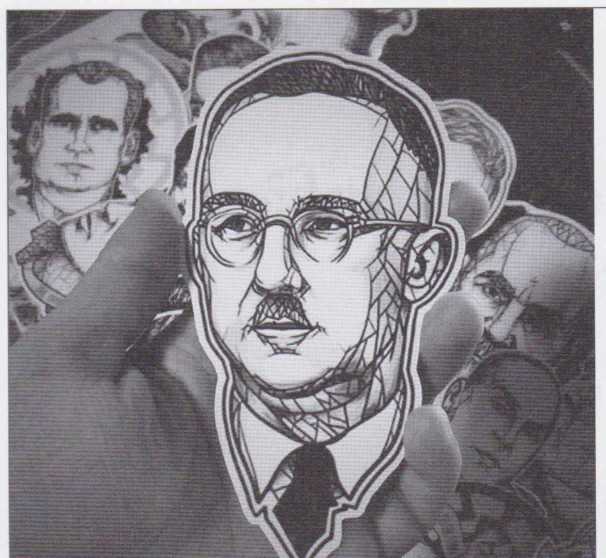
Seien die AktivistInnen des RP auch noch so begabt, sich als „neuen Wind" innerhalb der Neonazi-Szene zu stilisieren, so sind und bleiben sie doch Neonazis. Der mit dem Aufkommen des RP zu beobachtende Anstieg der Straßengewalt — seien es Sachbeschädigungen am Wahlkreisbüro der Partei DIE LINKE, Übergriffe auf nicht in ihr Weltbild passende Menschen oder die vielfachen neonazistischen Sprühereien — belegen, dass das RP zwar als Label neuwertig zu sein scheint, sich die Methoden des politischen Kampfes auf der Straße allerdings kaum verändert haben. Ein vom RP organisiertes durch und durch visuell ausgeschlachtetes Demo-Training, an dem bundesweit organisierte „Freie Kräfte" im Mai 2016 teilnahmen, war zwar letztendlich nichts Neues innerhalb der Neonazi-Szene, doch wirkt es auf den Betrachter als propagandistischer Durchbruch. Der Unterschied zeigt sich vor allem durch die massive Nutzung der sozialen Medien als Werkzeug der Propaganda.

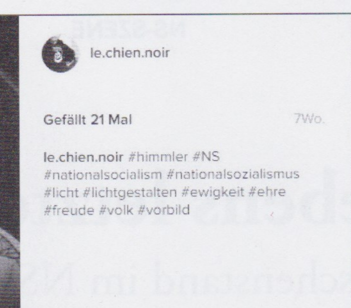
Im November 2016 haben Antifaschist_innen einen umfangreichen Hintegrund bericht zum RP publiziert. Das „Rechte Plenum" löste sich daraufhin offiziell am 13. November 2016 auf Twitter auf. Allerdings ist zu erwarten, dass dies mehr strategischer Natur war und die extrem rechte Struktur nicht wieder zurück auf Null rückt. Durch das Outing der Mitglieder des RP nahm man ihnen zwar den schützenden Schleier und den Hauch der Konspirativität, dennoch verschwindet die Onlinepräsenz der RP Mitglieder nicht. Stattdessen wurden nur Account-Namen geändert und Durchhalteparolen gepostet. Doch durch das Outing wurde das RP greifbar und angreifbar gemacht. Was bleibt also vom „Rechten Plenum"?

Vor allem ein ästhetischer Umbruch, den wir seit dem Aufkommen des „Nipster"-Lifestyles beobachten. Nach der subkulturellen Aneignung folgte nun die Anknüpfung in sozialen Netzwerken. Die "Nipster" um das RP sind, zumindest was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, ein spürbar wichtiger Schritt innerhalb des Selbstfindungsprozesses der „Autonomen Nationalisten".

Neonazis und Kollektive?

Wie schon erwähnt, zehren die Strukturen der AN vor allem vom Mythos des „nonkonformen Straßenkämpfers". Eine weitere Gruppe, die diese Inszenierung jüngst versucht wiederzubeleben ist das „Antikapitalistische Kollektiv" (AKK). Die Gruppe selbst sieht sich als Plattform, die verschiedenste neonazistische Gruppen aus der „freien" Kameradschaftsszene verbindet. Ursprünglich geht das „Kollektiv" auf die Strukturen des „Freien Netz Hessen" zurück, welches sich wiederum aus führenden Köpfen der NPD-Jugendorganisation zusammensetzte. Als wesentliche Akteure in Hessen wurden Maximilian Reich, JN-Vorsitzender in Baden-Württemberg, sowie Thassilo Hantusch, Vorsitzender der JN in Hessen bekannt. In einem Interview mit der





Screenshot instagram

NS-Verherrlichung im modernen Style: Grafik-Porträt des SS-Reichsführers Heinrich Himmler auf einem Instagram-Account eines RP-Mitglieds mit dem hashtag #vorbild.

faschistischen „National Action" aus England (Vgl. AIB 107), datiert ein Mitglied der AKK die Initialzündung des „Kollektivs" auf den 1. Mai 2015 in Saalfeld. Neonazis aus ganz Deutschland hatten sich dort zu einem „antikapitalistischen Block" formiert, um im Stil des linksradikalen „Schwarzen Blockes" aktionsorientiert agieren zu können. Die Gruppen, die 2015 diesen Block dominierten, entstammten den verbliebenen AN-Strukturen, wie etwa die „Weisse Wölfe Terrorcrew" (Vgl. AIB Nr. 111). Bereits vor dem Aufmarsch in Saalfeld fielen vor allem die hessischen AktivistInnen des heutigen AKK mit der Teilnahme an den Protesten gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt im März 2015 auf. Eher symbolisch propagierten sie, den EZB-Bau in ein „nationales Zentrum" umwandeln zu wollen. Mit der angekündigten Teilnahme an antikapitalistischen Protesten wie diesen möchte das AKK als „nationale antikapitalistische Kraft" wahrgenommen werden und führt somit den Querfront-Gedanken der „Autonomen Nationalisten" fort. Man sei „volkssozialistisch", „0% besorgte Bürger und 100% antikapitalistisch" und wolle sich nicht auf Kategorien wie „links" oder „rechts" einlassen.

Der Aufmarsch der Neonazi-Partei „Der III. Weg" am 1. Mai 2016 in Plauen sollte erneut die Bühne des AKK werden und ihnen Aufwind innerhalb der extremen Rechten geben. Bereits die Anreise der Teilnehmer erfolgte koordiniert, sodass der Block bereits zu Beginn abgeschottet mit Regenschirmen, vermummt und Pyrotechnik zündend ohne Vorkontrollen zum Aufmarsch gelangen konnte. Das Resultat waren gewaltsame Versuche die Polizeiketten zu durchzubrechen, was mit dem Einsatz eines Wasserwerfers quittiert wurde. Ähnlich wie in Saalfeld folgte eine martialische Stilisierung der Ereignisse. Hierdurch gewann das AKK an Glaubhaftigkeit innerhalb der militanten Neonazi-Szene, obwohl es Kritik von den OrganisatorInnen der Demonstration gab. Prompt folgte vom AKK die Reaktion mit den Worten „Eine Bewegung braucht kein Parteibuch".

Gruppen wie das „Kollektiv 56" aus Erfurt, der „Aktionsblog Rostock", die „AN Groß-Gerau" und die „AG Nord-West" beziehen sich seitdem vermehrt auf das AKK als Plattform. In Berlin und Brandenburg hat sich vor einigen Monaten eine Sektion der AKK gegründet, unter Beteiligung verbliebener „Autonomen Nationlisten" wie dem früheren NPD-Kandidaten Kai Schuster, Marcel R. und Lukas L.

Neu ist an der Struktur des AKK, dass die Illusion verbreitet wird, Teil einer europaweiten antikapitalischen Bewegung zu sein. Unter dem Label „Anticapitalist Network" sucht man Verbündete in anderen Ländern. So waren englische AktivistInnen der „National Action" am „Antikap-Block" in Plauen beteiligt. AKK-AktivistInnen nahmen wiederum mehrmals an den sozialen Protesten der „Nuit debout"-Bewegung in Frankreich teil. Damit schafft das AKK einen Rahmen, den eine klassische, chauvinistische Neonazi-Szene nie kreieren könnte. Der Umgang mit Social Media wie Twitter und Facebook ist dabei — ähnlich wie beim „Rechten Plenum" — ausschlaggebend für die Vernetzung und den Austausch der involvierten Gruppen. „Teamspeak"-Diskussionen und Koordinierungen der Gruppen via dem anonymen Messenger „Threema" sind der Feinschliff des AN-Konzepts als tatsächlich autonom agierendes Konstrukt.

Das AKK stellt somit in 2016 eine bundesweit vernetzte Struktur, unter deren Label „Autonome Nationalisten" frei agieren können — Hauptsache „außerparlamentarisch, undogmatisch und aktivistisch", wie sie es selbst beschreiben. Für eine antifaschistische Bewegung bedeutet dies vor allem eine erneute Sensibilierung gegenüber dieser angeblichen „Querfront". Inwieweit das AKK als Plattform sichtbar an Protesten der antikapitalischen Linken teilnehmen können wird, ist dabei noch Spekulation. Fakt ist jedoch, dass das AKK durch eigene Aktionen im Umfeld der TTIP/CETA-Proteste bereits in Erscheinung getreten ist. In Zukunft dürfte das AKK bei Großevents der Linken versuchen, mit seinem völkischen Antikapitalismus anzudocken. Von einem kompletten Zerfall des AN-Konzeptes, wie es vor Jahren schien, kann also gegenwärtig noch nicht die Rede sein. Vielmehr senden Teile der militanten Neonazi-Szene neue Impulse, um zu radikalisieren und zu polarisieren. Sie reihen sich damit in die betont offensiv auftretenden Kreise innerhalb der extremen Rechten ein. •

NS-SZENE

Wohllebens letzter Kampf?

Zwischenstand im NSU-Prozess

RECHTSANWALT ALEXANDER HOFFMANN

In den beiden Monaten vor der Sommerpause agierte das Gericht, als wolle es die Beweisaufnahme zeitnah abschließen.

Einige Verhandlungstage lang wurde der sogenannte NSU-Brief thematisiert, der im Jahr 2002 an zahlreiche Neonazizeitungen, zusammen mit Geldbeträgen, verschickt wurde. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise David Petereit, ehemals Abgeordneter der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, vernommen. Petereit war zumindest in den Jahren 2000 bis 2004 an der Herausgabe des Neonazi-Fanzines „Der Weiße Wolf" beteiligt. In der Ausgabe 1/2002 enthielt die Zeitschrift neben Artikeln zur militanten Organisation „Combat 18" ein von ihm unterschriebenes Vorwort, in dem es hieß: „Wenn die Zeiten härter werden — muß der Kampf es auch werden. Unterstützt die Kameraden in Haft, im Rechtskampf, auf der Straße, bildet Netzwerke — nur vom Musikhören und Feiern kommt die Wende nicht.", und dann optisch abgesetzt und fettgedruckt: „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-)"

Petereit gestand dies auch zu, auch wenn er gleichzeitig behauptete, sich an nichts erinnern zu können. Das Gericht nahm dies genauso hin wie seine Behauptung, er habe die gesamte Produktion und den Vertrieb der Zeitung allein durchgeführt. Die Beweisaufnahme war insgesamt vom erkennbaren Willen geprägt, die bereits in der Anklage aufgeführten Beweismittel glatt einzuführen, Widersprüche zu ignorieren und weitergehende Fragen nicht aufkommen zu lassen.

Zschäpes Strategie scheitert

Diese Verhandlungsführung wurde allerdings immer wieder durch Anträge der Nebenklage durchbrochen. Diese hatte beispielsweise in den Asservaten Fotos aus dem Jahr 2006 gefunden. Eine BKA-Sachverständige für „Personenidentifizierung anhand von Lichtbildern" lieferte ein Gutachten und stellte darin fest, dass auf diesen Urlaubsbildern aus dem Jahr 2006 nicht nur Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos, sondern auch der Mitangeklagte Holger Gerlach zu sehen ist. Zschäpe und Gerlach hatten einen Kontakt in diesem Jahr bestritten. Für Zschäpe eine weitere Lüge, die ihre Einlassung insgesamt unglaubwürdig erscheinen lässt. Für Gerlach ein weiterer Beweis, dass er deutlich stärker in die Gruppe eingebunden war, als dies in der Anklage angenommen wird.

In der Folge setzte die Verteidigung von Zschäpe ihre Verschleppungstaktik fort. Ein Fragenkatalog der Nebenklage wurde zunächst genutzt, um weitere Zeit für die Vorbereitung der Antworten zu fordern, Einzelfragen für unzulässig zu erklären und zeitraubende Beschlüsse des Gerichts zu bewirken, um schließlich, nach der Sommerpause, die Antwort insgesamt zu verweigern. Das Gericht hätte nun diese Fragen allesamt selbst stellen und damit den Wunsch der Nebenkläger nach Aufklärung unterstützen können. Dies hätte zudem ermöglicht, Zschäpe in eine Situation zu bringen, in der aus der Nichtbeantwortung von Fragen des Gerichts, als sogenanntes Teilschweigen, strafschärfende Schlüsse gezogen werden dürfen. Aber der Vorsitzende verpasste auch diese Chance, den Opfern des NSU Respekt zu zollen: Einige Fragen der Nebenklage wurden inhaltlich aufgenommen und als eigene Fragen des Gerichts gestellt, die übrigen Fragen bleiben unbeantwortet.

Empfindlich reagierte Zschäpe auf den Antrag der Nebenklage, einen Brief, den sie im Jahr 2013 an den in Nordrhein-Westfalen inhaftierten Neonazi Robin Schmiemann geschickt hatte, zu verlesen. Dieser Brief hatte über die Justizvollzugsanstalt und das Landesamt für Verfassungsschutz den Weg zur Generalbundesanwaltschaft und damit in die Münchener Verfahrensakte gefunden. In dem Brief stellt sich Zschäpe als stark, selbstbewusst und abgebrüht dar — ganz anders als in ihrer Einlassung in München, in der sie das Klischee einer von den beiden Männern abhängigen, schwachen, alkoholabhängigen Frau zu zeichnen versuchte.

Dementsprechend auch die Reaktion der Verteidigung, die bereits während der Verlesung des Antrags forderte, die Öffentlichkeit auszuschließen. Nun hätte in dieser nichtöffentlichen Hauptverhandlung über die Kriterien, die für eine Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit entscheidend sind, diskutiert werden sollen - insbesondere bedeutet dies eine Abwägung des Interesses der Angeklagten an ihrer Privatsphäre mit dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit. Zschäpes Verteidiger starteten ein massives Störfeuer und haben damit bislang die Stellung des Antrages auf-



schieben können.

Das Vorgehen der Verteidigung lässt sich zum einen als Anzeichen dafür werten, dass sie sich ihrer verzweifelten prozessualen Lage angesichts der erdrückenden Beweislage bewusst ist, zum anderen als Zeichen dafür, dass sie die Inhalte des Briefs, die die Selbstdarstellung Zschäpes im Prozess im Kern erschüttern, um jeden Preis aus dem Verfahren heraushalten wollen.

Immerhin wurde im Verlauf der Auseinandersetzung auch deutlich, dass der Vertrauensbruch zwischen Zschäpe und ihren Altverteidigern Heer, Sturm und Stahl nicht so groß ist, wie immer wieder behauptet wird. Selbstverständlich sprach sie immer wieder mit diesen, weil ihre neuen Wahlverteidiger Borchert und Grasel weder gewillt noch in der Lage waren, diese Auseinandersetzung zu führen. Rechtsanwalt Borchert hatte den Gerichtssaal vor der Auseinandersetzung längst wieder verlassen, Rechtsanwalt Grasel machte nicht einmal den ernsthaften Versuch, sich an der Auseinandersetzung zu beteiligen. Wenn Zschäpe ein bestimmtes Ziel hat, hier die Verhinderung der Verlesung eines ihr unangenehmen Briefes, nimmt sie selbstverständlich Kontakt zu den Verteidigern Sturm, Stahl und Heer auf. Ein zerrüttetes Vertrauensverhältnis sieht anders aus. Damit wurde ein weiteres Mal der taktische Umgang Zschäpes in ihren Anträgen auf Entpflichtung ihrer Altverteidiger deutlich.

Wohllebens letzter Kampf?

Die Verteidigung des Angeklagten Ralf Wohlleben schließlich war es, die den Prozess von September bis November 2016 mit einer selbstzerstörerischen Taktik fast zum Erliegen brachte. Diese hatte bisher darauf gesetzt, mit Anträgen, die den Lieferweg der Ceska von der Schweiz über Wohlleben und Schultze hin zu Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos in Frage stellten, die Anklage zu widerlegen. Nach ablehnenden Beschlüssen des Senats musste sie jedoch feststellen, dass dieser keinen Zweifel mehr daran hat, dass Wohlleben die Mordwaffe beschafft hatte. Mit einer neuen Taktik versuchte die Verteidigung nun mit aller Macht, den Mitangeklagten Carsten Schultze, der die Lieferung der Ceska eingeräumt hat, als Lügner darzustellen.

Als Ansatzpunkt diente Schultzes Schilderung eines Angriffs mehrerer Neonazis auf zwei Männer an der Endhaltestelle in Jena-Winzerla, an dem Wohlleben beteiligt gewesen sein soll. Die Verteidigung Wohlleben hatte hierzu eine Vielzahl von Zeugen aufgeboten, um Schultze als unglaubwürdig darzustellen. Dabei hatten sie sich auf Details kapriziert, etwa dass Schultze von einem Holzhäuschen berichtet hatte, in das ein Opfer hineingesteckt worden sei, ein solches Häuschen aber dort nicht gestanden habe. Daraufhin machte die Polizei, aufgrund von Recherchen durch einen Nebenklagevertreter, das damalige Opfer ausfindig. Dessen Vernehmung durch das BKA bestätigt Schultzes Angaben bis ins Detail. Als Ergebnis der Verteidigungsstrategie Wohllebens wurde damit aus einer nicht überprüfbaren Erzählung Schultzes eine enorme Aufwertung von dessen Glaubwürdigkeit.

Sei es aus Frust über solche Eigentore, sei es, um mit aller Gewalt einen Fehler des Gerichts zu provozieren, reagierte die Verteidigung Wohllebens mit einer Reihe von sinnlosen Befangenheitsanträgen, sowie mit nur noch als Propaganda zu verstehenden Anträgen:

Das Gericht hatte einige bei Wohlleben beschlagnahmte Aufkleber in Augenschein genommen, die seine NS-Ideologie belegen. Einer davon enthielt die Behauptung, Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß sei von den Alliierten ermordet worden. Die Verteidigung stellte nunmehr zwei Beweisanträge mit der Aussage, Heß sei tatsächlich ermordet worden. Als Zeugen wurde zunächst der damalige Krankenpfleger von Heß im alliierten Gefängnis in Berlin-Spandau und ein paar Wochen später der „NPD-Historiker" Olaf Rose geladen. Der erstere hat vor einigen Jahren ein Buch veröffentlicht, welches Olaf Rose aus dem Französischen übersetzt hatte. Darin wird die Mord-These aufgestellt, die der Autor seit Jahren auf NPD-Veranstaltungen präsentiert. Die Verteidigung zeigt mit dem Antrag endgültig, dass sie sich nicht mehr auf eine tatsächliche Verteidigung Wohllebens gegen die Tatvorwürfe konzentriert — zu erdrückend anscheinend die Beweislage —, und stattdessen nunmehr anscheinend Propaganda für die „Kameraden" außerhalb des Gerichtssaals machen will.

Dem Gericht schien das desperate Verhalten der Verteidigung Wohlleben nicht zu missfallen. Noch nie im Laufe des Prozesses wurde so langsam verhandelt, wurden so wenige Zeugen vernommen und andere Beweismittel eingeführt wie in den letzten Monaten. Ob der Prozess wirklich, wie bislang erwartet, im Frühjahr zu einem Urteil kommt, bleibt deshalb ungewiss. •

NS-SZENE

Während wir im AIB Nr. 112 über die westsächsische Neonazi-Szene zwischen 1990 und 2002 berichteten, widmen wir uns nun der Zeit von 2002 bis zur Gegenwart.

Unter Kameraden ist man nie allein

Der NSU-UnterstützerInnenkreis zwischen Chemnitz und Zwickau

Wir erinnern uns: Anfang 2002 zog der „Nationalsozialistische Untergrund" (NSU) aus Chemnitz in die Zwickauer Polenzstraße. Das brachte zwar Veränderung in ihren Alltag im Untergrund, das UnterstützerInnen-Netzwerk blieb jedoch ein ähnliches.

Chemnitz strukturiert sich neu

Nach dem Verbot von „Blood & Honour Deutschland" (B&H) und den internen Streitigkeiten innerhalb der B&H-nahen „Skinheads Chemnitz/88er" mussten deren Protagonisten neue Wege finden, um Chemnitz auch weiterhin als bundesweit relevanten Dreh-und Angelpunkt der Szene halten zu können.

Einer der Leitfiguren der früheren B&H-Struktur und Bekannter des NSU-Trios, Hendrik Lasch, begann Anfang der 2000er Jahre den rechten Streetwear-Laden „Backstreetnoise" (BSN) aufzubauen, dessen Räume damals das Bundesvermögensamt (!) vermietete. Aufgrund antifaschistischer Proteste musste das Geschäft 2004 umziehen, allerdings nur ein paar Straßen weiter innerhalb des Plattenbau-Gebiets, in dem auch der NSU vor 2002 zwei Wohnungen unterhielt. Lasch, der Uwe Mundlos in dessen Unterschlupf noch Ende der 1990er Jahre besuchte und dabei von Mundlos entworfene Zeichnungen auf T-Shirts druckte und verkaufte, ist bis heute in die Geschäftsleitung des BSN eingebunden. Ein Blick in das Sortiment des Ladens lässt schlussfolgern, dass die Mischszene aus Neonazis, Hooligans und Rockern immer noch den Kundenstamm des Ladens ausmacht. CDs lokaler Neonazi-Bands wie „Might of Rage" — die damals noch direkt über Laschs Laden vertrieben wurden — sind allerdings verschwunden. Vermutlich kein Verlust für das Geschäft, denn nebenan vermietet Lasch Räumlichkeiten an das Label und Ladengeschäft „PC Records" — damals noch namentlich betrieben von Yves Rahmel. Im sogenannten „Würfel", in dem sich bis 2004 „Backstreetnoise" befand, hatte sich Rahmel ebenso ein Tonstudio eingerichtet.

Langjährige Kontakte und „kurze Dienstwege" dürften den Erfolg von BSN/PC-Records bis heute ausmachen. Hinzu kommt, dass Rahmels Label genau zu einer Zeit auftauchte, in der das vormals wichtigste B&H-Label Sachsens, „Movement Records", bereits auf dem absteigenden Ast war. Rahmel, der vor seiner Zeit in Chemnitz in der extrem rechten Skinhead-Szene im Umland unter anderem das Fanzine „Panzerbär" herausgab, kam erst spät zu den „Skinheads Chemnitz" und schien aus den internen Querelen von „B&H Sachsen" gelernt zu haben. Innerhalb der Szene hält er bis heute seinen Ruf als „authentischer Verkäufer", dem die „nationale Sache" wichtiger sei als der Profit, den das Label reichlich abwerfen dürfte. Während er sich bundesweit von Neonazi-Aufmärschen eher fern hält, nahm er am 1. Mai 2014 im tschechischem Usti Nad Labem an einem Neonazi-Aufmarsch teil. Mit dabei Kathrin Köhler, Stadträtin der Chemnitzer NPD, die auf der Kundgebung als Rednerin auftrat. Eine Allianz, die schon 2010 zu Tage kam, als Rahmel eine ehemalige Gaststätte in Chemnitz-Markersdorf erwarb, die nun als NPD-Schulungszentrum fungiert.

Yves Rahmels Verbindungen zur (früheren) internationalen „B&H"-Riege fielen dabei allerdings nicht hinten runter.

Im März 2006 durchsuchten Beamte seine Räumlichkeiten in Bezug auf eine Wiederbetätigung der verbotenen „B&H-Sektion Deutschland", die nach 2000 auch unter dem Namen „Division 28" firmierte.

Auch gegen die Mitglieder der Band „Blitzkrieg" aus Chemnitz und Zwickau — Kay und Jörg Richter sowie Paul Morgenstern — wurde im selben Verfahren ermittelt, bei gleichem Ausgang: Einstellung wegen Geringfügigkeit.

Anscheinend ein Grund mehr für Rahmel, diesen Weg fortzusetzen. Sei es durch Verkaufsstände auf vielen internationalen Events des B&H-Milieus oder durch konkretere Unterstützung wie beim „Ian Stuart



Der Ex-B&H-Aktivist und heutige Mitbetreiber des Dresdner RechtsRock-Labels „OPOS-Records", Michael Lorenz (1), am Rand der antifaschistischen Demonstration in Chemnitz 2004.

Donaldson-Memorial" 2015 in England. Hier war er allem Anschein nach für den Ausschank an der Bar zuständig.

Auch dass die Flagge der „Skinheads Chemnitz" international immer wieder ihren Platz am Rande der Bühne von RechtsRock-Konzerten findet, darf durchaus als Machtdemonstration einer Struktur gewertet werden, die als solche eigentlich nicht mehr existiert.

Chemnitzer Melange

Neben dem Imperium der RechtsRock-Vertriebsszene entwickelte sich auch die extrem rechte Hooliganstruktur der „HooNaRa"[1] stetig weiter. Prägend war vor allem Rico Malt, Schlüsselfigur zwischen Hooligan-, Freefight- und Neonazi-Szene. Kurz vor der Jahrtausendwende soll er bereits den damaligen Chef der Hooligan-Gruppe, Thomas Haller, abgelöst haben und spätestens ab Anfang der 2000er Jahre fiel er im explizit politischen Kontext auf. Der Gerüstbauer gehörte zu den jüngeren Neonazis um die Brüder Kay und Jörg Richter, die noch an die alte B&H-Struktur angebunden waren und mehrfach Sicherheitsdienste auf Konzerten übernahmen. Auffällig ist dabei der Trend der Clique um Malt weg vom Skinhead-Kult, hin zum aufkommenden Hooligan/Türsteher-Chic.

Im öffentlichen Raum kam hinzu, dass sich viele Neonazis in Sachsen immer mehr im Freefight-Milieu breit machten und Events wie der „Fight Club Karl Marx Stadt" zum Treffpunkt der Szene wurden (AIB Nr. 68). Rico Malt machte hierbei aus seiner politischen Einstellung keinen Hehl. Seine Auftritte waren von „HooNaRa"-Rufen und RechtsRock begleitet. Wahlweise warb er für Ralf „Manole" Marschners „Last Resort Shop" oder Hendrik Laschs „Backstreetnoise". Die Tickets konnten damals auch über die beiden Szene-Läden erworben werden.

Malts Rolle als Bindeglied zwischen den Szenen half vor allem bei der Organisation von RechtsRock-Konzerten. Besonders seine Kontakte als Türsteher dürften dabei hilfreich gewesen sein, wie etwa in 2004, als die Diskothek „8. Mai" in Chemnitz angemietet werden konnte, um den rund 400 TeilnehmerInnen Bands wie „Blitzkrieg" und „Radikahl" zu bieten. Malt war damals im Auftrag der „Cobra"-Security in der Disko tätig.

Auch ein 2005 von knapp 500 Neonazis besuchtes und schließlich von der Polizei aufgelöstes Konzert mit den Bands „Blitzkrieg" und „Final War", wollte Rico Malt in der Diskothek „La Belle" ausrichten. Er und sein damaliger Arbeitgeber „Haller-Security" waren hier seit Ende der 1990er Jahre für die Tür zuständig. Das „La Belle" in Hohenstein-Ernsthal war auch der Ort, aus dem Teile der rechten Türsteher-Szene 1999 erst ein Punk-Konzert angriffen und im Verlauf des Abends den 17-Jährigen Patrick Thürmer ermordeten.

Diese „Chemnitzer Melange" konnte auch im September 2004, am Rande der Demonstration der Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden" beobachtet werden. Während hunderte Antifaschist_innen unter anderen gegen den „Würfel" — Hendrik



Die „Kameradschaft Sachsenwacht" aus dem Zwickauer Land bei einem Neonazi-Aufmarsch am 13. Februar 2005 in Dresden.

Laschs Geschäftsräume — demonstrierten, sammelten sich knapp 150 Neonazis aus Chemnitz und anderen Teilen Sachsens im Bereich des Heckert-Gebiets. Unter ihnen waren Protagonisten der „HooNaRa"-/ Freefight- /Türsteher-Szene, wie Rico Malt und Thomas Haller, ehemalige B&H-Aktivisten wie die Richter Brüder und Michael Lorenz und ehemalige Mitglieder der verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS), wie Thomas Sattelberg, Tino Karsch und Daniel Bethke. Auch der spätere Anführer des „Strum 34", Tom W., sowie der ehemalige Republikaner, Burschenschaftler und Anwalt Martin Kohlmann, der nun für „Pro Chemnitz" im Chemnitzer Stadtrat sitzt, waren am Rande zugegen.

Als die Kampagne 2008 erneut in Chemnitz demonstrierte, tauchten abermals organisierte Neonazi-Gruppen am Rand der Route auf.

Bis heute ist Chemnitz nicht nur ein Rückzugsort für Neonazis und rechte Hooligans. Es ist die drittgrößte Stadt Sachsens, deren Sammelsurium an rechter Infrastruktur bezeichnend ist. Udo Nagrotzkis rechter Streetwear-Laden „Rascal" spielt dabei genauso eine Rolle, wie der rechts-offene Laden „Waffen Army Shoes" und der „Thor Steinar"-Shop „Tønsberg".

Dass die Dichte rechter Lifestyle-Händler in Chemnitz kein Grund für wirtschaftliche Konkurrenz zu sein scheint, führte die Antifaschistische Aktion Karl-Marx-Stadt in einem Flyer gegen Neonazi-Läden 2008 auf. Darin erwähnte man ein Interview der Lokalzeitung mit dem Sprecher des Landesamtes für Verfassungsschutz, in dem dieser feststellte: „Das umsatzstärkste rechtsradikale Geschäft Deutschlands befindet sich in Chemnitz". Mit „Geschäft" meinte er das „Rascal" samt Online-Shop. Durch den jüngst ins Leben gerufenen „Ultra-Versand" dürfte Nagrotzki auch heute noch einen beträchtlichen Umsatz verzeichnen.

Im Stadion wiederum wurde die „HooNaRa" — die nach dem tödlichen Sturz Rico Malts vom Baugerüst 2007 nicht so recht einen neuen Anführer fand — durch die rechte, gewaltaffine Ultra-Gruppierung „New Society Chemnitz" (auch „NS-Boys") ersetzt. Mit Spruchbändern wie „Komme was da wolle, dich kriegen sie nicht klein" bewies die Gruppe 2015, wessen Geistes Kind sie ist. Denn mit dem in Rot hervorgehobenen Wort „wolle" meinte man Ralf „Wolle" Wohlleben, den in München angeklagten mutmaßlichen NSU-Unterstützer. Von einem einmaligen Ausrutscher kann dabei nicht die Rede sein, denn die 2004 gegründete „New Society Chemnitz" (NSC) besteht hauptsächlich aus Aktivisten der „Freien Kräfte", den „Nationalen Sozialisten Chemnitz" (NSC). Die letzt genannte Gruppe gründete sich Anfang des Jahrtausends und gewann ab 2005 signifikant an AnhängerInnen, als sich der „Heimatschutz Chemnitz e.V." auflöste. Neben der Teilnahme an bundesweiten Aufmärschen waren die NSC in ihrer Heimatstadt für die Umsetzung des jährlichen „Trauermarsches" verantwortlich, allerdings nicht unter dem Label NSC, sondern als „Interessen Gemeinschaft Stadtgeschichte". Auch der „Volkstanzkreis Chemnitz", die „Wandergruppe Heimatland" sowie die Webpräsenz „Mauerblümchen" entstammen der NSC. Auffällig ist bei der Struktur, dass sie sich nicht von der „alten Riege" löste, sondern sich dieser zu bedienen wusste. So galt der von Yves Rahmel erworbene Gasthof als Treffpunkt der NSC. Auch ehemalige B&H-Aktivisten wie Jörg Richter sollen in die Aktivitäten der Gruppe bzw. der „IG Stadtgeschichte" involviert gewesen sein.

Ein Blick in die Führungsriege der NSC verdeutlicht diese Konstante. Denn neben Sandra B. war dort Eric Fröhlich tonangebend. Dieser bewegte sich schon Ende der 1990er Jahre in den B&H-Strukturen um den NSU-Bekannten Thomas Starke und ab 2002 in der Clique um Maik und André Eminger, woraus 2006/2007 auch die Selbstdarstellung Maik Emingers als Anhänger der NSC resultieren sollte. Dass Fröhlich gemeinsam mit Patrick G. im Jahr 2011 bei einer Durchsuchung von André Emingers Wohnung in Zwickau angetroffen wurde, zeugt davon, dass Fröhlich die Familie Eminger auch privat unterstützte. André Eminger war zum Zeitpunkt der Razzia bei seinem Bruder in Grabow.

Auch der langjährige Mitarbeiter von „PC-Records" und damalige „Sprecher" der NSC, Maik Arnold, unterhielt offenbar gewisse Verbindungen in den engeren NSU-UnterstützerInnenkreis: Mit Ralf Wohlleben pflegte er einen politischen Austausch und in André Emingers Telefonbuch war Arnolds Telefonnummer eingetragen. Der Fund einer sogenannten „NSU-CD"[2] in Arnolds Wohnung während der Razzien im Rahmen des NSC-Verbotes lässt ebenso eine Anbindung Arnolds an Personen des engeren UnterstützerInnenkreises vermuten.



Neonazis am Rande der antifaschistischen Demonstration in Chemnitz 2004, darunter Thomas Sattelberg (1) und Sebastian Raack (2). Letzterer ist heute einer der Betreiber des RechtsRock-Labels „OPOS-Records"

Dass 1999 der NSU-Unterschlupf in der Chemnitzer Cranachstraße auf Ralph H. angemietet wurde, ist in diesem Zusammenhang nur ein weiterer Hinweis auf die Involvierung der Gruppe in die Aktivitäten des NSU-Umfeldes, denn lokale Antifaschist_innen rechnen Ralph H. ebenfalls der NSC zu.

2014 wurden die NSC verboten, wobei die ProtagonistInnen teilweise in die NPD-Jugendorganisation gingen. Sowohl das Verbot als auch der Zerfall des überregionalen Zusammenschlusses „Freies Netz" sind Gründe für die Umbrüche innerhalb der Chemnitzer Szene, aus der beispielsweise das „Rechte Plenum" entstand (Vgl. auch S.16—19).

In Zwickau nichts Neues

2002 wurde Ralf Marschner als V-Mann „Primus" abgeschaltet, nachdem er zehn Jahre als die „einzige relevante Quelle" im ostdeutschen RechtsRock-Bereich vom Verfassungsschutz geführt worden war. Im gleichen Jahr ging im März sein „Bauservice Marschner" insolvent. Wenig später gab Marschner seinen Szene-Laden „The Last Resort Shop" in Zwickau in neue Hände, nämlich in die Marco Hampels, den Marschner bereits in seiner Baufirma arbeiten ließ. Das Geschäftsmodell des Ladens — der nun „Eastwear Department" heißt — hat bis heute Bestand: Verkauf von Bekleidung, mit denen sich die extrem rechte Szene identifizieren kann, vermischt mit einem reichhaltigen Angebot neonazistischer Musik.

Neben Hampel ist vor allem Michael Schöbel im „Eastwear Department" anzutreffen, der schon im „Last Resort Shop" angestellt war. Bereits Anfang der 2000er pflegte er Kontakte in die rechte Szene, z.B. zur Kameradschaft „Glauchauer Jungs". Dass sein Arbeitsplatz für ihn mehr als nur Business bedeutet, stellte er 2010 unter Beweis, als er und Hampel Jugendliche angriffen, die vor dem Laden antifaschistische Flyer verteilten. Verständigte Polizist_innen erteilten den Angegriffenen Platzverweise für die Innenstadt und merkten laut Augenzeugenberichten an: „Das ist doch nur ein normales Geschäft."

Marschner hingegen gründete 2005 zusammen mit Ralph M. das „Heaven & Hell", wo er eher unverfängliche Streetwear-Bekleidung anbot. Auch im Restaurant „White Trash" konnte er kurzzeitig Fuß fassen, bis er von dem Betreiber Hausverbot erhielt.

Flüchtige Bekanntschaften Marschners, die er in dieser Zeit vor allem auf kommerziellen Punk und Oi!-Konzerten fand, beschrieben ihn als „großkotzig" und „wendehalsig". War er zwar bekannt dafür, Konzerte mit RechtsRock-Größen wie „Blue Eyed Devils" organisiert zu haben, prahlte er wiederum damit, dass er in England mit „schwarzen Skins zusammen gesoffen habe" . Bis zu seinem Verschwinden 2007 bewegte er sich zudem im Rockermilieu Leipzigs, wo er versuchte seine 2005 registrierte Marke „Barstool Sports" unter die Leute zu bringen. Ehemalige Geschäftspartner behaupteten, dass Marschner angeblich auch mit Drogen zu tun gehabt haben soll.

Marschners Umtriebe in Leipzig sollten Ralph M. die kommenden Jahre beschäftigen. Marschner hatte zwar in Sachsen nur verbrannte Erde hinterlassen, von einem gewissen Wert scheint allerdings sein Computer gewesen zu sein, zumindest für den



Yves Rahmel (1) an seinem Verkaufsstand beim NPD-Sommerfest in Pirna im Jahr 2015.

Leipziger Oliver Riedel, der von Ralph M. mehrmals mit Nachdruck dessen Herausgabe gefordert habe.

Riedel, der heute einer der Geschäftsführer der „Pro GSL"-Securityfirma ist, vertrieb sowohl „Barstool Sports", „Brachial" als auch „Eastfight", eine Marke von Marco Hampel, in seinem Laden „Streetwear LE" in Leipzig. Zwischenzeitlich war er sogar im Impressum des „Barstool Sports"-Onlineshop zu finden.

Auf dem umstrittenen Computer fanden die Ermittler später u.a. die Titelmelodie von „Paulchen Panther", dem Trickfilm, den der NSU in seinem Bekennervideo verwendete.

Neuer Wind

Das Jahr 2007 kann für die Geschichte des NSU und dessen UnterstützerInnen-Kreis als einschneidend angesehen werden. Im April wird die Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen, der letzte bekannte Mord bis zur Selbstenttarnung 2011, der dem NSU zugerechnet wird. Zwei Monate später verschwindet Marschner aus Deutschland, erst nach Irland, dann in die Schweiz, von wo aus er heute die „Antikscheune Vaduz" im grenznahen Liechtenstein betreibt.

2007 änderte auch das Trio seine Infrastruktur und zog aus der Polenzstraße in die Frühlingstraße. André Emingers Mitstreiter Matthias Dienelt hatte die Räumlichkeiten für die drei NSU-TerroristInnen angemietet.

Im selben Jahr eröffneten auswärtige Neonazis in der Region einen Ableger der „Freien Netz"-Struktur. Dafür hatten die Neonazis und „Hammerskins" Thomas Gerlach (Altenburg) und Maik Scheffler (Delitzsch) , Initiatoren dieses Netzwerkes, den 20jährigen Daniel Peschek aus dem Altenburger Land nach Zwickau geschickt. Gemeinsam mit den auswärtigen „Autonomen Nationalisten" Gunnar F., Sören L., Benjamin K. und dem Zwickauer Alexander Sch. wird die Gruppe „Nationale Sozialisten Zwickau" (NSZ) ins Leben gerufen.

Nachdem im August 2007 ein „Rudolf Heß Gedenkmarsch" in Zwickau scheiterte, sollte eine Demonstration im September desselben Jahres den Startschuss für die NSZ geben. Ursprünglich angemeldet von Thomas Gerlach und schlussendlich durchgeführt vom NPD-Vorsitzenden in Zwickau, Peter Klose, konnten 200 Neonazis mobilisiert werden.

Auch Maik Eminger und andere Vertreter der „Nationalen Sozialisten Chemnitz", Maik Arnold und Eric Fröhlich, nahmen an diesem Aufmarsch teil.

Die Zusammenarbeit zwischen den NSZ und der NPD verfestigte sich in den folgenden Monaten durch die konstante Teilnahme an den Montagsdemonstrationen gegen die Hartz IV -Agenda, bis die Anmelder der gewerkschaftlichen Demonstration die durchschnittlich 40 Neonazis im August 2008 ausschlossen.

Für Peschek und seine zugezogenen Kameraden bot Zwickau eine funktionstüchtige Infrastruktur. Neben dem NPD-Bürgerbüro konnten die NSZ auf die Garten-Kneipe „Neuland" in Zwickau-Schedewitz zurück greifen, wo, gemeinsam mit der NPD, Veranstaltungen durchgeführt werden konnten. 2008 sprach dort der Schweizer PNOS-Politiker und „Hammerskin" Martin Friso, wenige Wochen später der frühere Rechtsterrorist Peter Naumann und 2009 der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt.

Dass sich Peschek 2008 für die NPD zur Kreistagswahl aufstellen ließ, kann als ein Versuch bewertet werden, die „Autonomen Nationalisten" auch parlamentarisch aufzustellen. Den einzigen Sitz erlangte jedoch Peter Klose.

Zwickau galt als klassiches Experimentier-Feld der „Autonomen Nationalisten", wie man es vergleichbar in Chemnitz vorfand. Auch der FSV Zwickau sollte ähnlich wie der Chemnitzer FC, Schaubühne der Neonazis werden. Potential fanden Peschek und Co. in der ohnehin extrem rechten Fangruppierung „A-Block" und „Combat Zwickau". Deren Anhänger trafen sich auch in der Gartenkneipe „Neuland". Als diese Gruppierungen gemeinsam mit den NSZ 2009 zum Derby gegen Aue mit den Worten „Alle in schwarz-Macht mobil" aufriefen, kam es am Spieltag rund um das Stadion zu schweren Ausschreitungen. Peschek hatte schon Tage vor dem Spiel in einem Interview formuliert, es „im Stadion knallen zu lassen".

Tatsächlich war dies, neben kleineren Kundgebungen und einer unscheinbaren Demonstration, der einzige öffentlichkeits-

wirksame Aktivismus, den die NSZ vorweisen konnten. Gewalttätige Übergriffe am Rande des Stadtfestes im August 2009 sorgten kurzzeitig für Öffentlichkeit. Etwa 50 Neonazis der NSZ und aus dem rechten Fußball-Spektrum lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei und zeigten hierbei Hitlergrüße. Peschek gab einige Tage danach ein Interview für „Spiegel TV", in dem er versuchte klar zu stellen, dass „definitiv keine antisemitistischen (sic!) Parolen gerufen wurden".

Ein paar Monate später erklärte Peschek Zwickau als Projekt gestorben und zog sich aus der Struktur der NSZ zurück. Seine Weggefährten zogen es vor, sich im florierenden NS-Hardcore einen Namen zu machen. Mit den Bands „Eternal Bleeding", „Moshpit" oder „Diary of a dying nation" machen zumindest einige der Zwickauer bzw. Altenburger bis heute gute Geschäfte.

Der Rückzug von Peschek aus den Strukturen und der Wechsel von Sören L., Gunnar F. und Michael F. in die Subkultur bedeutete allerdings nicht das Ende der Struktur des „Freien Netz" in Zwickau. Dieses habe, laut lokalen Antifaschist_innen, sukzessiv ein Vertrauter Peter Kloses übernommen, das heutige Gesicht der „Identiären Bewegung Sachsen", Tony Gerber.

Ebenso muss davon ausgegangen werden, dass der mutmaßliche NSU-Unterstützer André Eminger — wenn auch nur im Hintergrund — Teil dieser verbliebenen Struktur gewesen ist. Eine Spendendose mit der Aufschrift „Nationale Sozialisten Zwickau" und „spendet für: Propaganda und Schulung", die in seiner Wohnung in Zwickau gefunden wurde, deutet darauf hin.

Das „Freie Netz" und Verbände der NPD lebten noch einmal kurz auf, als rund 400 Neonazis am 1. Mai 2010 in Zwickau aufmarschierten. Die jahrelang forcierten Synergieeffekte dieser beiden Strukturen befanden sich zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits im Niedergang. Klose wurde längst von der NPD-Spitze um Holger Apfel abgesägt, was sein Parteiaustritt 2011 untermauerte. 2014 starb Klose zurückgezogen in der Peripherie Zwickaus.

Von nix kommt nix

Dass Neonazis in Westsachsen insbesondere in den größeren Städten dazu fähig waren, eine solche Infrastruktur aufzubauen, liegt auch am dicht besiedelten Umland samt seinen lokalen Kameradschaften. Nur wenige dieser Verbände spielten bisher eine Rolle in der Untersuchung des UnterstützerInnen-Netzwerkes des NSU, obwohl diese Gruppen die Basisarbeit vor allem bei der 1 ıtitätsprägung und Politisierung von Jugendlichen leisteten. In Zwickau selbst erfüllte die „Kameradschaft Sachsenwacht" diese Aufgabe, nachdem sie 2004 mit der Lichtensteiner „Kameradschaft Schwarze Sonne Westsachsen" fusioniert war. In Meerane existierte der „Jungsturm Meerane", im Vogtland die „Braunen Teufel" um den heutigen Greizer NPD-Politiker David Köckert. Besuche bundesweiter Demonstrationen, Wahlkampf-Unterstützung, die Organisierung vielzähliger Vertriebe und Konzerte sowie brutale Überfälle auf alternative Jugendliche einen all diese Zusammenhänge.

Es mag banal klingen, doch durch die geografische Nähe dieser Kameradschaften konnten überregional Angsträume geschaffen werden, in denen drei untergetauchte thüringische Neonazis nicht einmal ansatzweise den Eindruck erwecken konnten, dass sie gesuchte Rechtsterroristen sind.

Und fängt Rechtsterrorismus überhaupt erst bei der Erschießung erklärter Feinde an? Würden wir den ehemaligen antifaschistischen Sprecher der PDS in Sachsen, Uwe Adamczyk fragen, würde er wahrscheinlich verneinen. Unweit von Zwickau hatte er Mitte der 2000er in Meerane versucht, durch den Aufbau von einem nichtrechten Jugendclub den Ruf der Stadt als „No Go Area" für Migrant_innen und linke Jugendliche zu durchbrechen. Was das in Meerane — wo 2003 das „Deutsche Stimme Pressefest" der NPD knapp 2.000 Neonazis anlockte — zur Folge hat, erfuhr Adamczyk einige Jahre später. 2005 wurde in kurzen Abständen sein Wohnhaus mehrfach angegriffen und ein Jahr später die Garage seines Hauses aufgebrochen und ein Motorroller angezündet. Zwei Monate nach dem Brandanschlag wurden Jugendliche, die ihm beim Umzug geholfen hatten, von Neonazis attackiert.

Dass 2016 in Meerane eine verfallende Villa, angemietet durch den Alt-Nazi und Multifunktionär Hans-Michael Fiedler, mit tausenden von Bänden neonazistischer Literatur geborgen wurde, passt ebenso in das Bild der Region, wie die Verlautbarungen, dass die Anwohner_innen dieses Treiben nur „argwöhnisch" betrachtet hätten.

Die Region Westsachsen hat sich in den 1990er Jahren nicht aufgrund fehlender Jugendangebote zu einer Art „national befreiten Zone" entwickelt, sondern wurde maßgeblich von Neonazis als Neonazi-Schwerpunktregion aufgebaut, während die Gesellschaft fleißig wegschaute.

Wenn nun in den „...wehrt sich"-Initiativen, den PEGIDA-Ablegern und anderen rechten Zusammenhängen einige der Protagonisten der „alten Riege" wieder auftauchen, zeugt das nicht gerade für eine Veränderung der Umstände.

Dass die Gesellschaft alles daran setzen würde, künftige rechtsterroristische Strukturen frühzeitig erkennen zu können, ist gerade nicht ersichtlich.

Man tut nur so, als sei man „ohnmächtig" (gewesen). Dabei ist vielmehr eine gewisse Art der Akzeptanz der rechten Hegemonie erkennbar: ein von der Mehrheitsgesellschaft viel zu früh vollzogener Kniefall vor diesen beklemmenden Verhältnissen.

Bedingungen und ein Umfeld, das Rechtsterrorismus anlocken könnte, scheinen hier weiterhin existent. Oder wie es Ralf Marschner zehn Tage nach der Selbstenttarnung des NSU in einem sozialen Netzwerk kommentierte: „Trink ordentlich Heil NSU... ..Hahaha", worauf der Zwickauer Micheal Sch. zurück schrieb „ einmal döner mit viel nsu ihr fotzen". •

1 Abkürzung für „Hooligans Nazis Rassisten" **2** Eine Bild-Daten-CD die v.a. NS-Propaganda enthält. In der Gebrauchsanweisung wird ein „Nationalsozialistischer Untergrund in der NSDAP (NSU)" als Ersteller benannt. Mindestens eine dieser CDs hatte der Neonazi und V-Mann Thomas Richter produziert und an einen Hamburger „Kameraden" verschickt.

NS-SZENE

Anfang November 2015 erließ der Bundesgerichtshof Haftbefehl gegen die sächsischen Neonazis Timo Schulz, Patrick Festing und Philipp Wendlin, die als Mitglieder der terroristischen Gruppierung „Gruppe Freital" Sprengstoffanschläge durchgeführt haben sollen. Weitere Sprengstoffanschläge waren laut den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft in Planung.

Bombenleger aus der Nachbarschaft

Die rechtsterroristische „Gruppe Freital"

Die „Gruppe Freital"[1] entstand im Sommer 2015 im Zuge der rassistischen Mobilisierung gegen Flüchtlinge in Sachsen. Als Rädelsführer der Gruppe gerieten Timo Schulz und Patrick Festing in den Fokus der Ermittler. Diese rechneten der „Gruppe Freital" außerdem Sebastian Weiß, Justin Schiefner, Mike Seidel, Rico Knobloch und Maria Kleinert zu, die als Beschuldigte in dem Verfahren wegen „Gründung einer terroristischen Vereinigung" geführt werden und im April 2015 in Untersuchungshaft genommen wurden. Die Struktur der Gruppierung kann als ein rechter Freundeskreis von der lokalen Tankstelle beschrieben werden, der sich per Kommunikation in eigenen Chatgruppen des Messenger-Dienstes „Kakao Talk" gegenseitig zu rassistischen und neonazistischen Angriffen motivierte. Über mehrere Chatgruppen waren die Mitglieder miteinander vernetzt. In der Gruppe „Schwarzer Chat" wurden von 16 Neonazis die militanten Aktionen geplant: „Kein gequatsche nur Pläne. Teilnehmer sind da ausschließlich die Terroristen." In die „ausschließlich die Terroristen"-Chat-Gruppe soll laut Erkenntnissen der Ermittler auch der NPD-Funktionär Dirk Abraham aufgenommen worden sein. Die Selbstverortung der „Gruppe Freital" im „Schwarzen Chat" war hierbei explizit politisch („Wir sind Nazis bis zum bitteren Ende!") und militant („Wichtig ist, dass der Naziterror weitergeht"). Die „Gruppe Freital" bemühte sich Ende September 2015 eigene Räumlichkeiten für ein „Terrorzellenhauptquartier" anzumieten. Vor allem Seidel und Schulz sollen den Terroristen-Anspruch durchaus ernst gemeint haben. Seit November 2015 interessierten sie sich für den Bau von Rohrbomben. Bei Schulz fanden Ermittler neben der Anleitung zum Rohrbombenbau auch einige der hierfür benötigten wesentlichen Bestandteile.

...im Netzwerk militanter Cliquen

Die „Gruppe Freital" war offensichtlich mit anderen aktionsorientierten Neonazi-Cliquen vernetzt, mit denen sie auch gemeinsame Aktionen durchführte. Knobloch und Benjamin Z. aus Dresden zählten zu einer Gruppe Neonazis die nach einem Überfall auf den Stadtteil Connewitz in Leipzig von der Polizei festgesetzt wurde (Vgl. AIB Nr. 110).

Als im Dresdner Stadtteil Stetzsch Ende Juli 2015 eine Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Hotel „Lindenhof" von rund 50 Neonazis mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen wurde, waren auch Neonazis aus anderen Regionen angereist. Neben den Neonazis aus Dresden um Robert S. und Dominik P. waren Neonazis aus Leipzig, Halle und Freital beteiligt.

Der Dresdner Dominik P. soll auch Ende August 2015 u.a. zusammen mit Schulz eine Flüchtlingsunterkunft in Dresden mit Steinen und Pyrotechnik angegriffen haben. Als Fahrerin sei Janette P. aus Dresden beteiligt gewesen. Dieser Angriff scheint von der „Freien Kameradschaft Dresden" initiiert worden zu sein. Einige Stunden vor der Tat erreichte eine recht eindeutige Chat-Nachricht mit Absender „F-K-D"[2] die Freitaler Neonazis. Mit den Worten „Da die Herren in Blau grad anderswo alle Hände voll zu tun haben" wurde ein Treffpunkt bekannt gegeben. „Werden von da aus eine nahe gelegene Örtlichkeit aufsuchen!Da es dann kalt und dunkel ist werden Licht und Hitze benötigt... Alle Handy werden 30min vorher ausgeschaltet und sim entfernt! Weiter verteilen!"[3] Mit „Herren in Blau" dürfte die Polizei gemeint gewesen sein. Brisant ist dieser Hinweis vor dem Hintergrund, dass laut Aussagen eines Mitglieds der „Gruppe Freital" ein Beamter der sächsischen Bereitschaftspolizei Informationen der Polizei an die Neonazis weitergegeben haben soll.

Die pogromartigen Ausschreitungen in Heidenau im Sommer 2015 wurden laut Aussagen aus der Neonazi-Szene u.a. von





Timo Schulz, ein „Rädelsführer" der „Gruppe Freital", bei einem Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2012 in Neumünster.

Neonazis der „Freien Kameradschaft Dresden", von Akteuren der früheren „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) aus der Region Pirna, dem „Heimatschutz Meißen" und den Neonazis aus Freital getragen. Im Dezember 2016 folgten aufgrund der zahlreich bekannt gewordenen Straftaten schließlich auch Razzien und Verhaftungen gegen die „Freie Kameradschaft Dresden" wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung".

Anschläge gegen Geflüchtete und Linke

Die Anzahl der Angriffe, die aus dem Kreis der „Gruppe Freital" (z.T. mit Unterstützung der „Freien Kameradschaft Dresden") heraus begangen worden sein sollen, ist unübersichtlich. In einem leerstehender „REAL"-Markt in Freital wurde z.B. Ende Oktober 2015 und Anfang November 2015 Feuer gelegt, da die Neonazis glaubten, hier könnten Geflüchtete einziehen. Auch die Sprengung eines Briefkastens einer Flüchtlingsunterstützerin Mitte August 2015 und der Einbruch in das Parteibüro von DIE LINKE Anfang Oktober 2015 in Freital soll von Akteuren der Gruppe durchgeführt worden sein. Verschiedene TäterInnen-Konstellationen an verschiedenen Orten führten auch zu diversen parallel geführten Ermittlungen durch mehrere Sicherheitsbehörden.

Der erste massive Angriff erfolgte im Juli 2015 durch einen pyrotechnischen Sprengstoffanschlag[4] auf das Auto eines lokalen Politikers von DIE LINKE in Freital. Für diese Tat werden von der Bundesanwaltschaft die Freitaler Neonazis Festing und Sebastian S. verantwortlich gemacht, die von Kleinert, Schulz und Ferenc A. unterstützt wurden.

Nach einer antirassistischen Spontandemonstration Mitte Juni 2015 in Freital wurde ein Auto von Antirassist_innen auf der Heimfahrt von Freital nach Dresden von den Neonazis Schulz, Tom R. und Torsten L. verfolgt. Bei einem Halt an einer Tankstelle blockierte Schulz als Autofahrer das Auto der Antirassist_innen und Tom R. schlug mit einem Baseballschläger die Autoscheiben ein. Ein Insasse wurde hierdurch verletzt.

In der Nacht zum 20. September 2015 soll Festing einen pyrotechnischen Sprengsatz der in Deutschland verbotenen Sorte „Super Cobra 12" an einem Fenster einer bewohnten Flüchtlingsunterkunft in Freital befestigt und gezündet haben. Die Explosion zerstörte das Fenster und verteilte deren Glassplitter bis zu 20 Meter weit. Nur durch Zufall wurde keiner der acht anwesenden Bewohner_innen getroffen. Da Schiefner und Seidel nur zwei Stunden später mitten in der Nacht am Tatort erschienen, geriet die Freitaler Neonazi-Clique spätestens zu diesem Zeitpunkt unter Tatverdacht. Auch das Handy des „Rädelsführers" Schulz war zum Tatzeitpunkt in der Funkzelle des Tatortes eingeloggt. Eine Nacht später griffen laut Bundesanwaltschaft Wendlin und Sebastian S. das Parteibüro von DIE LINKE in Freital mit einem pyrotechnischen Sprengkörper der Sorte „Super Cobra 6" an. Sie sollen dabei von Festing und Seidel unterstützt worden sein. Von den ersten Ermittlungen und Zeugenvernehmungen gegen einige Mitglieder der „Gruppe Freital" im Anschluss an diese Aktionen ließen sich die Neonazis offenbar nicht weiter aufhalten.

In der Nacht zum 19. Oktober 2015 sollen u.a. die Freitaler Neonazis Seidel, Festing, Schiefner, Schulz und Knobloch an einem Angriff auf das linke Wohnprojekt „Mangelwirtschaft" in Dresden/Übigau beteiligt gewesen sein. Aus Dresden sollen u.a. die Neonazis Robert S., Benjamin Z., Dominik P., Torsten L. und Janette P. mitgewirkt haben, die Ermittler der „Freien Kameradschaft Dresden" zurechnen. Das linke Wohnprojekt hatte sich im Zuge der rassistischen Mobilisierung gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Dresden/Übigau solidarisch mit den Geflüchteten vor Ort positioniert. Die rund 30 Neonazis waren direkt von den rassistischen Protesten gegen die Flüchtlingsunterkunft zur „Mangelwirtschaft" gezogen. Als Organisatoren und Anführer des Angriffs gelten den Ermittlern Festing und Schulz. Sie sollen die Gruppen aufgeteilt und pyrotechnische Sprengsätze in Form von illegalen Böllern und Latex-Handschuhe zum Vermeiden von Spuren unter den Angreifern verteilt haben. Eine Gruppe um Knobloch soll zur Ablenkung das Haus von vorne mit Steinen und illega-



len „La Bomba"-Böllern angegriffen haben während die restlichen Neonazis um Schulz, Festing, Seidel und Schiefner das Haus von hinten mit Steinen, Buttersäure und „Super Cobra"-Böllern angriff. Von einem geplanten Angriff mit einem Baseballschläger auf die Scheiben der „Mangelwirtschaft" sah man aus Angst vor einem Gegenangriff ab, da die Bewohner_innen schnell reagierten und das Gelände mit Baustrahlern ausleuchteten.

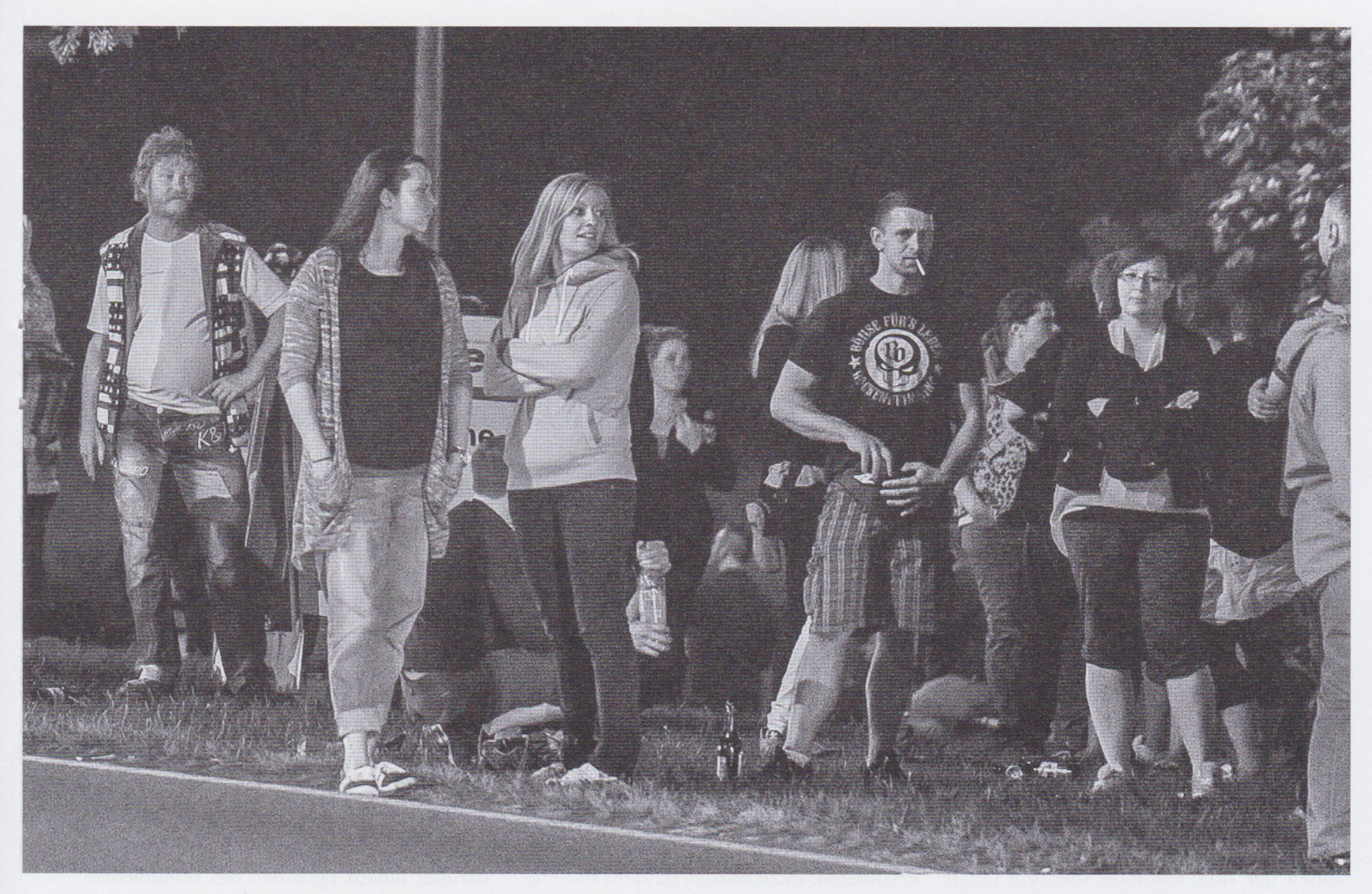
In der Nacht des 1. November 2015 wurde eine weitere Flüchtlingsunterkunft in Freital mit pyrotechnischen Sprengsätzen der Sorte „Super Cobra 12" angegriffen, die mit Klebeband an drei Scheiben der Unterkunft befestigt wurden. Die Fenster wurden hierdurch gesprengt und einer der vier Bewohner durch Glassplitter im Gesicht und am Auge verletzt. Die anderen Bewohner hatten es gerade noch geschafft vor der Explosion aus dem Raum zu fliehen. Nach Aussagen einiger Gruppenmitglieder sollen an diesem Angriff die Neonazis Festing, Schiefner und Wendlin beteiligt gewesen sein, während Schulz, Knobloch, Weiß, Kleinert und Mirjam K. in der Nähe blieben — vermutlich um den Fluchtweg abzusichern.

Terror in Planung?

Im Zuge der Ermittlungen wurde bekannt, das Festing Anfang Oktober 2015 das Technische Rathaus in Dresden ausspähte, das zu der Zeit als Flüchtlingsunterkunft diente. In der Umgebung warteten dabei Wendlin, Schulz, Kleinert, Schiefner, Weiß und Knobloch auf ihn. Auch das große Festzelt des Dresdner Oktoberfestes wurde ausgekundschaftet. Dieses sollte später als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden. Besonders pikant: Hieran soll laut Aussagen eines der Beschuldigten neben Schulz, Seidel und Festing auch der Freitaler NPD-Stadtrat Dirk Abraham mitgewirkt haben.

Homegrown Neonazi-Terror

Bereits im AIB Nr. 110 berichteten wir, dass in vielen Fällen die Verantwortlichen für Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte aus der regionalen Neonazi-Szene kommen. Eine Organisierung oder Mitgliedschaft in Neonazi-Gruppen kann, aber muss nicht vorliegen, um Flüchtlingsunterkünfte anzugreifen. Im Fall der „Gruppe Freital" stammten einige der Akteure bzw. ihr UnterstützerInnen-Umfeld aus verschiedenen neonazistischen Zusammenhängen. Der lokale NPD-Politiker Dirk Abraham soll laut Aussage eines Beschuldigten Mitglied der geheimen Messenger-Gruppe gewesen sein und die Neonazis mit Informationen aus dem Freitaler Stadtrat versorgt haben. Schulz war in Hamburg zeitweilig in den Kreisen der „Weisse Wölfe Terrorcrew" (WWT) und der „AG Nordheide" aktiv, bevor er nach Sachsen zog.[5] Die WWT wurde im Februar 2015 vom Bundesministerium des Inneren verboten.[6] Bei Wendlin fanden die Ermittler ein T-Shirt der rechten Hooligan-Gruppe „Gemeinsam Stark". Er betrieb die Neonazi-Facebook-Seite „Widerstand Freital". Seidel und Wendlin nahmen im September 2015 an einer Versammlung von „Die Rechte" in Neuensalz-Zobes teil. Fes-



Die „Gruppe Freital“ war Ende August 2015 an den pogromartigen Ausschreitungen gegen eine Flüchtlinsunterkunft im sächsischen Heidenau beteilig. Mit ihrer Fahne posierten Freitaler Neonazis im Vorfeld der rassistischen Angriffe in Heidenau.

ting war bereits im April 2004 Tatverdächtiger in einem Verfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ - er wurde dem rechten Hooligan-Zusammenschluss „Faust des Ostens“ aus Dresden zugerechnet. Schulz und Festing traten ab März 2015 als „Bürgerwehr FTL/360“ auf, die durch „Patrouillien“ in der Buslinie 360 in Freital (FTL) für „Sicherheit und Ordnung“ sorgen wollte. Die beiden Neonazis Festing und Schulz waren als Mitarbeiter bei der „Regionalverkehr Dresden GmbH“ angestellt. Die Gruppe war vor allem bei Facebook präsent und hatte eigene Pullover und T-Shirts produziert. Als verantwortliche Facebook-Administratoren wurden neben Schulz, Festing und Wendlin auch der NPD-Funktionär Dirk Abraham ermittelt. Als weitere Gruppenmitglieder galten Schiefner, Weiß, Seidel, Kleinert, Sebastian S. und Mirjam K.

Sächsische Justiz

Als ein Abgeordneter von DIE LINKE im Juli 2015 eine Kleine Anfrage[7] zum „Thema: Bürgerwehr Freital“ stellte, erhielt er von Innenminister Markus Ulbig u.a. den Hinweis: „Eine ‚Bürgerwehr FTL / 360‘ ist kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen. Dem LfV Sachsen liegen keine Erkenntnisse über tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen einer ‚Bürgerwehr FTL / 360‘ vor.“ Es verwundert nicht, dass "Der Spiegel" später berichtete, dass dem „Einschreiten des Bundes aber offenbar ein längeres Gezerre mit den sächsischen Landesbehörden um Zuständigkeiten vorausgegangen“ sei. Dresden habe nicht aktiv das Verfahren als Terrorverfahren gewertet und weitergegeben. Möglicherweise sollte ein dubioser Informant der Staatsanwaltschaft Dresden geschützt werden. Dieser war Mitglied in der Messenger-Chat-Gruppe, in der die Neonazis ihre militanten Aktionen besprachen. Obwohl er bei seiner freiwilligen Vernehmung mit einer „Dienstmarke“ ausgewiesen wurde, konnte er ohne bekannte Konsequenzen von seiner Teilnahme am Angriff auf das „Zeckenhaus“ berichten. Auch über andere Angriffe der „Gruppe Freital“ wusste er Bescheid. Der sächsische Verfassungsschutz räumte mittlerweile seinen Kontakt zu dem Informanten ein. Ein Einsatz von Informanten zur konsequenten Verhinderung von Neonazi-Angriffen im Vorfeld der Taten scheint offenbar noch nicht zum Sicherheitskonzept in Sachsen zu gehören. •

1 Hierbei handelt es sich um einen Arbeitsnamen der Ermittlungsbehörden. Die Gruppe trat mehrfach mit Fahnen mit dem Aufdruck „Freital“ auf. 2 Mit „F-K-D“ dürfte die „Freie Kameradschaft Dresden“ gemeint sein. 3 Mit „Licht und Hitze“ dürfte Pyrotechnik gemeint sein. 4 Als Sprengkörper wurden illegale Böller der Sorten „Super Cobra 12“ und „Super Cobra 6“ verwendet, die in der deutschen Neonazi-Szene zunehmend verbreitet sind. Sie können relativ günstig und problemlos in Osteuropa gekauft werden und haben eine sehr hohe Druckwirkung. Teilweise werden sie manipuliert, um eine noch gefährlichere Wirkung zu erzielen. 5 Vgl. Broschüre: „Den Weissen Wölfen Terror machen!“ 6 Vgl. AIB Nr.111 7 Drs.-Nr: 6/1818

BRAUNZONE

Auf Kommunal- und Landesebene ist die AfD nach ihren Wahlerfolgen mittlerweile in zahlreichen parlamentarischen Gremien vertreten. Sie nutzt ihre Präsenz dort auch, um zivilgesellschaftlichen Initiativen das Leben schwer zu machen, die staatliche Mittel für Flüchtlingsunterstützung oder ihr Engagement gegen Rechts erhalten. Dieser Artikel liefert exemplarische Einblicke in die parlamentarische „Anti-Antifa"-Arbeit der AfD und ihre Einschüchterungsversuche gegenüber Aktiven in den Bundesländern Thüringen, Hamburg und Brandenburg.

Die AfD: Gefahr für die Zivilgesellschaft

Die AfD unter Björn Höcke in Thüringen

43 Straftaten der „Politisch motivierten Kriminalität rechts" verzeichnete die Polizei allein bei den in Erfurt von September 2015 bis Mai 2016 stattgefundenen Demonstrationen der AfD. Darunter mehrere (auch gefährliche) Körperverletzungen, Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Mit ihrem außerparlamentarischen Agieren, darunter zeitweise wöchentlich stattfindende Demonstrationen, erzeugte die AfD insbesondere in Erfurt eine — für Gegendemonstrant*innen und Journalist*innen — spürbare Atmosphäre der Angst. Teilweise mehrere tausend DemonstrationsteilnehmerInnen waren bei den Hass- und Hetzreden der AfD-Abgeordneten des Thüringer Landtags aber auch der rechten Szene zuzuordnenden Personen anwesend. Im Nachgang der Demonstrationen kam es mehrfach zu regelrechten Jagden auf Gegendemonstrant*innen. Das Agieren der Thüringer AfD ist untrennbar mit ihrer Führungsperson Björn Höcke verbunden, der kontinuierlich den Rechtsruck vorantreibt und an die Sprache und Ideologie des NS-Regimes andockt.

Unterstützung und Steigerung findet dies durch das parlamentarische Wirken der Abgeordneten der AfD. Ein Großteil der gestellten sogenannten „Kleinen Anfragen" beschäftigt sich mit den Themen „Innere Sicherheit", „Flüchtlinge" oder „Extremismus". Zielstellung ist dabei insbesondere, Geflüchtete, ihre Unterstützer*innen und vermeintliche „Linksextremisten" zu diskreditieren. Dazu werden tendenziöse Fragestellungen und Falschbehauptungen aufgestellt oder auch Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte ignoriert. So versuchte die AfD mit ihrer „Großen Anfrage" zum Thema „Links- und Rechtsextremismus in Thüringen" an Personendaten zu gelangen. In Frage 49 hieß es wörtlich: „Von wem wurden Demonstrationen und Kundgebungen unter Beteiligung von Linksextremisten in Thüringen angemeldet (bitte nach Datum und Ort, Name, Vorname und Organisations- oder Parteizugehörigkeit aufschlüsseln)?" Über diverse „Kleine Anfragen" werden kontinuierlich sowohl Bürgerbündnisse gegen Rechts und antifaschistische Gruppen ausgeforscht, als auch die mögliche Zusammenarbeit von Kirchen, Parteien, antifaschistischen Gruppen und Bürgerbündnissen erfragt. Das Landesprogramm gegen Rechts, über welches in Thüringen neben den Beratungsstellen viele kleine Projekte, Vortragsveranstaltungen und Workshops finanziert werden, wird in regelmäßigen Abständen einer Prüfung durch die AfD per Anfrage unterzogen. Jegliche Veranstaltungen, die über das Landesprogramm finanziert wurden, werden erfragt, um daraus ableitend mit weiteren Anfragen die Strukturen in den jeweiligen Städten und Landkreisen zu erforschen. In öffentlichen Stellungnahmen der AfD-Fraktion werden darüber hinaus Personen des öffentlichen Lebens, die linken Strukturen oder Flüchtlingsunterstützer_innen zugerechnet werden, diskreditiert. Teilweise erinnert das Agieren der AfD-Landtagsfraktion an klassische Anti-Antifa-Arbeit. Vor dem Hintergrund, dass es diverse Formen der Zusammenarbeit mit rechten Burschenschaften sowie Verbindungen zu extrem rechten Gruppierungen und Personen — wie bspw. der Identitären Bewegung, Bürgerwehren bis hin zu (ehem.) NPD-Mitgliedern gibt, stellt diese Form der Datenerforschung in Verbindung mit der regelmäßigen Hetze gegen Geflüchtete, Bürgerbündnisse und linke, alternative Strukturen eine konkrete Gefährdungslage dar.

Hinzu kommt das Risiko durch einen möglichen Datenfluß von den sogenannten Sicherheitsbehörden an die AfD. Erst kürzlich wurde bekannt, dass in den Landesvorstand der AfD ein hoher Polizeibeamter gewählt wurde, bei einer AfD-Demonstration in Jena wurde in einem Fahrzeug der technischen Einheit der Thüringer Bereitschaftspolizei eine Compact-Ausgabe mit



Der AfD-Fraktionschef und Landesvorsitzender in Thüringen, Björn Höcke

Frauke Petry-Werbung festgestellt. Die Gefahr der AfD besteht jedoch nicht alleine im Handeln der AfD, sondern ebenso im fehlenden oder falschen Reagieren anderer Parteien, insbesondere der CDU. Ein bis 2014 bestehender Konsens gegen Rechts, der sich mit dem Einzug der NPD in Parlamente entwickelte, ist im Umgang mit der politisch „rechtsaußen“ anzusiedelnden AfD in Thüringen verblasst. Ebenso verblasst bei einzelnen Journalisten mehr und mehr eine kritische Auseinandersetzung. Behauptungen der AfD werden teils ohne weitere Recherche und unreflektiert übernommen, manchmal sogar als ausschließliche Primärquellen verwendet, ohne zumindest Gegenpositionen einzuholen. Positionen der AfD werden nicht mehr eingeordnet, die Sprache übernommen, Plattformen geboten — die AfD gewinnt auch dadurch an Deutungshoheit.

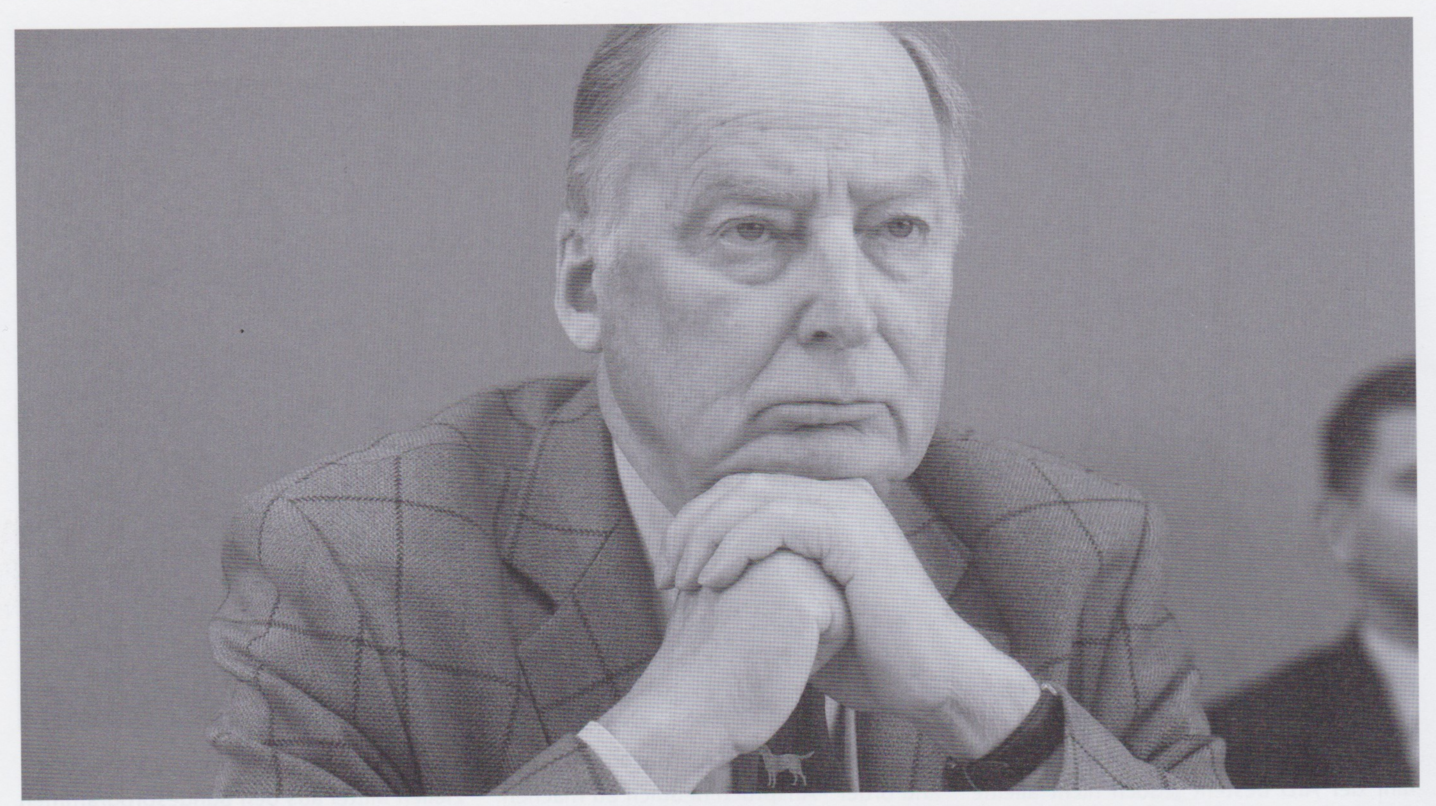
Die AfD in der Hamburger Bürgerschaft

Seitdem die AfD in der Hamburger Bürgerschaft sitzt, stellt sie eine Vielzahl an kleinen Anfragen rund um das Thema „Linksextremismus“. Dabei gerät die VVN-BdA, als Teil der Ohlsdorfer Friedensfestes genauso ins Visier wie ein Schulbuchverlag, der AfD-kritische Arbeitsblätter anbietet oder alternative Musikfestivals, deren Line-Up politisch nicht gefällt. Daneben versucht die AfD, mit Anträgen immer wieder ihren „law and order“-Anspruch deutlich zu machen. Zwar scheiterte sie mit dem Versuch, eine Extremismus-Klausel einzuführen oder einem Auftrittsverbot für die Band Slime beim diesjährigen Hafengeburtstag, aber zumindest bei letzterem gab es inhaltliche Zustimmung der CDU-Fraktion. Der für die Zivilgesellschaft und antifaschistische Gruppen bisher gefährlichste Anfragekomplex (insg. fünf kl. Anfragen) lief unter dem Motto: „Extremisten bekämpft man nicht mit Extremisten“. Darin erfragte die AfD die Finanzierung und die strukturellen Zusammenhänge von zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen, wie etwa dem Ohlsdorfer Friedensfest, Vermietungen bzw. Nutzen von Räumlichkeiten wie der Universität oder dem Kulturzentrum Lola. Auch nach durch das Hamburger Landesprogamm gegen Rechtsextremismus finanzierten Projekten, fragte die AfD. Bei letzterem erwies die dafür zuständige Behörde den Empfänger_innen einen Bärendienst, in dem sie in der Antwort tatsächlich die Klarnamen der Antragsteller_innen veröffentlichte. Bis dato gab es dazu keine kritische Auseinandersetzung der Behörde. Zuletzt erweiterte die AfD dieses Feld mit einer Anfrage unter dem Titel „Fördernehmer des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und des Vorgängerprogramms“ in der sie detailliert danach fragt, wer welche finanziellen Mittel aus den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus bezogen hat.

Letztendich übernimmt es die AfD in Hamburg die parlamentarische Anti-Antifa-Arbeit, die in anderen Bundesländern (z.B. Mecklenburg-Vorpommern) von der NPD praktiziert wurde.

Die AfD in Brandenburg zwischen Anbiederung, Agitation und Kuriosa

Klare Worte gegen „linksextremistische“ Kriminalität: Von einer „neuen Stufe der Gewalt“ fabulierte der Brandenburger AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Jung, nachdem im Juni sein Wohnhaus mit Farbbeuteln beworfen worden war. Er forderte harte Strafen für solche Angriffe und mahnte: „Wehret den Anfängen“. Etwas anders klang es aus der Brandenburger AfD, als ein gutes Jahr zuvor eine noch nicht bezogene Flüchtlingsunterkunft von Neonazis niedergebrannt wurde. „In erster Linie“ seien „die Politiker der Altparteien“ für solche Anschläge verantwortlich zu machen, kommentierte Landeschef Alexander Gauland. Denn: Sorgte die Politik für „konsequente Abschiebungen“, dann wäre die Stimmung im Lande viel entspannter. Während sie also Verständnis für brandstiftende Neonazis zeigt, ist die Brandenburger AfD nie verlegen um scharfe Worte gegen Links.



Der AfD-Fraktionschef in Brandenburg und Landesvorsitzender Alexander Gauland

Doch trotz solcher Episoden sind die wenigen linken Initiativen kein Hauptziel der AfD-Fraktion und des Landesverbandes. Ausgemachte Bedrohungen für das Bundesland durch Flüchtlinge, durch islamistischen Terror und durch Einbruchskriminalität an der Grenze nach Polen sind sehr viel wirkmächtigere Themen im Bereich der Inneren Sicherheit. Abgeleitet werden daraus die Forderungen nach Grenzschließung, Abschiebungen, nach Ausbau der Polizei und der Stärkung des Verfassungsschutzes.

Reden will die Partei erklärtermaßen über die „Sorgen der kleinen Leute" — „Linksextremismus" gehört in Brandenburg in der Regel nicht dazu. Es darf nicht vergessen werden: Vor den Landtagswahlen 2014 wandte sich die AfD in einem offenen Brief so freundlich an die Wählerschaft der in Brandenburg mitregierenden Linkspartei, dass ihr aus Reihen der CDU sogar die „Verharmlosung des Linksextremismus" vorgeworfen wurde.

Versuche der AfD, gegen Links mobil zu machen, gibt es dennoch. 2015 war eine Abgeordnete der Linkspartei in der Nähe eines Demotransparents fotografiert worden, auf dem „We love Volkstod" geschrieben war — eine Parodie auf eine Neonaziparole. Wütend versuchte die AfD das Foto zu skandalisieren — der vermeintliche Aufruf zu einem Völkermord sei „unerträglich". Obendrein würde von der Linkspartei die „hoch aggressive" Antifa „gesteuert". Die Linkspartei wolle eine „Umvolkung" Deutschlands, ereiferte sich Gauland, und sprach von einem „linken Faschismus". Internetpostings zum „Volkstod"-Transparent waren monatelang ein Schlager auf den einschlägigen Facebookseiten. Für sich selbst und das eigene Kernklientel ist die Bekämpfung von Linken ein Herzensanliegen, das zeigen solche Episoden. In der Ausrichtung der AfD-Politik ist es nur ein Baustein unter anderen.

Stärker als LINKE und Antifa wird von der Brandenburger AfD die Zivilgesellschaft angegangen. Nach Protesten gegen eine AfD-Kundgebung im Januar in Potsdam ging die AfD beispielsweise eine Fachhochschule an, deren Gebäude in der Nähe des Kundgebungsortes liegt. Die AfD beschwerte sich vehement, dass aus dem Haus ein Transparent gehangen und unter anderem „mindestens ein Ei" geworfen worden sei. Der AfD-Vorstoß hatte Erfolg. Das öffentliche Gebäude der Fachhochschule wurde schon bei der nächsten Demonstration in der Umgebung verschlossen.

Besonders ins Schussfeld geraten sind bürgerliche und zivilgesellschaftliche Initiativen, die im Rahmen des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg" staatlich gefördert werden, um „Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus" zu bekämpfen. Bei den Haushaltsverhandlungen 2015/2016 forderte die AfD, dass Landeszuschüsse an freie Träger und an das „Aktionsbündnis" zu streichen wären, da diese keinem wirklichen Zweck dienen würden, sondern nur „Ideologie" seien. Einen fast gleichlautenden Antrag hatte Jahre zuvor die damals noch im Landtag vertretene DVU gestellt.

Anfang 2016 monierte die AfD, dass zivilgesellschaftliche Proteste über das „Tolerante Brandenburg" gefördert worden waren - etwa gegen den neonazistischen „Tag der deutschen Zukunft" 2015 in Neuruppin. Der Staat müsse politisch neutral sein, so AfDler Thomas Jung. Es würden jedoch linke Demonstrationen bezahlt, wie früher bei „Jubel-Feiern der SED".

Diesmal ginge der Staat „einseitig gegen vom Bürger gewählte Parteien" vor. Im Juli wurde die Argumentation noch einmal um-

gestellt. In einer Landtagsdebatte zitierte der AfD-Abgeordnete Franz Wiese zustimmend die Landesstatistiken über die im Vorjahr eklatant angestiegene rechte Gewalt. Daraus sei zu schlussfolgern: Das Landesprogramm gegen Rechts sei wirkungslos. Das liege an der Tatenlosigkeit der Projekte: das „Aktionsbündnis“ etwa verwende den Löwenanteil seiner Gelder nicht für wirkliche Arbeit, sondern für Personalkosten. Für die Bekämpfung von „Verbrechen“ brauche es solche Einrichtungen ohnehin nicht, sekundierte Fraktionskollege Sven Schröder — dafür sei die Polizei zuständig. Im November brachte die AfD eine große Anfrage zum „Linksextremismus“ ein.

In sage und schreibe 210 Einzelfragen wird sich nach allerhand Kuriosa erkundigt, etwa wieviele Radiosender im Bundesland von „Linksextremisten“ betrieben werden und auf welchen Frequenzen diese senden. Schwerpunkt ist aber die mögliche linksextreme Unterwanderung der Politik. Mit wieviel Geld wird der „Linksextremismus“ von der Landesregierung unterstützt, will die AfD wissen. Auch interessiert sie, welche Kenntnisse über „Linksextremisten“ in den Reihen der SPD und den Grünen vorliegen.

Nicht einmal der „Schutzbund Deutscher Wald“ war vor AfD-Interventionen sicher. Ein landesgefördertes Flüchtlingsintegrationsprojekt des Naturschutzverbandes mit der Formel „Salam Aleikum“ im Titel zog eine missgünstige Landtagsanfrage nach sich: „Warum trägt das Projekt einen arabischen Titel? Warum wurde dem Projekt kein deutscher Titel eingeräumt?“

Die AfD läuft zudem Sturm, wenn zivilgesellschaftliche Initiativen frei bestimmen wollen, wie und mit wem sie antirassistisch aktiv werden wollen. Der Landesjugendring veranstaltete Anfang des Jahres eine Fachtagung zur „außerschulischen Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen“. Der AfD-Abgeordnete Steffen Königer kündigte sein Kommen an, woraufhin ihm vom Landesjugendring mitgeteilt wurde, dass ihm die Teilnahme verwehrt werden würde. Die AfD sprach von einem Skandal, von einer „totalitären Gesinnung“, die sich gegen einen „gewählten Abgeordneten“ richten würde. Auch hier wurde auf die Pflicht des Staates zur politischen Neutralität angespielt. Die Tagung sei schließlich vom Landesbildungsministerium mitfinanziert. Das Ministerium sah das genauso, übte in der Folge Druck auf den Landesjugendring aus und setzte die Position der AfD durch. Königers Teilnahme wurde ermöglicht.

Alternative für Deutschland

FRAKTION IM
BRANDENBURGISCHEN
LANDTAG

Pressemitteilung

2. November 2015



„Linkspartei“ und ihre Abgeordnete Isabelle Vandre fordern öffentlich den „Volkstod“ - Gauland: «Das ist unerträglich. Frau Vandre muss unverzüglich ihr Mandat zurückgeben.»

Foto (Abdruck honorarfrei):

http://afd-fraktion-brandenburg.de/wp-content/uploads/2015/11/volkstod.png

Unter dem Motto "Wir zeigen Flagge für Weltoffenheit“ hatte am gestrigen Sonntag die Stadt Frankfurt (Oder) zu einem Fest in die Innenstadt geladen.

Tatsächlich war die Veranstaltung von der Partei „Die Linke“ und der sog. Antifa dominiert. Die „Linkspartei“ hatte ihren Lautsprecherwagen zum Zentrum des Festes erklärt und die Veranstaltung unter ein neues Motto gestellt: „WE LOVE VOLKSTOD – BLEIBERECHT FÜR ALLE“ stand auf einem Banner auf dem Wagen. Nach Aussagen verschiedener Beobachter wurde das hoch aggressive Auftreten der „Antifa“ u.a. gegen andersdenkende Bürger und die Beamten der Brandenburger Polizei u.a. von der Landtagsabgeordneten Isabelle Vandre gesteuert.

Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der AfD im Brandenburgischen Landtag, Alexander Gauland:

«Die Linkspartei beginnt nun die von ihr schon lange herbeigesehnte „Umvolkung“ Deutschlands einzuleiten. Mit dem geforderten „Bleiberecht für alle“, egal ob diese Menschen Schutz nach unserem Asylrecht genießen oder nicht, wollen die SED-Nachfolger, unterstützt von den übrigen Altparteien, offensichtlich ein neues Volk schaffen. Eines, das nicht mehr aufmuckt und nicht mehr mitdenkt. Eines, das in Dankbarkeit für die Aufnahme in Deutschland immer das Kreuz an der richtigen Stelle macht. Ich finde es unerträglich, welche Forderungen Frau Vandre zusammen mit ihrer Partei und der „Antifa“ hier aufstellt. Wie kann eine vom Volk gewählte und vom Volk bezahlte „Volksvertreterin“ mit der Aktion „WE LOVE VOLKSTOD“ den Tod des eigenen Volkes fordern? Dafür fehlt mir jedes Verständnis und ich bin mir sicher, einer Mehrheit der Brandenburger geht es ebenso. Frau Vandre, Sie haben hier den Bogen der politischen Auseinandersetzung überspannt. Sie spielen sich zur Galionsfigur des linken Faschismus auf. Und für Faschisten ist in diesem Parlament kein Platz. Geben Sie Ihr Mandat sofort zurück, um weiteren Schaden von unserem Land abzuwenden!»

Detlev Frye

Pressesprecher

AfD-PM gegen die Politikerin der LINKEN in Brandenburg

Beabsichtigte Wirkung der Agitation der AfD und Gegenmaßnahmen

Die kontinuierliche Diskreditierung und Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Protestes soll letztlich zu dessen Isolierung innerhalb der Gesellschaft führen. Mit ihren Angriffen will die AfD aber wohl nicht nur aus prinzipiellen Erwägungen den Raum für bürgerliche antifaschistische und antirassistische Interventionen verkleinern. Sondern sie will verhindern, dass gesellschaftlich kritisch über die AfD selbst debattiert werden kann. Damit einhergehend ist eine Verunsicherung der Zivilgesellschaft in Bezug auf Formen des Protestes und den Umgang mit der AfD beabsichtigt.

Der auf mehreren Ebenen erfolgte und bisher erfolgreiche Rechtsruck der Gesellschaft steigert sich kontinuierlich durch eine Verschiebung der „Unsagbarkeits-Grenze“, welche sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch und medial bespielt wird, ohne dass es gleichzeitig angemessene Gegenmaßnahmen gibt.

Die weiter bestehende Herausforderung ist es, der Penetranz der rechten Aktivitäten im Kampf um die öffentliche Hegemonie Maßnahmen gegenüberzustellen, die sich nicht nur in und an eigenen zivilgesellschaftlichen und linken Strukturen abarbeitet, sondern den Anspruch hat, gesellschaftliche Relevanz zu erlangen. Gelingt dies nicht, wird sich die Sprache der AfD noch mehr als bisher in Übergriffen ihren Ausdruck verschaffen: auf Geflüchtete und deren Unterstützer_innen aber auch auf zivilgesellschaftliche und antifaschistische, linke Strukturen. •

BRAUNZONE

Der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten" trat in den zurückliegenden Monaten als großzügige Sponsorin der Alternative für Deutschland (AfD) in Erscheinung. Nachdem der Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung laut wurde, ist es nicht nur zur personellen Umstrukturierung gekommen, mittlerweile versucht sich der Verein auch selbst als Teil eines rechts-konservativen Netzwerkes zu etablieren.

Rechts-Konservative für die AfD

Der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten"

„Es gibt keine Alternative im Etablierten! Natürlich ist Politik die Kunst des Machbaren. [...] Ich würde mich freuen, wenn Sie mit Verweis auf unseren grundsätzlichen Erneuerungsauftrag den politischen Meinungsbildungsprozess in unserer Partei beeinflussen würden", so Björn Höcke (AfD). Diesen Appell zu nutzen, um aus einem jahrzehntelang überschaubaren Wirkungskreis heraus wahrnehmbar zu werden, stellt eine Motivation der hier beschriebenen rechts-konservativen Akteure dar, sich für die AfD zu engagieren. Bezugnahmen auf die „Nation" und die „Nationale Identität" sind dabei Schlüsselbegriffe und Schnittmengen, um das politische und gesellschaftliche Klima weiter nach rechts zu verschieben. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn es gelingt, die damit verbundenen Themen auch in Bereiche des etablierten, mit politischem Einfluss ausgestatteten Spektrums zu tragen. Die AfD bemüht sich erfolgreich darum, die ideale Partnerin dafür zu sein, und nicht wenige rechte und konservative Akteure scheinen dies zu nutzen. Die hier beschriebene „Vereinsstruktur" steht dabei exemplarisch für ein zusammengewachsenes Netzwerk rechter und konservativer Akteure, das vom Erfolg der AfD profitieren kann.

„Finanzstarker konservativer Verein gegründet" lautete die Überschrift eines Artikels des rechten Internetportals Metropolico, nachdem sich der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten" am 21. September 2016 in Stuttgart offiziell gegründet hat. Wirklich neu sind allerdings weder der Verein noch deren Protagonisten, die sich allesamt schon länger im rechts-konservativen Milieu bewegen und in entsprechenden (Internet-)Publikationen positive Resonanz erfahren. So verwundert es nicht, dass der Hinweis zur Vereinsgründung auf der eigenen Internetseite lediglich ein direkter Verweis zum Beitrag des Metropolico-Autors Christian Jung ist. Hinter diesem Internetportal, das früher unter dem Namen Blu-News bekannt war, steht der Verein „bürgerlich liberal unabhängig" (blu) mit Jung als Vorsitzendem. Zusammen mit dem Polizisten Torsten Groß (Wählervereinigung „Bürger in Wut") aus Bremen veröffentlichte er jüngst im rechten und verschwörungsideologischen KOPP-Verlag ein 300seitiges Pamphlet über die angebliche finanzielle und logistische Unterstützung der Antifa durch staatliche Strukturen. Mit Ausnahme der Gemeinderätin Martina Uhlemann (Freie Wähler) aus Türkenfeld, waren die weiteren Verantwortlichen von „blu" parteipolitisch bereits durch Tätigkeiten im bayerischen Landesverband der rechten „Die Freiheit" miteinander verbunden.

Im Windschatten der AfD

Mit den Wahlerfolgen der AfD scheint für rechts-konservative Akteure die Hoffnung verbunden, über das überschaubare eigene (publizistische) Netzwerk hinaus Aufmerksamkeit zu bekommen und Inhalte zu platzieren. So überrascht die Nähe des „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten" zur AfD nicht. Zum Vorsitzenden wurde das ehemalige CSU-Mitglied David Bendels gewählt. Als Sprecher und Mitbegründer der durch CSU-Mitglieder im Juni 2014 gegründeten Initiative „Konservativer Aufbruch" trat er bereits in der Vergangenheit als Redner auf Veranstaltungen der AfD bzw. ihrer Jugendorganisation „Junge Alternative" (JA) in Erscheinung. Dies verwundert nicht, konnte Bendels sich doch in einem Artikel der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) „eine wieder 'rechts der Mitte' eingeordnete CDU [...] durchaus als Koalitionspartner der AfD vorstellen". So viel Offenheit schien dem Autor dieses Artikels, Michael Paulwitz gefallen zu haben. Das ehemalige Mitglied der „Republikaner" ist schon jahrelang in der rechten Publizistik aktiv und seit August 2016 Domaininhaber der Internetseite des „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten". Es deutet vieles darauf hin, dass Paulwitz darüber hinaus den Verein unterstützt und





Einladung zur ersten Veranstaltung der Reihe »Recht und Freiheit in Europa«: Václav Klaus

Wir freuen uns sehr, Ihnen ankündigen zu dürfen, dass es uns gelungen ist, für den Auftakt unserer Veranstaltungsreihe »Recht und Freiheit in Europa« Václav Klaus als Referent zu gewinnen:

Václav Klaus, ehemaliger Präsident der Tschechischen Republik:

»Die heutige Massenmigration und die Zukunft Europas«

Moderation: **David Bendels**

Als Abonnent der Jungen Freiheit laden wir Sie herzlich zu dieser Abendveranstaltung ein:

Mittwoch, 7. September 2016
Abfahrt »Spree-Comtess«: 19 Uhr
Ein- und Ausstieg: Hansabrücke Berlin

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine **Anmeldung: www.rechtundfreiheit.de/anmeldung**
Da es sich um eine geschlossene Veranstaltung handelt, werden nur angemeldete Gäste eingelassen. Bitte halten Sie am Eingang einen Lichtbildausweis bereit. Wir würden uns freuen, Sie an unserer Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

David Bendels,
Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten

Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten, Postfach 70 05 26, 70574 Stuttgart

Links: Kostenintensive Wahlkampfhilfe für die AfD in Berlin.

Rechts: Václav Klaus als Stargast auf einer Veranstaltung des rechts-konservativen „Verein zu Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten"

dafür seine vielfältigen Kontakte ins rechte und konservative Spektrum nutzt. Eine erste offizielle Veranstaltung fand am 7. September 2016 in Berlin statt. Einladungen zu dieser geschlossenen Veranstaltung wurden u.a. an AbonnentInnen der „Jungen Freiheit" verschickt. Eingeladen hierzu, für den zu diesem Zeitpunkt offiziell noch nicht bestehenden Verein, hat der spätere Moderator des Abends David Bendels. Als Referent angekündigt war der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus. Zusammen mit Jiří Weigl brachte er im rechtskonservativen Verlag „Manuskriptum" das Buch „Völkerwanderung" heraus. Er beschwört darin die Wiederentdeckung starker Nationalstaaten als Gegenentwurf eines Souveränitätsverlustes innerhalb der EU. Dass Migrationsbewegungen hierfür Ursache und Lösung darstellen, verschafft ihm in Zeiten rassistischer Massenmobilisierung viel Zuspruch. Nicht nur die Veranstaltung des Vereins war gut besucht, auch Klaus' diesjährige Reden bei der 30-Jahr-Feier der JF in Berlin und dem 5. Bundesparteitag der AfD in Stuttgart wurden bejubelt. Wie sehr dieses Spektrum auf so bekannte Fürsprecher angewiesen ist, verdeutlicht insbesondere die Rede in Berlin. Noch im Sommer 2011 hieß es in der rechten Wochenzeitung: „Auf Václav Klaus ist Verlaß. Im negativen Sinn. Der tschechische Präsident nutzt jede Gelegenheit, um den ehemaligen deutschen Mitbewohnern der böhmischen Länder seine Verachtung ins Gesicht zu schreien." Solche Differenzen scheinen angesichts der anhaltenden rechten Erfolgsmeldungen keine Rolle mehr zu spielen. Das Magazin „Der Spiegel" schreibt in einem Bericht über die Veranstaltung, dass der JF-Autor und „Vereinsvertreter [...] Paulwitz ganz vorn neben dem Rednerpult [saß], er wurde von Stargast Václav Klaus namentlich begrüßt." Und auch eine weitere Personalie wird in diesem Beitrag ausführlicher beleuchtet: Alexander Segert.

PR-Strategien nach schweizer Vorbild

Der Chef der PR-Agentur Goal AG aus dem schweizerischen Andelfingen ist seit 1995 verantwortlich für die Kampagnen der rechten „Schweizerischen Volkspartei" (SVP), die in einfacher Bildersprache geeignet sind, Ressentiments zu bedienen, Ängste zu schüren und Feindbilder zu mobilisieren. Nun soll er auch die erste Veranstaltung des „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten" organisiert haben. Der in Hamburg aufgewachsene Segert profitiert dabei nicht nur von seiner beruflichen Erfahrung, er blickt ebenso auf eine lange rechte Karriere zurück. In den 1990er Jahren war er Anhänger des autoritär organisierten rechten „Verein für Psychologische Menschenkenntnis". Nach dem Studium ließ er sich von der rechts-konservativen „Schweizerzeit" anstellen und trat selbst der SVP bei. Für diese soll die Goal AG die Gratiszeitung „Extrablatt" gestalten. Eine namensgleiche Zeitschrift tauchte auch in den zurückliegenden Landtagswahlkämpfen in Deutschland auf und warb darin für die AfD. Herausgegeben und redaktionell betreut wurde sie vom Web-Administrator des AfD-LV-Bayern sowie ehemaligen Schatzmeister der Partei in Franken Josef Konrad. Er betrieb zu diesem Zeitpunkt die Internetseite des späteren „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten", der verantwortlich für die während des Wahlkampfes verteilte Publikation war. Konrad ist darüber hinaus Geschäftsführer der seit dem 10. Februar 2016 mit Sitz in Leipzig im Handelsregister eingetragenen AfD-nahen „Polifakt Medien GmbH". Diese Personalie machte es wenig glaubhaft, dass die Partei selbst nichts von den unterstützenden Aktivitäten rund um die Wahlkämpfe wusste. Um aber weiteren Überprüfungen einer vermuteten illegalen Parteienfinanzierung vorzubeugen, tat die AfD das, was sie häufig macht, sobald sie in Bedrängnis gerät: Leugnen. Darüber hinaus zeichnete in den nachfolgenden Wahlkämpfen nur der damals noch zu gründende Verein für die kostenintensiven Gratispublikationen, Plakatwände und Inserate mit einer Wahlempfehlung für die AfD verantwortlich. Paulwitz und Bendels übernahmen die vormaligen Posten von Konrad, und dieser kann sich mit der Internetseite von Polifakt wieder auf die öffentliche Begleitung der AfD beschränken. •

ANTIFA/ANTIRA

Plus1 Refugees welcome

Die Berliner Polit-Charity mit solidarischer Gästeliste

Seit Oktober 2015 gibt es in Berlin die Kampagne „Plus1 — Refugees Welcome". Sie wurde von einem Zusammenschluss engagierter Menschen aus dem Kulturleben initiiert angesichts der katastrophalen Situationen, die Menschen zur Flucht zwingen, der tödlichen Fluchtrouten, des Versagens der Berliner Verwaltung bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge hier in Berlin sowie angesichts der Zunahme von Brandanschlägen auf ihre Unterkünfte. Das Ziel der Kampagne ist es, bestehende Initiativen der Flüchtlingshilfe finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig soll die Kampagne — in Zeiten, in denen der Rechtspopulismus weltweit auf dem Vormarsch ist, in die Parlamente einzieht und sich der öffentliche Diskurs immer weiter nach rechts verschiebt — dem Berliner Party- und Kulturbetrieb eine Möglichkeit bieten, sich politisch zu positionieren, Geflüchtete in Berlin willkommen zu heißen und so ein wahrnehmbares Zeichen der Solidarität und Offenheit zu setzen.



Wie funktioniert's? (oder: Der Name „Plus1" ist Programm)

Der Name der Kampagne ist Programm: Von all denjenigen, die das Privileg haben, auf der Gästeliste der teilnehmenden Clubs und Veranstaltungen zu stehen, wird als „Gegenleistung" mindestens 1 Euro als Spende vorgeschlagen. Das Geld wird gesammelt und zu gleichen Teilen an je drei Initiativen gespendet, die Geflüchtete auf unterschiedlichen Ebenen unterstützen. Das bekannte „+1" auf der Gästeliste bekommt so eine neue und vor allem solidarische Bedeutung. Das Geld wird in Spendendosen mit dem eindringlichen Slogan und Layout am Einlass gesammelt, in die natürlich auch zahlende Gäste spenden können. Das Einsammeln von Kleinstbeträgen mit Spendendosen ist zwar keine neue Idee. Der Vorteil des Plus1-Konzepts besteht aber darin, dass an den Clubtüren und Konzert- und Festivalkassen zum einen an die schon bestehende „Gästelisten"-Routine angeknüpft werden kann – was den unmittelbaren „Sammel-Aufwand" natürlich deutlich erleichtert (wobei der enorme Anteil, den das Engagement und die Motivation der Leute an den Türen und Gästelisten am Erfolg von Plus1 haben, keinesfalls unterschätzt werden darf). Zum anderen spricht Plus1 mit den Inhaber_innen von Gästelistenplätzen natürlich bewusst jene Menschen an, die gerade das Privileg haben, ohne Eintritt ein Konzert, einen Club



Fotos: www.facebook.com/pg/kampagneplus1/photos/

Die Band Peaches unterstützte beim Konzert Ende November 2016 die Kampagne

oder eine Party zu besuchen — was die Bereitschaft, sich mit denjenigen solidarisch zu zeigen, die nicht auf der „Gästeliste der Europäischen Union" stehen, deutlich erhöht oder vielmehr: erhöhen sollte.

Während vielerorts das breite und zumeist karitative Engagement für Geflüchtete in der Stadt nachlässt und sich die Mehrheit der Menschen an die menschenunwürdige Unterbringung von Geflüchteten gewöhnt hat, möchte sich die Kampagne als dauerhafte Einrichtung im Berliner Nachtleben etablieren. Dies könnte allein schon dadurch gelingen, dass „Plus1 — Refugees Welcome" allen Beteiligten — sowohl den unterstützenden Clubs und Veranstalter_innen als auch den spendenden Gästen — eine einleuchtende und niedrigschwellige Gelegenheit bietet, sich politisch zu positionieren, ohne zwangsläufig selbst politisch tätig werden zu müssen — wenngleich das gemeinhin wünschenswert wäre.

„Plus1 — Refugees Welcome" läuft inzwischen seit über einem Jahr und kann als großer Erfolg gewertet werden. An die 100 Clubs, Konzert- und Festivalveranstalter_innen und Partyreihen beteiligen sich an der Kampagne, und über 125.000 Euro konnten mit ihrer Hilfe bislang gesammelt werden. Mit den Initiativen „Support Act" in London und „The IN Project" in Quebec hat das Konzept von Plus1 inzwischen sogar international Nachahmer_innen gefunden.

Wohin geht das Geld? (oder: Materielle Unterstützung und ein Zeichen praktischer Solidarität)

Ein wichtiger Aspekt von „Plus1 — Refugees Welcome" ist die Transparenz für alle Mitwirkenden: Jeder Euro, der in den Spendendosen landet, wird zu 100 Prozent an die ausgewählten Initiativen der Flüchtlingshilfe weitergeleitet. Alle entstehenden Kosten wie Flyer, Plakate, Spendendosen u.ä. werden von der Initiative selbst getragen. Jeder Spender und jede Spenderin kann über die ausliegenden Flyer auf Englisch und Deutsch sowie über die Facebookseite der Kampagne erfahren, an welche Initiativen ihr Geld geht.

Die Initiator_innen der Kampagne Plus1 sind über ein „Patensystem" jeweils individuelle Ansprechpartner_innen für die teilnehmenden Veranstaltungen und Clubs, tauschen die verplombten Spendendosen in regelmäßigen Abständen aus und zahlen das Geld in bar auf das eigens eingerichtete Spendenkonto des gemeinnützigen VDK e.V. ein. Um Geflüchtete auf einer möglichst breiten Basis unterstützen zu können, wurde von den Initiator_innen entschieden, das Geld grundsätzlich zu drei je gleichen Teilen zu spenden: an eine Organisation aus dem Bereich der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung an den EU-Aussengrenzen, an eine Organisation, die sich der politischen Vertretung und berlinweiten Unterstützung Geflüchteter widmet, und an ein Projekt, das lokal Flüchtlinge beim Ankommen und Leben in den Berliner Bezirken unterstützt. Nach einem halben Jahr werden jeweils neue Initiativen ausgewählt, unterstützt und der Öffentlichkeit bekannt gemacht. So konnten im vergangenen Jahr Sea-Watch, der Flüchtlingsrat Berlin, Moabit hilft, SOS Méditerrannée, Women in Exile, Hellersdorf hilft sowie KuDePo e.V. finanziell unterstützt werden. In den kommenden Monaten werden wegen des akuten Bedarfs gleich vier Initiativen der zivilen Seenotrettung unterstützt.

Gewöhnt euch nicht an die Bilder der Toten! Unterstützt die zivile Seenotrettung im Mittelmeer!

Laut UNHCR sind fast 4.700 Menschen 2016 bei ihrer Flucht über das Mittelmeer gestorben. Dieser traurige Rekord ist das Ergebnis einer todbringenden europäischen Abschottungspolitik, die unbedingt ein Ende haben muss. Die politische Forderung nach sicheren und legalen Einreisewegen ist drängend und muss stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken.

Solange aber die Überquerung des Mittelmeers für Flüchtende der einzige Weg nach Europa ist, bleibt auch die zivile Seenotrettung eine traurige Notwendigkeit. In den vergangenen Jahren haben sich in Berlin vier Organisationen gegründet — SOS MEDITERRANNEE, SEA-WATCH, JUGEND RETTET und CADUS - um Menschen auf der Flucht vor dem Ertrinken zu retten. Sie übernehmen damit ehrenamtlich eine Arbeit, die eigentlich von der Europäischen Union übernommen werden müsste und trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht geleistet wird. Das lebensrettende Engagement dieser Projekte ist also wichtiger denn je. Die Kampagne „Plus1 — Refugees welcome" hat sich deshalb entschieden, in den kommenden Monaten, bevor es in die nächste „reguläre" Plus1-Runde geht, mit einem so genannten „Winter-Special" diese buchstäblich lebenswichtige Arbeit der Initiativen der zivilen Seenotrettung zu unterstützen. In diesem Sinne: Wenn Gästeliste — dann Plus1!

RASSISMUS

They selling us like fish

CHRISTIAN DITSCH

Bubaka war 15 Jahre alt, als er mit einem Freund aus seinem Heimatort Serekunda in Gambia aufgebrochen ist – in eine lebenswerte Zukunft in Europa. Das war 2014. In Serekunda, oder auch Sere Kunda, der mit ca. 70.000 Einwohnern größten Stadt im westafrikanischen Staat Gambia, hatte er sich in seiner Jugend als Taxifahrer durchgeschlagen. Irgendwann reichte das Geld nicht mehr aus, um seine Familie zu ernähren.

Als Bubaka von der Besatzung der „Sea Watch-2" am 27. Oktober 2016 vor der libyschen Küste gerettet wird, ist er 18. Es war sein dritter Anlauf über das Mittelmeer zu gelangen. Was er seit seinem Aufbruch erlebt hat, kann er kaum in Worte fassen. Seinen Weg bis nach Libyen mag er nicht beschreiben. Er zeigt ein verwaschenes T-Shirt, auf das alle Menschen, die ihn auf seinem Weg länger begleitet haben, ihren Namen geschrieben haben. Das T-Shirt ist übersät mit Namen. „Von ihnen haben es nicht alle bis Libyen geschafft", erzählt Bubaka und einige von ihnen haben die fürchterlichen Umstände in Libyen nicht überlebt. So auch sein Freund, mit dem er sich zusammen auf den Weg gemacht hatte.

Bubaka war froh, als er vor zwei Jahren seine erste Passage in einem Schlauchboot bekommen hatte. Diese musste er sich hart erarbeiten. Wo und was er dafür tun musste, mag er nicht erzählen. Zu tief sitzt die Angst vor seinen Peinigern und er schämt sich dafür. Nach einigen Stunden wurde das überfüllte Schlauchboot von der libyschen Küstenwache, der Libyan Coast Guard, aufgebracht und zurück nach Libyen geschleppt. „Push-Back" werden diese Aktionen genannt. Bubaka und die anderen wurden vor die Wahl gestellt, entweder zahlen sie jeweils 2.000 US-Dollar oder sie kommen ins Gefängnis. Die Menschen werden von den Soldaten gezwungen, in ihrer Heimat Freunde oder Verwandte anzurufen, ihnen eine Bankverbindung zu übermitteln und nur dann, wenn binnen weniger Stunden das Geld eingegangen ist, bleibt ihnen das Gefängnis erspart. Menschen, die diese Möglichkeit nicht haben, werden sofort eingesperrt. Allerdings bedeutet die Zahlung des Lösegelds nicht, dass die Menschen frei sind. Die Mitglieder der Küstenwache verkaufen sie an Menschenhändler, welche sie dann in extra dafür eingerichteten Lagern erneut so lange für sich arbeiten lassen, bis sie sich einen nächsten Versuch, über das Meer nach Europa zu gelangen, leisten können. „They selling us like fish", sagt Bubaka.

Bubaka hatte Niemanden, den er anrufen konnte. Er landete in einem Gefängnis, musste über Monate in einem drei Meter tiefen Erdloch kauern, immer wieder erniedrigt durch die Wärter. Nach einem Jahr wurde er aus dem Gefängnis „entlassen". Jedoch nicht in die Freiheit. Auch Bubaka wurde an die Menschenhändler verkauft. Wieder musste er seine Überfahrt erarbeiten, wieder scheiterte der Versuch nach Europa zu gelangen an der Küstenwache und wieder begann die Tortur in Libyen.

„Push-Back" Aktionen und „Engine-Fishing"

Es ist ein einträgliches Geschäft für die Mitglieder der Küstenwache mit ihren „Push-Back"-Aktionen kurz vor der zwölf Meilenzone (ca. 22 km vor der Küste noch im libyschen Hoheitsgebiet) die Flüchtlingsboote aufzuhalten und wieder zurück an Land zu bringen. Zum kläglichen Gehalt, welches manchmal auch gar nicht gezahlt wird, lassen sich so mit geringem Aufwand einige Dollar dazuverdienen. Für die Geflüchteten ist es der sichere Weg zurück in die libysche Hölle. In TV-Beiträgen wird der erste Teil dieser Aktionen dann vor laufender Kamera als humanitäres Eingreifen gefeiert. Der eher unappetitliche Teil — der Verkauf der Menschen — passiert dann, wenn die Kamerateams nicht mehr da sind.

Ebenso ist es ein einträgliches Geschäft den Booten die Außenbordmotoren zu stehlen. Sogenannte „Engine-Fisher" arbeiten hier eng mit den Menschenhändlern zusammen. Sie verfolgen die Flüchtlingsboote mit ihren kleinen und wendigen Schnellbooten häufig schon vom Strand aus, und wenn diese in Reichweite von Hilfsorganisationen wie „Sea Watch", „Jugend Rettet", „Ärzte ohne Grenzen" oder „Save the Children" sind, werden die Außenbordmotoren kurzerhand abgebaut und die Menschen treiben dann hilflos im Meer. Das geschieht durchaus in Absprache oder gar Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache. Immer wieder wurden von den Hilfsorganisationen auch Küstenwachenschiffe beobachtet, welche entweder die „Engine-Fisher" gewähren ließen oder gar selber Hand anlegten und Motoren stahlen. Zu welch einem Desaster dies führen kann, haben die Ereignisse am Freitag den 21. Oktober gezeigt, als ein überfülltes Schlauchboot mit etwa 150 Menschen von der „Sea Watch" entdeckt wurde. Die Rettungsaktion wurde durch die libysche Küstenwache verhindert, das Schlauchboot an das Küstenwachenschiff gezogen und ein



Soldat machte sich am Motor zu schaffen. Dabei geriet der vordere Teil des Schlauchboots unter eine Stahlplattform des Küstenwachenschiffes. Spätere Fotoaufnahmen zeigen, dass an dieser Stelle die Gummihaut des Schlauchboots beschädigt wurde. Bis zu 30 Menschen ertranken, als der Bug des Flüchtlingsboots seine Luft verlor und die Menschen ins Wasser rutschten oder in Panik ins Wasser sprangen, um die „Sea Watch" und deren Rettungsboote zu erreichen. Nur vier Leichen konnten geborgen werden.

Der Verkauf der Motoren rentiert sich doppelt. Die Menschenhändler zahlen nicht schlecht für jeden gestohlenen Motor und können so ihre Außenbordmotoren ein zweites Mal nutzen. Die patrouillierenden EU-Kriegsschiffe hindern weder die „Engine-Fisher" noch die Küstenwache an diesem Treiben. Sollte tatsächlich einmal ein Schiff der Frontex-Mission selber Geflüchtete aus Seenot retten, werden die Schlauchboote den „Engine-Fishern" überlassen, welche während der Rettungsaktion wie Haifische die Szenerie umkreisen, um auf ihren Augenblick zu warten.

Bubakas Glück

Bubaka hatte am Morgen des 27. Oktober Glück. Bei seinem dritten Versuch wurden er und ca. 130 weitere Flüchtende von der „Sea Watch" gerettet. Ihr Schlauchboot schaffte es in die 24 Meilenzone, welche als internationales Gewässer gilt.

Zuvor sind sie von einem der Lager in Libyen mit Stoffsäcken über dem Kopf an den Strand gefahren worden. Sie sollten nicht sehen, wo es entlang geht, damit sie bei späteren Befragungen keine Hinweise geben können. Am Strand angekommen, mussten sie sich im Sand eingraben und auf das Signal warten, zu einem Schlauchboot zu laufen. Das kann durchaus bis zu zwei Tage dauern. Bubaka musste nur eine Nacht warten. Um kurz vor 4 Uhr kam das ersehnte Zeichen und er und die anderen rannten zum Boot. Wer zu langsam ist, hat Pech. Einem Menschen an Bord wurde ein Handy in die Hand gedrückt, mit dem er nach einer bestimmten Zeit die Nummer des Maritime Rescue Coordination Centre in Rom, kurz MRCC Rome, anrufen sollte. Diese nationale Leitstelle zur Koordination der Seenotrettung, in Italien beim Verkehrsministerium angegliedert, gibt die GPS-Standortangaben, die durch das Handytelefonat automatisch übermittelt werden, an die Schiffe in der Region weiter und diese machen sich dann auf die Suche. In Bubakas Fall war das die „Sea Watch-2".

Bubaka träumt davon, bis nach Deutschland zu kommen. Er möchte einen Beruf lernen. „Etwas womit ich Geld verdienen kann" und er möchte Fußball spielen. „Kennst du Michael Ballak?", fragt er. „DER kann spielen! So gut möchte ich auch werden." •



Foto: Gage Skidmore, Donald Trump (https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/)

Amerikas Rechte ist Weltmacht

MAX BÖHNEL

Mit dem Wahlsieg von Donald Trump ist die autoritäre Rechte, die im „Westen" seit Jahren an Boden gewinnt, auch im Weißen Haus angekommen. Da die US-Demokraten in den beiden Kongress-Kammern und in den Einzelstaaten ihren Einfluss verloren, droht nun der Aufbau eines monströsen Republikaner-Staates — mit „alten" und „neuen" Rechten in Schlüsselpositionen.

Das politische System und der politische Prozess der USA waren schon im Vorwahlkampf von Beobachtern als „fragil" bezeichnet worden. Angesichts des korrupten Zweiparteiensystems, das die beiden unbeliebtesten Kandidaten der US-Geschichte als einzige Wahloptionen hervorbrachte, hieß es nicht nur bei den Optimisten, die USA stünden vor den Geburtswehen zu einem neuen, demokratischen Amerika. Die alte Republikaner-Partei sei, von Trumps Vorwahlsiegen erschüttert, auf Jahre hin funktionsunfähig und der Kandidat, den sie hervorbrachte, ein Ausdruck dieses Zerfallsprozesses sowie ein politischer Witz. Bei den Demokraten lägen dagegen Reformen nach links hin, angefeuert von der Rebellion von Bernie Sanders, im Bereich des Möglichen, ebenso wie die Re-Politisierung von Teilen der Bevölkerung, die sich schon vor langer Zeit vom politischen Prozess abgewandt hatten. Die These vom Neuen, das im absterbenden Alten enthalten sei, ging wie selbstverständlich von einem Wahlsieg von Hillary Clinton aus. Dass dagegen Trump und den Republikanern der Durchmarsch — mithilfe eines bloßen Viertels der US-Wahlberechtigten — gelingen würde, hatte keiner der Demoskopen, Wahlforscher und Politik-„Experten" für möglich gehalten.

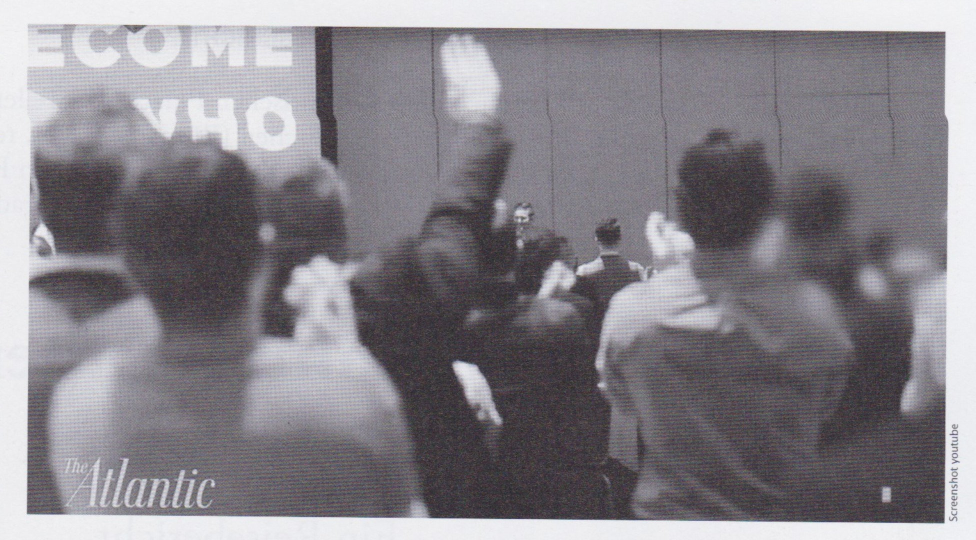
Einen Monat nach den Wahlen sind die Schockwellen, die das ganze Land durchzogen, noch lange nicht abgeklungen. Der Vergleich mit dem Kaninchen vor der Schlange trifft durchaus zu. Demokraten, Liberale und Linke sind fassungslos angesichts der Gefahr, welche die erneut an die Macht gelangten alten weißen Männer darstellen: für Gewerkschafts- und Bürgerrechte, für die Rechte von Frauen und LGBTI_, für die Klimaschutz- und andere soziale Bewegungen sowie für Afroamerikaner, Latinos und Einwanderer ohne Dokumente.

Der Liberale David Remnick, Redakteur des Lieblingsmagazins des aufgeklärten Bürgertums „New Yorker", schrieb beispielsweise: „Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten ist nichts weniger als eine Tragödie für die amerikanische Republik, eine Tragödie für die Verfassung und ein (...) Ekel erregendes Ereignis für die Geschichte der USA und der liberalen Demokratie. Man kann darauf nur mit Abscheu und einer grundlegenden Angst reagieren." Gleichwohl hält sich im liberalen Amerika der Glaube an die Unerschütterlichkeit der „checks and balances". Egal, wie ausfallend und „radikal" ein Kandidat im Wahlkampf

war — das Amt werde ihn zum Pragmatismus zwingen. Weiter: die Mechanismen des Politikbetriebs, vom Kongress über das Oberste Gericht bis hin zu den Washingtoner Bürokraten, würden Trump auf Dauer zurechtschleifen. Und, so die Hoffnung selbst einiger dogmatischer Marxisten: „das Kapital“ würde eine Trump-Regierung seinem Verwertungsinteresse unterordnen und so vom Faschismus abbringen. Solcherlei Auffassungen sind fromme Hoffnungen — Fassungslosigkeit gepaart mit Begriffsstutzigkeit.

Denn Trump verfügt über eine Machtfülle wie kaum ein anderer US-Präsident vor ihm. Er kann sich auf republikanische Mehrheiten im Kongress stützen und zusätzlich auf potentiell unbotmäßige Abgeordnete massiv Druck ausüben. Er wurde als Außenseiter von deren Klientel gewählt, und gerade als einer, der das Ausmisten des eigenen Stalles versprochen hatte. Trump kann außerdem nach Gutdünken die Mehrheit im Obersten Gericht nach rechtsaußen verschieben, und das auf eine ganze Generation hin. Und schließlich besetzt er — und nur er — derzeit rund 4000 frei werdende Jobs in der Washingtoner Bürokratie nach seinem Gusto, was Loyalitäten bedeutet.

Dass es Trump um einen scharfen Rechtskurs geht, signalisierte er von Anfang an, als er Steve Bannon zu seinem Chefberater erklärte. Der Chef der „Alt-Right“-Webseite Breitbart News war in der heissen Wahlkampfphase von Trump zu seinem Wahlkampfstrategen gemacht worden. Der 62-Jährige hatte an den Eliteuniversitäten Georgetown University und an der Harvard Business School studiert. Später wurde er Offizier der US-Marine und Investment-Banker für Goldman Sachs. „Breitbart News“ wurde unter Bannon zum Diskussionsportal von Rassisten und Verschwörungstheoretikern sowie zum Treffpunkt der „Alt-Right“-Bewegung. Wie bei den „Identitären“ in Europa wird das Konzept des Ethnopluralismus vertreten. Sowohl die weiße „Rasse“ wie auch deren „Kultur“ müssten reingehalten werden. Ein Streitpunkt in der Szene ist die Rolle von Juden. Eine Minderheit, darunter Bannon und Breitbart, subsummieren Juden unter Weiße und damit als weitgehend „unbedenklich“, während eine Mehrzahl dem altbekannten Antisemitismus anhängt.



Ein Hitlergruß bei der Rede von Richard Spencer November 2016.

Der Begriff „Alternative Right“ war 2008 von Richard Spencer erfunden worden - von demselben Spencer, der Mitte November 2016 mit einer Rede durch die Weltpresse ging, bei der Anhänger „Hail Trump“ und „Hail Victory“ skandierten. Spencer polemisierte gegen die amerikanische „Systempresse“ und griff dabei genüsslich auf das „deutsche Original“ (so Spencer) zurück und bezeichnete sie als „Lugenpresse“. Gefilmt wurden Anhänger beim Hitlergruß.

Der Aufschrei war groß. Trump sah sich tags darauf zur Distanzierung gezwungen. Er wolle mit der Gruppierung nichts zu tun haben. Er gab sich ahnungslos, wusste dabei aber sehr wohl, mit wem er sich da auf ein Bündnis eingelassen hatte. Schon im Vorwahlkampf hatte Trump den Naiven gemimt, als sich der seit Jahrzehnten bekannte ehemalige Chef des „Ku Klux Klans“, David Duke, hinter ihn stellte. Die „Alt-Right“-Bewegung war von Anfang an auf Trumps Zug aufgesprungen und mitgereist - als er mexikanische Einwanderer als Vergewaltiger bezeichnet, ein Einreiseverbot für Muslime und die Registrierung für Muslime in den USA verlangt, Massenabschiebungen von „kriminellen Ausländern“ vorgeschlagen und gegen „political correctness“ gewettert hatte. „Musik in den Ohren einer Bewegung, die von einem weißen Amerika träumt“, bestätigte das in Alabama beheimatete Southern Poverty Law Center. Dem Center wurden seit den Wahlen über 1000 rassistische und antisemitische Übergriffe gemeldet. Die Mehrzahl ereignete sich an Schulen, Universitäten und Arbeitsplätzen. Meist hätten sich die Täter direkt auf Trump oder seine Wahlkampfslogans bezogen. Die Aggressionen seiner Fans richteten sich in ihrer Mehrzahl gegen Einwanderer, Afroamerikaner, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender sowie Muslime.

Die Zahl der „Zwischenfälle“ liegt mit Sicherheit noch weit höher. Dass sie allerdings wieder zurückgehen, steht vermutlich im Zusammenhang mit einer Äußerung von Donald Trump sowie — und das mag ersteimal paradox klingen — mit der Ernennung Bannons zum Chefberater. Trump hatte sich in einem Interview mit dem Fernsehsender CBS direkt an seine Anhänger mit den Worten gewandt: „Hört auf damit ... Ich sage das jetzt direkt in die Kameras: hört auf damit, ... das ist schrecklich. Denn ich werde dieses Land wieder zusammenführen.“ Beobachter vermuten, dass Bannons Ernennung zum Chefberater als Signal an die Szene gilt, sich vorläufig zurückzuhalten. Nicht auszuschließen ist, dass Bannon seine Fußtruppen direkt zum taktischen Rückzug aufgefordert hat.

Schon kurz nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Trump am 21. Januar 2017 ist der erste Showdown zu befürchten: Razzien, Festnahmen und Abschiebungen von „illegalen“ undokumentierten Einwanderern. Die „Alt-Right“-Anhänger bereiten sich schon auf Jubelmärsche vor.

GESCHICHTE

Im Herbst 1936, kurze Zeit nach dem faschistischen Putsch von Teilen des Militärs unter Francisco Franco in Spanien und dem Beginn des spanischen (Bürger-)krieges, reisten Freiwillige aus verschiedenen Ländern nach Spanien, um auf der Seite der republikanischen Regierung gegen die Putschisten zu kämpfen. Anlässlich des 80. Jahrestages der Bildung der brigadas internacionales fanden in Spanien Gedenkveranstaltungen statt.

80. Jahrestag der Internationalen Brigaden in Spanien

Ein Reisebericht

Etliche Sprachen schwirrten durch die Luft, als im Oktober 2016 über hundert Reisende vor dem Hotel Voramar im spanischen Benicàssim zusammen kamen, um an einem Rundgang entlang des Strandboulevards und seiner Villen teilzunehmen. Der Rundgang bildete den Auftakt einer mehrtägigen Reise im Gedenken an die Brigaden, eine Reise, die in einem ganz besonderen Maße von Internationalität geprägt war. Auch schon vor 80 Jahren hatte der internationale Kontext eine kaum zu unterschätzende Bedeutung. Der Republik und ihren internationalen Unterstützern standen von Anfang an nicht nur die spanischen Putschisten gegenüber. Am 17. Juli 1936 brach der Aufstand auf dem Militärstützpunkt in Marokko aus. Der Kampf der beiden Kriegsparteien auf dem Festland war zunächst erfolgreicher für die Verteidiger der Republik. Das Kräfteverhältnis veränderte sich jedoch mit dem Eingreifen Hitlers und Mussolinis. Noch im Juli trafen Militäreinheiten und Kriegsmaterial aus Berlin und Rom ein. Berüchtigt wurde Hitlers Legion Condor, die am 26. April 1937 die baskische Stadt Gernika mit Flächenbombardierungen in Schutt und Asche legte. Während Deutschland und Italien bereits kurze Zeit nach dem Putsch zudem durch eine Luftbrücke von Marokko nach Spanien den Transport der von Franco beherrschten Milizen auf das spanische Festland erst ermöglichten, verfolgten die Großmächte Frankreich und insbesondere Großbritannien einen Nichteinmischungspakt mit dem Ziel der Nichtausbreitung des Krieges über Spanien hinaus. Die westliche Appeasement-Politik führte auch dazu, dass die demokratisch legitimierte Regierung in Madrid im Laufe des Krieges zunehmend von der Unterstützung aus Moskau abhängig wurde. In der Geschichtsforschung wird davon ausgegangen, dass diese Asymmetrie in der Intervention seitens ausländischer Mächte wesentlich dazu beigetragen hat, dass die Aufständischen nach dem Putsch am 18. Juli 1936 monatelang durchhalten konnten und sich die Auseinandersetzung somit in einen Krieg ausweitete. Josep Almudéver, der als einziger ehemaliger Interbrigadist mit 97 Jahren an den Gedenkveranstaltungen teilnahm, legte in seinen Reden ganz besonderen Wert darauf, den Begriff des „Spanischen Bürgerkrieges“ zu dekonstruieren und erntete dafür regen Applaus. So betonte Almudéver beim offiziellen Empfang in der Stadt Albacete: „Diejenigen, die damals wie Juan Carlos I. oder heute das Arschloch von Mariano Rajoy (mittlerweile erneut designierter Ministerpräsident Spaniens, d.V.) noch von einem reinen Bürgerkrieg sprechen, sind genau diejenigen, die verschweigen, dass es eben das faschistische Deutschland und Italien gewesen sind, die den Franquisten die größte Unterstützung zukommen ließen und dadurch erst die Niederlage der Republik ermöglichten. Doch diese militärische Unterstützung seitens der Faschisten ist nicht das Entscheidende gewesen. Der Verrat an der spanischen Republik und an der Demokratie hat in dem Moment begonnen, als das Komitee für Nichteinmischung in die Angelegenheiten Spaniens beschlossen hat, uns fallen zu lassen — und das unter Federführung der Sozialisten in der französischen Volksfrontregierung.“[1] Angesichts dessen könne, so Almudéver, vom Bürgerkrieg keine Rede sein.

Zur Bildung der Internationalen Brigaden mobilisierten insbesondere die kommunistischen Parteien vom Herbst 1936 an ihre Mitglieder, allen voran die Kommunistische Partei Frankreichs — in Paris wurde letztlich auch die Rekrutierung organisiert. Bis Ende Oktober 1936 hatten sich bereits 8000 Freiwillige im spanischen Albacete zusammengefunden, wo die Aufstellung und wenige Wochen dauernde Ausbildung der Brigaden organisiert wurde, bevor es an die Front ging. Insgesamt reisten bis zu 60.000 Männer und Frauen aus über 60 Ländern[2] nach Spanien, um sich an der Niederschlagung des Putsches zu beteiligen, darunter neben den europäischen Ländern, der Sowjetunion, den USA und Kanada auch Aktivist_innen aus asiatischen Ländern oder Lateinamerika. Dabei setzten sich die Brigaden etwa zur Hälfte aus Künstler_innen, Wissenschaftler_innen, Ingenieur_innen, Ärzt_innen und Politiker_innen zusammen, nach dem Historiker Angel Viñas waren sie die „intellektuellste Truppe der Kriegsgeschichte“. Auch hunderte Frauen gingen



Die Gedenkveranstaltung und Namensgebung zum „Park der Internationalen Brigaden" in Madrid.

nach Spanien. Die spanische Zweite Republik Anfang der 1930er Jahre mit ihren für diese Zeit fortschrittlichen Errungenschaften wie dem Frauenwahlrecht oder der Möglichkeit der Ehescheidung strahlte weit über das Land hinaus und war einer der Gründe, warum es Frauen nach Spanien zog, um gegen den faschistischen Vormarsch und für die Verteidigung dieser Errungenschaften zu kämpfen.[3]

Gedenken und gesellschaftliche Anerkennung

In Benicàssim waren Delegationen aus 16 Ländern zusammengekommen. In dem direkt am Meer gelegenen kleinen Ort nördlich von Valencia wurde im Mai 1937 ein Krankenhauskomplex der Brigaden errichtet, zu dem neben dem Hotel auch mehrere Villen an der Strandpromenade gehörten. Viele der Reiseteilnehmer_innen hatten meist über die Eltern einen familiengeschichtlichen Bezug zu diesem Teil der spanischen Geschichte. Es sollte eine ganz andere Reise in die Vergangenheit werden, als sie etwa das italienische iStoreco mit seinen sentieri partigiani bietet. Die seit vielen Jahren durchgeführten Wanderungen auf den historischen Pfaden der Widerstandskämpfer_innen in der Region Reggio Emilia sind verbunden mit Gesprächen und Erzählungen ehemaliger Partisan_innen. Durch diese gelungene und sehr lebendige Geschichtsvermittlung sind eindrückliche Erlebnisse und neue Erkenntnisse garantiert. Das Setting in Spanien war ganz anders: In Benicàssim waren vor allem Familienangehörige zusammengekommen, denen es zunächst darum ging, gemeinsam überhaupt erst einmal die Erinnerung an die Existenz der Internationalen Brigaden an die Öffentlichkeit zu tragen. In den meisten Köpfen war die Erinnerung an das Treffen vor 20 Jahren, als noch über 200 Brigadisten mit ihren Angehörigen und Freund_innen erstmalig gemeinsam die Orte der Kämpfe aufgesucht hatten. Etliche Fahnen verwiesen auf den Hintergrund, so die „Amicales des anciens Volontaires français en Espagne Républicaine", das „1. Batallòn Americano Abraham Lincoln" oder die „Compañía Naftali Botwin, Battallon Palafox". Insbesondere die letztgenannte Fahne fiel ins Auge, nicht nur wegen des bunten, in den Farben der Republik gehaltenen schweren Samtstoffes, sondern vor allem, weil sie, entgegen dem sonst in nationalen Kategorien strukturierten Gedenken, in drei Sprachen, nämlich polnisch, spanisch und hebräisch, ihre Botschaft mitteilte: Für eure und unsere Freiheit! In der Naftali-Botwin-Kompanie waren jüdische Freiwillige aus unterschiedlichen Ländern organisiert. Dieser internationale Charakter prägte auch die Reise: Bei der Einweihung einer Gedenktafel lasen Vertreter_innen aus Frankreich, Italien, Polen, Deutschland, Großbritannien, den USA, Dänemark und Russland in der jeweiligen Landessprache Gedichte vor. Viele lokale Organisationen waren an der Durchführung der Reise beteiligt: Die deutsche Gruppe reiste mit den „Kämpfern und Freunden der spanischen Republik" (KFSR), die französische Gruppe mit A.C.E.R., von spanischer Seite war es



Einweihung einer Gedenktafel an der Strandpromenade von Benicàssim, in der Bildmitte Josep Almudéver, einer der letzten Interbrigadisten.

die AABI und mit ihr deren Präsidentin Almudena Cross, die viele der gehaltenen Reden gleich in mehrere Sprachen übersetzte. Diese sprachliche Herausforderung und der Anspruch, möglichst Vertreter_innen aller Delegationen zu Wort kommen zu lassen zog sich durch die Gedenkveranstaltungen der kommenden Tage. Unter dieser Symbolik der Internationalität und der Mehrfachübersetzungen vom Podium aus hatte gezwungenermaßen die inhaltliche Tiefe zu leiden. Nur selten hatten auf den Veranstaltungen selbst persönliche Geschichten, Narrative oder gar Widersprüche aus der Zeit des Krieges ihren Raum.

Diese Form der Gedenkkultur ist nicht allein mit der Zusammensetzung der Teilnehmenden und dem eher traditionell kommunistischen Hintergrund zu erklären. Die Erinnerungskultur in Spanien kann nicht einmal ansatzweise mit der Situation in Deutschland verglichen werden. Nach dem Ende des Krieges 1939 setzte sich die franquistische Diktatur bis zum Tode Francos 1975 fort. Mit der Demokratisierung, der Transición, ging auch eine Generalamnestie einher, die jegliche juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen während der Diktatur verhinderte. Bis heute ist die historische Aufarbeitung in Spanien umkämpft, das Ausheben von Massengräbern erschossener Anhänger_innen der Republik, die Schätzungen seitens der Hinterbliebenenverbände liegen bei rund 150.000 „Verschwundenen", hängt beispielsweise noch immer an der Initiative von Nichtregierungsorganisationen.[4] Dass in dieser Situation die öffentliche Repräsentation derjenigen Akteure, die den Bürgerkrieg verloren haben, eine bedeutende Rolle einnimmt, um gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen und das jahrzehntelange Schweigen zu überwinden, ist nur allzu verständlich. Genauso verständlich ist es, dass aufgrund dieser mangelnden gesellschaftlichen Anerkennung möglichst viele politische Repräsentant_innen zu Wort kommen sollen, auch wenn es durch die dadurch bedingte Redezeit von wenigen Minuten schwer wird, viel mehr als Floskeln unterzubringen. Wenn es zukünftig darum gehen sollte, auch Menschen ohne einen entsprechenden Hintergrund an die Geschichte der Internationalen Brigaden heranzuführen und Interesse dafür zu wecken, ist der Ansatz ritualisierter Gedenkveranstaltungen mit den immer gleichen Arbeiterliedern und Reden politischer Repräsentant_innen bestenfalls öde, wenn nicht sogar abschreckend. Gerade die persönlichen Narrative der Überlebenden oder ihrer Kinder sowie die zahlreichen umstrittenen Fragestellungen innerhalb des antifaschistischen Lagers machen das Interessante dieser Geschichte aus, und sie können schließlich auch die Brücke bilden zu der Frage, was heute unter „Internationaler Solidarität" verstanden werden kann. Dass Europa heute erneut einen Rechtsruck erlebt, fand zwar in einigen Reden Erwähnung, ging darüber allerdings kaum hinaus.

Von Albacete nach Madrid

Von Benicàssim aus reiste die Gruppe der

über hundert Teilnehmer_innen nach Albacete, der Stadt im damaligen republikanischen Machtbereich, in der sich die Verwaltung der internationalen Brigaden niedergelassen hatte. Ein Mitreisender begab sich auf die Spuren seiner eigenen Geschichte: Sein Vater hatte sich den Internationalen Brigaden angeschlossen, seine Mutter reiste nach einer Ausbildung zur Krankenschwester ebenfalls nach Spanien. Drei Monate nachdem der Vater in der Schlacht von Belchite gefallen war, wurde unser Mitfahrer in einem der von den internationalen Brigaden genutzten Krankenhäuser in Albacete geboren. Leider gelang es ihm auf dieser Fahrt nicht, den genauen Standort zu lokalisieren. Aufgrund dieser besonderen Bedeutung von Albacete für die Organisation der Internationalen Brigaden ist die Stadt auch ein Ort, an dem die Stadtverwaltung der Thematik aufgeschlossen gegenüber steht. Das ist in Spanien alles andere als selbstverständlich. Ich erinnere mich an einen Ausflug nach Santander vor etlichen Jahren, einer Stadt im Nordwesten Spaniens. Dort prägten damals noch eine Reiterstatue Francos, ein Monument in Gedenken an die faschistische Division Navarra oder Cafés mit dem Namen „Mola", einem der zentralen faschistischen Generäle des Putsches, das Straßenbild. In Albacete fand nach der Einweihung einer Gedenktafel in der Straße des damaligen Bahnhofes, über den die Freiwilligen vor 80 Jahren aus Paris in die Stadt gekommen waren, auch eine Gedenkveranstaltung im Abgeordnetensaal der Provinzverwaltung mit vielen lokalen Repräsentant_innen statt. Allerdings zeigten sich die Organisator_innen des lokalen Studien- und Dokumentationszentrums der Internationalen Brigaden (CEDOBI) enttäuscht darüber, dass es im Vergleich zu den Gedenkveranstaltungen 1996 keine finanzielle Unterstützung seitens des Regionalparlaments von Castilla La Mancha für die verschiedenen Veranstaltungen gegeben habe. Dass die Gedenkveranstaltung an der Universität Albacete mit einer durchaus gelungenen Rede eines Professors für Urologie bestritten wurde, der sich darin vehement für eine Dritte Republik aussprach, verdeutlicht auch, dass das Erinnern und Gedenken in Spanien vielfach am Interesse und Engagement Einzelner hängt und nicht zwangsläufig mit deren Rolle als Repräsentant_innen einer Institution verbunden ist. Das kann aus deutscher Perspektive auch ganz erfrischend wirken. Nach einigen Tagen erreichten wir als letzte Station Madrid, von wo aus auch kleine Exkursionen zu den umliegenden Orten unternommen wurden, etwa zu der Region, wo sich die Schlacht am Guadalajara ereignet hatte. Hier hatte die republikanische Seite nach der Verteidigung Madrids im November 1936 den letzten größeren Sieg errungen. Die Führung an die Orte des Kampfes zeichnete ein lebendiges Bild und war damit ein besonders gelungener Moment der Reise. Auf der Rückfahrt machten wir Halt für ein Gedenken auf dem Madrider Friedhof Fuencarral, auf dem verschiedene Gedenktafeln an die gefallenen Interbrigadist_innen erinnern. Die einst hier beerdigten Toten wurden während des Franquismus exhumiert und ihre Überreste an einen unbekannten Ort verbracht.

Es wäre interessant gewesen, im Rahmen der Reise über die Konflikte innerhalb des republikanischen Lagers, die teilweise blutig ausgetragen wurden, zu diskutieren. So hat es auch bei den schlecht ausgebildeten internationalen Brigaden nach einer ersten Konfrontation an der Front etliche Deserteure gegeben. Auch Differenzen innerhalb des republikanischen Lagers, etwa zwischen der Kommunistischen Internationalen, der Komintern, die in den internationalen Brigaden stark vertreten war und der antistalinistischen POUM oder anarchistischen Zusammenhängen waren auf den Veranstaltungen kein Thema. Gerade dem anarchistischen Widerstand gegen Franco ging es darum, durch die Kollektivierung von Land und die Selbstorganisation in Räten zeitgleich soziale Veränderungen, eine soziale Revolution in den von ihnen kontrollierten Gebieten durchzusetzen. Insbesondere in Barcelona kam es 1937 zu offenen militärischen Auseinandersetzungen innerhalb des republikanischen Lagers. Zudem hat auch in Spanien die stalinistische Paranoia einer Infiltrierung der eigenen Reihen durch vermeintliche trotzkistische Spione zu einem Klima der Angst beigetragen. Diese Konfliktlagen spielen jedoch in der Erinnerung an die Internationalen Brigaden keine Rolle. Ein Mitreisender berichtete mir am letzten Tag in Madrid, dass seine Familie mit Nähe zur POUM einen ganz anderen Hintergrund hat — die Geschichte des Widerstandes gegen Franco ist dort sicherlich anders erzählt worden.

Im Herbst 1938 wurde auf Druck des Londoner Ausschusses zur Nichtintervention der Abzug der internationalen Freiwilligen verkündet. Viele Interbrigadist_innen wurden schließlich in französischen Internierungslagern interniert, und nach deren Auflösung in die nationalsozialistischen Konzentrationslager überführt. Andere landeten in den sowjetischen Gulags, wo etlichen von ihnen die Exekution drohte. Die stalinistischen „Säuberungen" hatten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre ihren Höhepunkt erreicht. •



1 Zitiert nach Joel Schmidt. 2 Die Zahlen variieren, die hier verwendeten aus: Angel Viñas: Der internationale Kontext, in: Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt am Main 1987, S. 230. 3 Vgl. dazu: Reneé Lugschitz: Spanienkämpferinnen. Ausländische Frauen im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939; Berlin Münster Wien Zürich London 2012. 4 Vgl. zur erinnerungspolitischen Bewegung in Spanien auch den Artikel „Überwindung des Schweigens" in AIB 104.

GESELLSCHAFT

Für Gott, Volk und Embryos

Die Anti-Abtreibungs-Bewegung und ihre Überschneidungen mit der völkischen Rechten

GASTBEITRAG DER EMANZIPATORISCHEN ANTIFA MÜNSTER

Die Ideologie der „Lebensschutzbewegung" ist sehr heterogen. Sie reicht von Ersteller_innen Shoa-relativierender Internetseiten bis in die selbsternannte bürgerliche Mitte, zu Personen, die weder strenggläubige Christ_innen sind, noch extrem rechten Ideolog_innen nahe stehen. Also Personen, die schlicht ethische Bedenken an Abtreibung und Sterbehilfe äußern. Trotzdem existieren argumentative, ideologische sowie teils auch personelle Überschneidungen zwischen den Spektren. Antifeminismus und die heraufbeschworene Bedrohung durch Gender-Mainstreaming fungieren als Scharnier zwischen den Spektren der christlichen Fundamentalist_innen, der Neuen Rechten und der extremen Rechten. Zumindest in Teilen des christlichen Spektrums lässt sich auch eine bewusste Öffnung hin zu rechten Akteur_innen erkennen.

Münster, 19. März 2016: Vielleicht 150 Menschen haben sich an diesem regnerischen Frühlingstag an einer Kirche in der Innenstadt versammelt — eine Kirche, in der auch schon mal Messen auf Latein gelesen werden. Sie stimmen einen Gebetsgesang an. Zwei tragen ein menschenhohes Marienbildnis, einer sogar eine ganze Marienstatue. Manche zeigen kleine Föten aus Plastik oder Bilder von Embryos im Fruchtwasser. Ungefähr hundert schlicht weiße Holzkreuze werden nach und nach hochgehalten. Und dann zieht er los, der diesjährige „1000 Kreuze — Marsch für das Leben", umrahmt von Konfetti, Luftballons und geworfenen Kondomen.

Konfetti? — Kondome? All das kommt natürlich nicht aus dem Sammelsurium verschiedenster christlich-fundamentalistischer Gruppierungen, welches zu diesem Gebetsmarsch aufgerufen hat: Organisationen, die sich beispielsweise „EuroProLife" oder „Christdemokraten für das Leben" nennen und als selbsternannte „Lebensschützer" jedes — wirklich jedes — Recht auf Schwangerschaftsabbruch kategorisch ablehnen. Auch wenn das bedeutet, den Tod von schwangeren Menschen zu riskieren.

Die 1.000 Kreuze sollen symbolisch für 1.000 Schwangerschaftsabbrüche stehen, die angeblich täglich in Deutschland vorgenommen werden. Aber mit Zahlen hat man es in diesen Kreisen offensichtlich nicht so: Denn es sind einerseits nur ungefähr 100 Kreuze vor Ort und andererseits sind es keine 365.000, sondern derzeit an die 100.000 Abbrüche im Jahr.

Der Münsteraner Gegenprotest zählt in diesem Jahr ca. 300 Menschen. Mit Tröten und Trillerpfeifen, Sprechchören, homosexuellen Kiss-Ins, Konfetti, Luftballons und Kondomen wehrt sich die bunte Menge gegen den frauenfeindlichen Charakter, den sexualfeindlichen Tenor der Veranstaltung. Die erzkatholischen, freikirchlichen sowie evangelikalen Gruppierungen und Organisationen verdammen Verhütungsmittel grundsätzlich, verteufeln Sexualaufklärung in Schulen und predigen zudem eine diskriminierende Ablehnung von Homo- und Bisexualität, Transidentität und Intersexualität.

Der queere, feministische und antifaschistische Gegenprotest richtet sich nicht „gegen das Leben", sondern demonstriert für das sexuelle Selbstbestimmungsrecht, für lebensbejahende Sexualität in all ihren Facetten. Er plädiert nicht „für Abtreibung", sondern für das Recht, sich ohne strafrechtlichen Druck für oder gegen eine Schwangerschaft entscheiden zu können. „Pro Choice" nennt man diesen Standpunkt in den USA, wo christlicher Fundamentalismus stark verbreitet ist und u. a. deshalb seit Jahrzehnten ein wahrer Kulturkampf in dieser Frage tobt. Ein Kampf, in dem einige Abtreibungsgegner_innen auch vor massiven Gewalttaten nicht zurückschrecken: Immer wieder kommt es unter anderem zu

Bombenanschlägen und Brandstiftungen gegen Kliniken und Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Immer wieder werden vor allem Ärzt_innen, die bereit sind, Abtreibungen durchzuführen, Opfer von Bedrohungen und Körperverletzungen, sogar von Mordversuchen und Morden — „Pro Life"? Der Widerspruch zwischen dem vermeintlichen Anliegen, Leben zu schützen und der Bedrohung und der Gewalt gegenüber Menschen scheint ihnen nicht klar.

Nicht überall sind solche „1000 Kreuze" bzw. Pseudo-„Lebensmärsche" so überschaubar wie im katholisch geprägten Münster. In Berlin beispielsweise beteiligten sich 2016 nach Angaben von Pro-Choice-Aktivist_innen über 6.000 Menschen an der jährlich vom „Bundesverband Lebensrecht" — einem Zusammenschluss von 14 Organisationen aus dem fundamentalistisch-christilichen Spektrum — organisierten Schweigedemonstration. Immer wieder unterstützen z. T. auch sehr bekannte und bedeutende Politiker_innen aus den Reihen der CDU/CSU, aber auch von der „Alternative für Deutschland" (AfD) diese Märsche - sei es durch ihre persönliche Teilnahme oder durch ein Grußwort: 2014 beispielsweise der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder. Aber auch Papst Franziskus und Reinhard Marx, Kardinal, Erzbischof und derzeit Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, sendeten schon Grüße an die Kreuzzügler_innen. Beatrix von Storch, die stellvertretende Bundesvorsitzende und Berliner Landesvorsitzende der AfD, setzt sich auch schon mal an die Spitze des Berliner Marsches. Auch in anderen deutschen und europäischen Städten finden solche Märsche statt: Beispielsweise in Straßburg („300 kleine Europäer jede Stunde"), in München, der Homezone des Anmelders der von „Euro Pro Life" organisierten Aufmärsche Wolfgang Hering, oder Annaberg-Buchholz,. Sie sind das beste Beispiel dafür, dass sich Teile der „Lebensschutzbewegung" weg von der CDU, hin zur AfD orientieren.

Fundamentalistische Christ_innen meets rechte Kulturkritik meets reaktionäre Geschlechterpolitik

Oft, wenn emanzipatorische Forderungen in den (partei-)politischen Diskurs aufgenommen werden, formiert sich reaktionärer Protest. Das ließ sich in den vergangenen Jahren gut am Beispiel der „Demo für Alle" sehen, die sich gegen eine fortschrittliche Überarbeitung des Lehrplans zur Sexualkundeaufklärung richtete. Zuletzt in Wiesbaden versammelten sich bei der von Hedwig von Beverfoerde angemeldeten Veranstaltung unter diesem Label regressive Kräfte jeder Couleur. Das Spektrum reichte von konservativen Elterninitiativen, oder „Lebensschutzorganisationen" wie den Christdemokraten für das Leben, über die AfD bis zu völkischen Nationalist_innen von NPD, dem Dritten Weg und der Identitären Bewegung.

Auch die sogenannte „Lebensschutzbewegung" in der BRD entstand Anfang der 1970er Jahre im Zuge der Liberalisierung des §218, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Straffreiheit für Schwangerschaftsabbrüche regelt. In den folgenden zwanzig Jahren organisierten und radikalisierten sich die einzelnen „Lebensschutzgruppen" und finden vielleicht gerade heute ihren Höhepunkt vor dem Hintergrund weiterer anti-emanzipatorischer Debatten.

Der gemeinsame Hauptbezugspunkt aller Akteur_innen ist das traditionelle Vater-Mutter-Kind(er) Familienbild. Christliche Fundamentalist_innen sehen darin einen Ausdruck ihrer eigenen Interpretation christlicher Werte, die die Protagonist_innen aus einer sehr wörtlichen Lesart der Bibel ableiten. Diese beinhalten statische Ethik- und Moralvorstellungen, die von Gott gegeben sein sollen und daher auf keinen Fall in Frage gestellt werden können.

Der Bundesverband für das Lebensrecht e.V., der Verein, der den „Marsch für das Leben" in Berlin organisiert, erklärt in seiner Satzung für „die Menschenrechte und die elementaren Grundrechte der Verfassung, in denen das biblisch-christliche Menschenbild seinen Ausdruck findet," einzustehen. Häufig wird sich auf die im Grundgesetz verankerte Unantastbarkeit der Würde des Menschen und das Recht auf körperliche Unversehrtheit bezogen — als Rechte des Embryos wohlgemerkt, nicht der schwangeren Person. Ziel ist es, Einfluss auf die politischen Debatten zu nehmen und den Staat in einen christlichen Gottesstaat zu verwandeln.

„Lebensschutz"-Aktivismus

Obwohl die Gebetsmärsche fundamentalistischer Christ_innen im Bewusstsein vieler Menschen angekommen sind, erschließt sich vielen noch nicht, warum es sich lohnt, die wahlweise betende oder schweigende Masse in ihrem Handeln zu stören und aufzuhalten. Ihr Wirken geht aber weit über die öffentlichkeitswirksamen Auftritte hinaus und beeinflusst auch unser alltägliches Leben.

Neben den Märschen liegt das Hauptarbeitsfeld der selbsternannten Lebensschützer vor allem in der sogenannten „Gehsteigberatung" vor Kliniken und Praxen, die Abbrüche vornehmen und ihrer menschenverachtenden „Aufklärungsarbeit" im Internet.

Bei der „Gehsteigberatung" wird selbstverständlich nicht beraten. Die Fundamentalist_innen versuchen ihr reaktionäres Weltbild durch psychischen Druck und Einschüchterung der schwangeren Personen durchzusetzen. Bilder von abgetriebenen Föten werden hochgehalten und Personen auf dem Weg in die Klinik oder Praxis direkt angesprochen. Personen, die sich gegen eine Schwangerschaft entscheiden, werden als das behandelt, was sie in den Augen der Fundamentalist_innen sind: wahlweise unmündig (du hast dich einfach falsch entschieden) oder als Mörder_innen. Sucht man im Internet nach Orten, an denen Abbrüche möglich sind, findet man sich schnell auf Seiten wieder, auf denen die ausgewählte Praxis als Ort des Todes aufgeführt wird.

Diese Übergriffe, bei denen auch die behandelnden Ärzt_innen angegriffen werden, haben in einigen Regionen Deutschlands bereits dazu geführt, dass es Menschen fast unmöglich gemacht wird, eine Schwangerschaft zu beenden. Im Sauerland z.B. gibt es keine_n einzige_n Gynäkolog_in mehr, die dazu bereit ist.

Auf einer Seite im Netz, die Betroffenen helfen soll, findet sich folgender Text:

„Leider stehen hier seit dem 13./14. Januar 2008 fünf Links weniger als zuvor.

Dieser Umstand verdankt sich der Initiative Babycaust.de, die die betreffenden Ärzte aufgefordert hat, ihre Links von meiner Seite entfernen zu lassen. Sie berufen sich auf StGB § 219a, der es verbietet, für die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu werben. Es tut mir leid, wenn sich dadurch wieder mehr Frauen durch unzählige Arztpraxen telefonieren müssen."[1]

Doch nicht erst bei der Suche nach Ärzt_innen, sondern schon einen Schritt vorher wird oft das Internet zu Rate gezogen: Wie entscheiden, wenn man unsicher ist?

Hier setzt die „Lebensschutzbewegung" mit einer Vielzahl von Internetseiten an, die scheinbar neutral mit Domain-Namen wie schwangerschaftsabbruch.de auftreten.

Tatsächlich werden dort aber in der Regel nicht themenbezogene, wissenschaftlich-objektive Fakten aufbereitet: Hier trifft eher der moralisierende Appell auf tendenziöse Falschinformation.[2]

Neben Beten und Schweigen bedient sich die Lebensschutz-Lobby also auch der Verbreitung von pseudo-sachlichen Informationen via Internet und Druckerzeugnissen. Insbesondere bei Schwangeren sollen so Ängste und Gewissensbisse geschürt werden.

Diese Seiten werden beispielsweise auch aus dem Spektrum der Juristen-Vereinigung Lebensrecht e.V. und Ärzte für das Leben e.V. betrieben. Offensive christlich-fundamentalistische Öffentlichkeitsarbeit findet vor allem auf Internetportalen wie kath.net, bzw. durch die evangelikale Nachrichtenagentur idea statt.

NS-Relativierung & Antisemitismus

Antisemitismus, wie z.B. shoa-relativierende Inhalte, finden sich in Teilen des christlichen-fundamentalistischen Spektrums wieder. Zu nennen sei da insbesondere Klaus Günter Annen, der unter anderem in Münster schon auf einem 1000-Kreuze-Marsch willkommen geheißen wurde. Der Betreiber stellt auf seiner Internetseite babycaust.de in Zahlen die Opfer der Shoa Schwangerschaftsabbrüchen gegenüber. Letztere hätten den Massenmord an den europäischen Jüd_innen mittlerweile weit übertroffen und seien das größere Verbrechen. Die Shoa hingegen sei zudem eine Opfergabe an Gott gewesen. Auch Ärzt_innen, die Beratung zum Thema Sterbehilfe anbieten, wird „Euthanasie" unterstellt und so ein Vergleich zu den im nationalsozialistischen Deutschland systematisch begangenen Verbrechen an und Ermordungen von Menschen mit Behinderung gezogen. Richterliche Beschlüsse, die sich auf Annens Anzeigen beziehen, werden be- oder untertitelt mit „Willkommen im 4. Reich!"

Völkische Perspektiven auf „Lebensschutz"

Aus der Perspektive der völkischen Rechten geht es bei Schwangerschaftsabbrüchen nicht mehr um die religiöse oder moralische Frage des „Tötens", sondern um rassistische Angstvorstellungen vor dem „Aussterben des deutschen bzw. europäischen Volkes". Für die völkische Rechte bedeutet das überholte, christliche Familienbild den Fortbestand des „deutschen Volkes". Aufgrund der Interessensüberschneidung laufen Akteur_innen der völkischen Rechten auf Gebets- und/oder Schweigemärschen der fundamentlistischen Christ_innen mit, unterstützen diese aber selten offen, weil sie mit den christlichen Wertvorstellungen nicht konform gehen. So mobilisierten beispielsweise Pro NRW und PI-News 2012 zum 1000 Kreuze Marsch nach Münster, nachdem in den Jahren davor bereits Funktionäre der örtlichen NPD-Parteijugend JN mitgelaufen sind.

„Selbst wer über keinen christlichen Bezug zum ungeborenen Leben verfügt, sollte sich daher von diesem Thema angesprochen fühlen und eine Teilnahme an dem Schweigemarsch in Erwägung ziehen. Dass die Krankenversicherten und Bürger für unseren demographischen Selbstmord finanziell aufkommen, ist ein zusätzlicher Skandal", schreibt beispielsweise der rechte Blog PI-News.

In einem völkischen Kontext thematisiert auch die Identitäre Bewegung das Thema. Im März 2015 formulierten sie unter dem Titel „Lebensschutz ist Heimatschutz!": „Der Liberalismus war und ist Wegbereiter einer Vielzahl von Ideologien, die mit pseudowissenschaftlichen Erklärungsversuchen die Gesellschaft dekonstruieren und ein neues Menschenbild schaffen wollen. Zwei dieser Ideologien kann man mit Fug und Recht als intellektuellen Wohlstandsmüll deklarieren und dennoch greifen sie immer dominanter in unser Leben ein. Die Rede ist vom radikalen Feminismus und der Gender-Mainstream Ideologie."

„Oft stehen finanzielle Beweggründe im Vordergrund, eine fehlende Betreuungssituation, aber Egoismen spielen eine große Rolle. Man will seinen „Lifestyle" nicht gefährden und das Leben als Dauerparty soll nie zu Ende gehen. Kinder stören da nur und wären zudem ökonomisches Hemmnis."

Auch in der „Jungen Freiheit" findet das Thema Schwangerschaftsabbruch und „Lebensschutz" eine Plattform. Hier findet keine kritisch-argumentative Auseinandersetzung mit dem Thema statt, dafür wird aber über sämtliche Ereignisse berichtet.

Neben Interviews mit „Abtreibungsgegner_innen" wie Matthias von Gersdorff oder dem Übernehmen von Artikeln von idea oder kath.net schreiben auch Autor_innen wie Felicitas Küble oder Martin Lohmann, der auch der Organisator des Schweigemarsches in Annaberg-Buchholz ist, sowohl für die Junge Freiheit als auch für christlich-fundamentalistische Medien.

Die Relevanz der AfD

Das Thema „Lebensschutz" und antifeministische Positionen finden auch im Grundsatzprogramm der AfD aus dem Jahr 2016 Platz. Die Partei sieht die „Familie als gesellschaftliche Grundeinheit" durch Krippen und Ganztagsschulen sowie die Betonung der Individualität in der Erziehung gefährdet. Das Familienbild und diese Sorgen teilt sie dabei sowohl mit christlichen Fundamentalist_innen als auch mit völkischen Rechten.

Es wäre zu viel zu sagen, dass Abtreibungsgegner_innen in der AfD eine politische Heimat gefunden haben, denn es gibt sie in fast allen Parteien und politischen Strömungen. Dennoch gibt es mit der AfD aktuell eine Partei, die in der Lage ist, mit Forderungen nach einer reaktionären Geschlechter- und Familienpolitik das politi-



sche Klima zu beeinflussen: Inszeniert als Tabubruch gegen einen wahlweise linken oder feministischen Mainstream oder eine halluzinierte „Homo-Lobby".

Bisher konnte innerhalb der Partei keine Forderung nach einem kompletten Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen durchgesetzt werden, was möglicherweise vor allem an ihrer Stärke in Ostdeutschland und der dortigen Geschichte der Legalität von Schwangerschaftsabbrüchen liegt. Dennoch heißt es in ihrem aktuellen Parteiprogramm, die AfD wolle eine „Willkommenskultur für Neugeborene" fördern und sie wehre sich „gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären". Das Grundsatzprogramm lässt beim Thema „Lebensschutz" einiges offen. Der letztlich verabschiedete Wortlaut ist ein Kompromiss: Die explizite Forderung nach einem Abtreibungsverbot, wie sie aus Teilen der sächsischen AfD gefordert wurde, scheiterte und schaffte es nicht ins Parteiprogramm.

Dennoch ist im Grundsatzprogramm das „vorrangige Ziel der Beratung der Schutz des ungeborenen Lebens" formuliert. Praktisch würde dies bedeuten, dass nicht mehr nach dem Wohl und den Wünschen der schwangeren Person beraten wird. Eine Beratung kann nicht mehr ergebnisoffen durchgeführt werden. Ebenso besteht die Gefahr, dass zukünftig Krankenkassen die Kosten eines Abbruchs nicht mehr übernehmen.

Reaktionäre Bewegungen und Proteste erleben aktuell wieder einen Höhepunkt. Sie mobilisieren viele Menschen auf die Straße, nutzen sehr aktiv soziale Netzwerke und setzen so Themen und bestimmen teils politische Debatten. Einige Akteur_innen haben in der AfD eine parteipolitische Heimat gefunden, wo die verschiedensten Akteure gerade versuchen, zusammenzufinden. In der Debatte um Asyl haben sie es geschafft, deutungsmächtig zu werden, in der Auseinandersetzung mit Geschlechterpolitik bemühen sie sich um ähnliche Erfolge. •

1 www.abtreibung-web.de/Links/Arzte_Kliniken/arzte_kliniken.html 2 Eine Pro-Choice-Organisation versucht gerade mit der Seite „fuer-das-leben.de" etwas dagegen zu setzen.

REPRESSION

Der Fall der Röszke 11: Ein Schauprozess gegen Geflüchtete

KAMPAGNE: FREE THE RÖSZKE 11

Nach Monaten, teils auch nach Jahren der Flucht zerschellt ihre verbliebene Hoffnung an der Grenze Ungarns. Für viele Geflüchtete stellt der militärisch gesicherte Zaun eine unüberwindbare, vor allem aber geografisch kaum vermeidbare Barriere dar, seitdem die ungarische Regierung vor einem Jahr entgegen bestehender Verträge die Grenze schloss.

Als hunderte Menschen am 16. September 2015 feststellen mussten, dass ein Weiterkommen auf einmal nicht mehr möglich war und gleichzeitig eine Erklärung von Seiten der Autoritäten ausblieb, entflammte an verschiedenen Orten spontaner Protest, darunter auch am serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke. Familien mit Kindern, junge Erwachsene, alte Menschen warten am Grenzübergang, während sich die Stimmung in den ersten Reihen, von Unverständnis und Fassungslosigkeit geprägt, aufheizt. Nach der ersten Welle von Tränengas, laut Stellungnahme der ungarischen Polizei durch Flaschenwürfe provoziert, ziehen sich die Grenztruppen zunächst zurück und der Grenzübergang steht weit offen, was den etwa 200 Menschen die vermeintliche Hoffnung gibt, doch weiterreisen zu dürfen: „Thank you, Hungary!". Dann schnappt die Falle zu und die zuvor in Stellung gebrachten Sondereinheiten stürmen die sogenannte „Todeszone", auf der die panische Masse versucht umzukehren: links und rechts eingezäunt, dazwischen rohe Brutalität. Folge des Protests gegen die Einkesselung waren über hundert Verletzte, darunter auch 15 Polizist_innen.

Mehr als ein Jahr später wird Ahmad H., der letzte von elf Angeklagten zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Seine einzige Hoffnung ist nun, dass seine Anwälte in Revision gehen können. Die ungarische Staatsanwaltschaft wirft ihm Terrorismus vor und forderte eine lebenslange Haftstrafe, mindestens jedoch zwanzig Jahre Haft. Begründung dafür sei seine Rolle als „Aufrührer" eines Aufstandes. Als Beweise dienen diffuse, sich widersprechende Aussagen verschiedener Beamt_innen und ein Video, das Ahmad mit einem Megaphon zeigt. Seine letzten Worte im Prozess: „Es tut mir sehr leid, wenn ich das Gesetz gebrochen habe. Aber ich fühle mich nicht schuldig. Ich bin kein Terrorist."

Ahmad H., der 2006 nach Zypern auswanderte und dort eine Familie hat, bekommt im Sommer 2015 einen Anruf: Seine Eltern in Syrien begeben sich auf die Flucht. Daraufhin trifft er die Entscheidung, mit ihnen die Balkanroute zu gehen. Von der lebensgefährlichen Überfahrt nach Lesbos kommt Ahmad H.s Familie über die — zu dieser Zeit noch passierbare — Grenze Mazedoniens nach Serbien. Am serbisch-ungarischen Grenzort Röszke wird ihnen der Weg jedoch gewaltsam versperrt. Aufgrund seiner Sprachkenntnisse in Englisch, Griechisch und Arabisch kommt Ahmad in der kritischen Situation in eine Sprecherrolle. In der aufgewühlten Menge versucht er über ein Megaphon zu vermitteln.

In den Prozessvideos ist zu sehen, wie die Menschenmasse, eingekeilt zwischen Stacheldraht und Schlagstöcken, Schutz vor der Gewalt sucht. Insgesamt 11 Menschen werden von den ungarischen Einsatzkräften festgenommen. Es sind vor allem jene, die aufgrund ihres hohen Alters und/oder körperlicher Einschränkungen keine Chance haben zu entkommen. Eine 64-jährige, halb erblindete Frau mit Diabetes und ein Mensch im Rollstuhl sind Beispiele dafür, wie wahllos die Verhaftungen geschahen. Doch deutet dies bereits auf die zukünftige Entwicklung hin: Es ist der Auftakt zu einem Schauprozess. Zehn Angeklagte werden im Herbst dieses Jahres aufgrund „illegaler Einwanderung" in einem kollektiven Gerichtsverfahren zu ein bis drei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Immerhin konnten inzwischen sieben von ihnen ihre Flucht nach Westeuropa fortsetzen. Das Trauerspiel endet jedoch auch nicht dort: Aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung und einer drohenden „Dublin-Abschiebung" nach Ungarn beschließt Faisal F., der junge Iraker im Rollstuhl, „freiwillig" in den Irak zurück zu reisen. Ahmad H.s Verhandlung ist die letzte.

Während seiner Verhandlung werden Videos von den angeblichen Taten Ahmads gezeigt. Tonlos und verschwommen sollen sie seine Rädelsführerschaft beweisen, während andere Sequenzen belegen sollen, dass er Polizist_innen angegriffen habe, was zwei Objekte unerkennbarer Substanz mit undefinierbarer Flugbahn zeigen sollen. Ahmads Kommentare werden von der Richterin abgewürgt und die zwei maskierten Polizisten der Anti-Terror-Einheit spannen die Leinen zu seinen Armen und

Beinen etwas straffer. Die einzigen geladenen Zeug_innen sind Polizist_innen, die Zeug_innenliste des Verteidigers bleibt ungehört. Auch die über 25 Journalist_innen und Aktivist_innen, die in Röszke bei den Protesten anwesend waren, bekommen keine Chance Ahmad zu entlasten. Seine Aussagen werden dagegen zu seinen Ungunsten verfälscht übersetzt. So wird beispielsweise „Wir werden zur Grenze gehen um diese zu überqueren" zu „Wir werden zur Grenze gehen und sie gewalttätig durchbrechen, was es auch kosten mag". Hinzu kommen weitreichende Verknüpfungen um den Vorwurf des Terrorismus zu untermauern. So muss sich Ahmad H. für seine Glaubenszugehörigkeit verteidigen, als ihm Verbindungen zu islamistischen Terrorgruppen vorgeworfen werden. Eine Mekkareise und weitere Aufenthalte in Saudi Arabien und Indien sollen als Beleg für seine „islamistische Zugehörigkeit" dienen.

Beide Prozesse, einer gegen die zehn anderen Angeklagten und der zweite gegen Ahmad, sind geprägt durch selektiertes Beweismaterial, feste Vorüberzeugungen zur Schuld der Angeklagten, sich widersprechende Aussagen und Lügen. Das scheint auf die politische Linie Ungarns hinzudeuten. Zu diesem Zeitpunkt ist es bereits ein Erfolg, überhaupt Details aus den Verhandlungen zu erfahren. Aktivist_innen, worunter prinzipiell alle Besucher_innen ohne offizielle Einladung oder Presseausweis fallen, werden wie auch die meisten Reporter_innen durch zivile Polizeieinheiten am Einlass gehindert. Die beinahe 100 Demonstrant_innen, die mit internationaler Unterstützung die Prozesse vor dem Gerichtsgebäude begleiten, sehen sich massiver Beschattung und Polizeiwillkür ausgesetzt. Abgesehen von kleineren Solidaritäts-Kundgebungen scheint der Unterstützer_innenkreis allein zu bleiben. Ihre Anklage an die Justiz, welche sich weder an eigene Rechtsstandards hält, noch sich darum bemüht, den Schein zu wahren, wird in ihrer Tragweite größtenteils nicht verstanden und stößt in den meisten Fällen auf die Reproduktion eines, durch die ungarische Regierung offen und von vielen Stellen unterstützten negativen Bildes von Geflüchteten. Nicht erst unter der Regierung von Viktor Mihály Orbán wurden Minderheiten, vor allem flüchtende Menschen zur gesellschaftlichen Zielscheibe instrumentalisiert und stigmatisiert. Die momentane Zuspitzung stellt dabei in ihrer direkten Gewalt ein Vorbild für extrem rechte Bewegungen in Europa dar. Von Bürgermeistern wie Laszlo Toroczk, die zur Jagd auf Geflüchtete aufrufen, bis hin zu einer Justiz, welche Ahmad als Vorzeigefall der Migration — als Terroristen — inszeniert. Das Exempel ist statuiert. Eine alte Frage tut sich erneut und offen vor aller Augen auf: Wer richtet die Richter? Vor allem dann, wenn das „Volk" wegschaut.

Doch es regt sich Protest. Für den 3. Dezember 2016 sind Kundgebungen in Budapest angemeldet worden und internationale Medien haben das Thema aufgegriffen. Der Prozess gegen die Röszke 11 zeigt, wie notwendig unsere Solidarität ist. Zumindest konnte die gewonnene Aufmerksamkeit genug Druck erzeugen, um die von der Staatsanwaltschaft geforderte lebenslange Haftstrafe für Ahmad auf 10 Jahre zu reduzieren. Leider nur ein kleiner Erfolg.



europe.newsweek.com

N WORLD U.S. PODCASTS OPINION CULTURE SPORTS TECH & SCIENCE BUSINESS VIDEO THE MA

Riot police fired water cannons and tear gas while refugees searched for new ways to enter the EU bloc.

BY REUTERS ON 9/17/15 AT 12:23 AM

Hungarian riot police charge migrants at the border crossing with Serbia in Roszke, Hungary September 16, 2015. Hungarian police fired tear gas and water cannon at protesting migrants demanding they be allowed to enter from Serbia on Wednesday on the second day of a border crackdown.

KARNOK CSABA/REUTERS

SID, Serbia/ROSZKE, Hungary (Reuters) - Hungary on Wednesday detained 29 people including a "terrorist" as migrants demanding to be let through the country's newly shut European Union frontier clashed with riot police firing water cannon and tear gas while refugees searched for new ways to enter the

READ

Faksimile newsweek

Weltweit sorgte das brutale Vorgehen der Polizei gegen Geflüchtete für Schlagzeilen

Wenn all jene Institutionen ihrem irrsinnigen Vertrauensvorschuss und der von uns auf sie übertragenen Verantwortung nicht gerecht werden und diese nur zur Stärkung der eigenen Macht ausnutzen, stellen das Engagement der politischen Aktivist_innen, ihr Durchhaltevermögen und ihre Kreativität oft die einzige Möglichkeit dar, um für eine öffentliche Wahrnehmung zu sorgen. Eine Verantwortung, welche in der Regel von Seiten der Presse übersehen wird. Erst die Verurteilung selbst brachte den vergeblich erwarteten Aufschrei kritischer Zeitungen mit sich. Für Ahmad H. hoffentlich nicht zu spät. •

Mehr Informationen unter:
roszke11.wordpress.com
freetheroszke11.weebly.com
noborderserbia.wordpress.com
moving-europe.org
ineumanity.noblogs.org

REPRESSION

Udo Ulfkotte: Wenn ein rechter Autor auf kritische Besucher trifft

JONAS FEDDERS

■ Udo Ulfkotte war früher einmal ein angesehener Mann. Viele Jahre lang arbeitete er als Politikredakteur bei der FAZ, er galt als Experte für Sicherheitsmanagement. Irgendwann fing er an, vor einer „Islamisierung" zu warnen. Mittlerweile veröffentlicht er in regelmäßigen Abständen verschwörungstheoretische Bestseller über „gekaufte Journalisten" und die „Asylindustrie" im rechtsesoterischen Kopp-Verlag aus Rottenburg am Neckar. Auf Facebook hetzt Ulfkotte gegen „Invasoren", „Asylforderer" und die „Lügenpresse"; mit seinen Beiträgen und Publikationen erreicht er zehntausende Menschen. Udo Ulfkotte ist also so etwas wie ein Star in der islamfeindlichen und verschwörungstheoretischen Szene.

Für unfreiwilliges Aufsehen um seine Person sorgten jedoch die Vorkommnisse vor gut eineinhalb Jahren, als Ulfkotte einen Vortrag bei einem „Bürgerstammtisch" der Alternative für Deutschland (AfD) im südhessischen Dietzenbach hielt. Ein paar linke Aktivist_innen mischten sich bei der besagten Veranstaltung unter die Zuhörer_innen und störten den Vortrag, indem sie Bullshit-Bingo spielten: Bei bestimmten Begriffen — „Gender", „Lügenpresse", „Islam" — gab es einen frenetischen Applaus, sodass Ulfkotte seinen Vortrag teilweise kurz unterbrechen musste. Die Stimmung unter den anwesenden Sympathisanten der AfD wurde von Mal zu Mal aggressiver. Irgendwann wurde es Ulfkotte dann zu viel: Er ging auf einen 15-jährigen „Störer" zu, es kam zum Gerangel, am Ende lag der Jugendliche auf dem Boden. Neben Ulfkotte standen während dieses Vorfalls die Neonazis Daniel Lachmann und Stefan Jagsch, die damals den Landesvorstand der hessischen NPD bildeten. Lachmann stand dicht hinter Ulfkotte, während Jagsch versuchte, die Dokumentation des Vorfalls zu verhindern, indem er in die Kamera eines Fotografen griff.

Der Jugendliche kündigte nach der Attacke eine Strafanzeige gegen Ulfkotte an. „Einfach geil, wenn er mich angezeigt hat, dann habe ich seine Adresse... Suuupii... Da freuen sich schon einige andere mit!", schrieb Ulfkotte daraufhin bei Facebook. Später ruderte er zurück und versuchte, den drohenden Unterton seiner Äußerung zu verharmlosen: Über die Personalien des Jugendlichen freue er sich nur, weil er „die Störer dann von weiteren Veranstaltungen mit mir für die Zukunft ausschließen lassen" könne. Den Vorwurf, dass er den jungen Mann in irgendeiner Weise angegriffen habe, bestritt er vehement: Er habe lediglich „einen der Störer nach einer erfolglosen Aufforderung zum Verlassen des Saales an den Schultern gefasst, um ihn zum Verlassen des Raumes aufzufordern". Der Teenager habe sich dann „sofort fallen gelassen", so Ulfkotte.

Viele Medien berichteten über den Vorfall, teilweise bundesweit. Ulfkotte hatte daraufhin angekündigt, „gegen einen ganzen Sack Journalisten zivil- und strafrechtlich (...) wegen deren verlogener und nachweislich unwahrer Berichterstattung" vorgehen zu wollen. Dass er, ein Bestsellerautor, einen Minderjährigen attackiert haben soll, wollte er so nicht stehen lassen. Und so hagelte es Abmahnungen, einstweilige Verfügungen und Unterlassungsklagen gegen mehrere Medienhäuser. „Das gibt zwar ne Menge Kostennoten, Anwaltsrechnungen etc. — aber den Vertretern der ‚Lügenpresse' muss man einfach mal zeigen, dass erfundene Berichterstattung in Deutschland aus der Sicht der Bevölkerung noch immer ‚Märchen' heißt und nichts mit der Informationspflicht zu tun hat, die Medien hier immer noch haben", schrieb Ulfkotte zu seinen angeblich selbstlosen Beweggründen. Einer Zeitung diagnostizierte er „nach Rücksprache mit den Juristen" gar, bald „bankrott" zu sein, „und die Journalisten stehen auf der Straße als Folgen der Lügen über Udo Ulfkotte".

Am 21. Juli 2016 erging nun ein Urteil in mindestens einer dieser Angelegenheiten. „Habe vor dem Frankfurter Landgericht mehrere Prozesse gegen ‚renommierte' Lügenmedien gewonnen, schreibe die Tage ausführlich darüber", verkündete Ulfkotte kurz darauf großspurig bei Twitter. Nach diesen ausführlichen Worten über seinen juristischen „Erfolg" sucht man seitdem vergebens. Vielleicht liegt es daran, dass er sich das Urteil mal etwas genauer angesehen hat. Denn da steht zwar in der Tat, dass Ulfkotte den Jugendlichen definitiv



V.l.n.r.: Die NPD-Aktivisten Jagusch und Lachmann sowie der Publizist Udo Ulfkotte beim Bürgerstammtisch der AfD in Dietzenbach

nicht an den Haaren gezogen hat und es auch nicht erwiesen sei, dass er den Teenager durch seine Handlung verletzt hat. Die Zeitung wurde also dazu verurteilt, diese unwahren bzw. nicht beweisbaren Tatsachenbehauptungen nicht zu wiederholen. Ulfkottes Klage hatte in diesen Punkten Erfolg. In dem Urteil steht aber auch, das Gericht sei zu der Überzeugung gelangt, dass Ulfkotte auf der AfD-Veranstaltung „den Jugendlichen attackierte, am Kragen packte, an die Wand drückte und zu Boden warf". Diese Aussagen darf die Zeitung folglich auch weiterhin über Ulfkotte tätigen. Dass ein solches Ergebnis kaum ein besseres Licht auf ihn wirft, dürfte auch Ulfkotte klar sein. Vielleicht ist deshalb die Prahlerei über seinen juristischen Rundumschlag einer peinlich berührten Stille gewichen.

Auch die strafrechtlichen Ermittlungen gegen Ulfkotte wegen Nötigung gingen für ihn zwar glimpflich, aber nicht ohne Beigeschmack aus. Das Verfahren wurde Ende Mai 2016 gemäß Paragraph 153a der Strafprozessordnung gegen eine Geldzahlung in Höhe von 1.000 Euro eingestellt. Obwohl eine Einstellung wegen erwiesener Unschuld anders aussieht, besteht die Unschuldsvermutung weiter fort: Ulfkotte ist der Straftat nicht überführt worden und gilt dementsprechend als unschuldig. Gleichwohl ist für eine Einstellung nach dieser Vorschrift ein hinreichender Tatverdacht gegen den Beschuldigten vonnöten. Soll heißen: Hätte Ulfkotte sich mit der Zahlung der Geldauflage nicht einverstanden erklärt, hätte die Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erhoben – und es wäre zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung gekommen.

Für Ulfkotte war das juristische Nachspiel also vor allem eine ziemlich teure Angelegenheit: Neben der Geldauflage fallen für ihn Anwaltsgebühren und im Falle der zivilrechtlichen Auseinandersetzungen auch die Hälfte der Gerichtskosten an. Ein juristischer Sieg auf voller Linie sieht anders aus. Über all das liest man von Ulfkotte allerdings nichts. Aber Verschwörungstheoretiker pflegen naturgemäß auch eher ein taktisches Verhältnis zur Wahrheit. •

Dieser Artikel erschien in leicht abgewandelter Form zuerst bei „Netz gegen Nazis" am 11. Oktober 2016

FINNLAND

Neonazigewalt in Finnland

Der Mord an Jimi Karttunen

VARIS NETWORK

Der Anstieg extrem rechter Aktivitäten auf den Straßen Finnlands hat nach Jahrzehnten zum ersten politischen Mord geführt. Jimi Karttunen, ein Passant, der während einer Flugblattaktion der militanten Neonazis von „Suomen Vastarintaliike" (SVL) — der „Finnischen Widerstandsbewegung" — stehen blieb, um zu protestieren, wurde angegriffen. Einer der einschlägig bekannten und gewalttätigen Aktivisten nahm 10 Meter Anlauf und trat Jimi gegen die Brust, wodurch er stürzte und sein Kopf auf den Boden schlug. Eine Woche später starb er auf Grund seiner schweren Kopfverletzungen. Der wegen der Tötung von Jimi angeklagte Neonazi Jesse Eppu Oskari Torniainen hatte bereits 2014 bei einem ähnlichen Vorfall in Vantaa einen Passanten angegriffen. Dass Neonazis einen politischen Gegner am helllichten Tag auf dem zentralsten Platz des Landes, dem Bahnhofsviertel der Hauptstadt, töten konnten, hat die finnische Gesellschaft tief erschüttert. Eine Woche nach dem Mord haben beinahe 15.000 Menschen gegen Neonazigewalt demonstriert. Jedoch hat diese breite Entrüstung nicht zu einem entschlossenen antifaschistischen Widerstand geführt, der in der Lage wäre, Neonazis an Aufmärschen oder weiteren Angriffen zu hindern. Für die Antifaschist_innen, die das Anwachsen der extrem rechten Aktivitäten in den letzten Jahren beobachtet haben und ihnen entgegengetreten sind, erschien dieser tragische Tod als eine Frage der Zeit. Die SVL ist der in 2008 gegründete finnische Ableger der schwedischen „Nordiska Motståndsrörelsen" (NMR), der „Nordischen Widerstandbewegung". Die NMR ist eine in den skandinavischen Ländern aktive militante Neonaziorganisation, die nach den organisatorischen Grundsätzen der rumänischen faschistischen Zwischenkriegsbewegung „Eiserne Garde" und einer dogmatischen Auslegung der nationalsozialistischen Ideologie aufgebaut wurde. Ihr politisches Ziel ist eine neue „Kalmar Union", eine Art panskandinavischer Nazistaat. Der Gründer des finnischen Ablegers der NMR, Henrik Holappa, der die Neonaziszene mittlerweile verlassen hat, schreibt in seinen Memoiren Anfang des Jahres: „Hitlers Deutschland entsprach genau meiner Vision einer utopischen Gesellschaft. Die Ideologie benötigte keine Ergänzungen oder Streichungen, und in meiner utopischen Gesellschaft würde der Nationalsozialismus des Dritten Reichs genau wie dieser praktiziert."

Antisemitismus, Antikommunismus, Antifeminismus und rassenbiologischer ethnischer Nationalismus sind die politische Grundlage der NMR. Dieser erlangte schon 2010 landesweites Aufsehen, als sie die Gay-Pride-Parade in Helsinki mit Pfefferspray angriff und über 80 Personen verletzte. Als die rechten Populisten der Partei „Wahre Finnen" für die Parlamentswahlen die Aufmerksamkeit auf sich zogen, warf ihnen die „Finnische Widerstandsbewegung" vor, zu moderat zu sein und rief ihre Anhänger dazu auf, die Straße zu übernehmen. Dies führte zu einer Hochphase rechter Übergriffe auf LGBT-Organisationen, Migranten_innen und politische Gegner_innen, die erst durch organisierten antifaschistischen Widerstand aufhörten. Zu diesem Zeitpunkt wurde das antifaschistische Varis-Netzwerk gegründet. Über Jahre hatte sich der Neonazismus insbesondere im Untergrund organisiert. Details zu Auftritten und anderen Aktivitäten waren nur über direkten Kontakt zu den Organisatoren zu bekommen. Wegen der antifaschistischen Arbeit und der organisatorischen Schwäche neonazistischer Kreise war es für diese praktisch unmöglich, sich an einem öffentlich bekanntgegebenen Ort zu treffen. Ende 2014 gewannen sie an Boden. Am 6. Dezember 2014, dem finnischen Unabhängigkeitstag, organisierte eine außergewöhnlich breite, extrem rechte Koalition einen Fackelzug durch Helsinki, mit ungefähr 200 Beteiligten. Dabei konnten sie weite Strecken ohne Widerstand zurücklegen, weil die radikale Linke auf der anderen Seite der Innenstadt beim Amtssitz des Präsidenten gegen Klassenunterdrückung demonstrierte. Bis heute dient der Fackelzug zum Unabhängigkeitstag dazu, das rechte Spektrum zu einen. Zu den Organisatoren zählen unter anderem die SVL, wie auch die „Suomen Sisu", eine landesweite Neonaziorganisation, die 1998 aus den tendenziell intellektuelleren Teilen der rechten Skinheadbewegung entstanden ist. Diese versucht die Grenzen der extrem rechten Subkultur zu überwinden, indem sie die Strategien der französischen „Nouvelle Droite" kopiert. Im Moment hat „Suomen Sisu" („Finnische Tapferkeit") eine starke Position innerhalb der Partei „Wahre Finnen", was ihnen ermöglicht, Sitze in Stadträten, Parlamenten und anderen Regie-



Jesse Eppu Oskari Torniainen, im Jahr 1990 geboren, steht im Verdacht des schweren Totschlags an Jimi Joonas Karttunen. Er stand bereits wegen verschiendener Gewaltdelikte vor Gericht und wurde unter anderem wegen einer Messerattacke auf einen Migranten verurteilt. Jesse Eppu Oskari Torniainen gilt als einer der führenden Aktivisten der „Finnsichen Widerstandswegebung", der er seit Jahren angehört. Für den Neonaziaktivisten organisierten namhafte Neonazibands im Oktober 2016 ein Solidaritätskonzert .

rungsorganen zu besetzen. Es waren diese strategischen Leitlinien des gegenwärtigen Neonazismus, auf denen der Aufmarsch am Unabhängigkeitstag beruhte: Explizite Nazisymbolik machte einer integrativeren nationalistischen Rhetorik Platz, wobei die Beteiligung der SVL geheim bleiben sollte. Der Durchbruch der Neonazis erfolgte jedoch erst am Ende des Sommers 2015. Eine nationalistische und einwanderungsfeindliche Gruppe begann unter dem Motto „Schließt die Grenzen!" landesweite Demonstrationen zu organisieren. Fast überall fanden antifaschistische Gegenproteste statt, die meist ebenso viele Menschen mobilisieren konnten. Großaufgebote der Polizei in Verbindung mit mangelnder Erfahrung im Straßenkampf hielten die Antifaschist_innen davon ab, die Demonstrationen zu verhindern. Die bisher relativ geringe Repression gegen Antifaschist_innen in Finnland stieg dennoch: Die Polizei begann Leute einzuschüchtern, die an den Protesten teilgenommen hatten, während in den Medien der Extremismusdiskurs befeuert wurde. Die Teilnehmendenzahlen nahmen auf beiden Seiten schließlich wieder ab. Die „Schließt die Grenzen!"-Bewegung, eine kleinere Pegida-orientierte Bewegung, brach letztendlich wegen interner Machtkämpfe und der geringen Erfahrung in politischen Organisationsprozessen zusammen. Es gelang der Bewegung auch nicht, dass im weit verbreiteten Nationalismus und in der rassistischen und autoritären Gesinnung der derzeitigen finnischen Gesellschaft enthaltene Potential abzuschöpfen. Ihre aggressiven Kampagnen ermöglichten jedoch anderen extrem rechten Gruppen auf die Straße zu gehen. Antifaschist_innen hatten nicht die Mittel, um gegen jede Kundgebung dieser neuen Welle extrem rechter Aktivitäten zu mobilisieren. In Folge der „Schließt die Grenzen!"-Bewegung entstand in Lappland eine Bürgerwehr namens „Soldiers of Odin" (S.O.O.), deren Kernmitglieder und Gründer aus rechten (Ex-)Skinheads und kompromisslosen Nationalisten bestehen. Ihr Anführer ist Unterstützer der SVL. Grundsätzlich behauptete S.O.O., die Sicherheit auf den Straßen herzustellen und bedrohte vermeintlich „kriminelle" Migrant_innen und Linke. Aufgrund antifaschistischer Reaktionen wie der „Loldiers of Odin"-Clownsarmee oder die Verwüstung ihres Clubhauses fokussierte sich der Hass der S.O.O. zunehmend auf „die Roten". In Kombination mit Medienberichten über die Strafregister ihrer Anführer und Mitglieder, die zahlreiche Frauenmisshandlungen und rassistische Übergriffe aufdeckten, wurde das öffentliche Bild der „gesetzestreuen Bürgerwehr" zerstört. Die „Soldiers of Odin" hatten seit Beginn interne Auseinandersetzungen und konnten sich nicht zu einer ernsthaften physischen Bedrohung entwickeln. Zwar werden die S.O.O. im Moment schwächer, führen aber dennoch ihre Straßenpatrouillen in einigen finnischen Städten durch, die aus etwa 4 bis 6 Personen bestehen. Obwohl diese neuen nationalistischen und rassistischen Bewegungen wie „Schließt die Grenzen!" und S.O.O. schnell zusammengebrochen sind, wäre es ein Fehler anzunehmen, dass der Aufstieg der Neonazis in Finnland beendet ist. Es ist davon auszugehen, dass sich neue nationalistische Kreise finden, die sich organisierten Gruppen wie der „Finnischen Widerstandsbewegung" und der „Suomen Sisu" anschließen. Der Aufmarsch am Unabhängigkeitstag und andere Etablierungsversuche neonazistischer Traditionen werden neben der Intensivierung des alltäglichen Widerstands gegen alle reaktionären Kräfte sicherlich Mobilisierungspunkte für Antifaschist_innen werden. •

ÖSTERREICH

Identitäre Zentren

Alte Rechte neu aufgelegt …

GASTBEITRAG RECHERCHE GRAZ

Die „Identitären" sind aktuell die aktivste Gruppe der außerparlamentarischen extremen Rechten in Österreich. Durch ein Diskursupdate mitsamt der Verbindung von Aktionismus, Pressearbeit und Merchandise versuchen sie sich seit ihrer Gründung 2012 als „Bewegung" (IB) zu inszenieren sowie ihre extrem rechte Ideologie, ihre Querverbindungen zum Neonazismus[1] und ihre gewalttätigen Aktionen durch ihr popkulturelles Image zu legitimieren. Im Frühjahr eröffneten sie in Graz das erste offizielle „identitäre Zentrum" Österreichs, von dem aus sie ihre Aktionen planen, die Ortsgruppen ideologisch schulen und Journalist_innen empfangen, deren unkritische Berichterstattung zur Etablierung der IB beigetragen hat. Sieht mensch genauer hin, verdeutlicht das Zentrum die strukturellen und personellen Verbindungen zwischen IB, völkischen Burschenschaften, der FPÖ und alten Kadern des militanten Neonazismus.

Hintergründe zum „identitären" Zentrum in Graz

Ende Februar 2016 wurde das sogenannte „Hackherzentrum", benannt nach einem K. und K.- Oberst, als erstes offizielles Zentrum der österreichischen IB in der Schönaugasse 102a/Tür 2 in Graz bezogen. Seitdem dient die 69m² große Hinterhofwohnung als Seminar- und Lagerraum, Werkstatt, Bibliothek und Vereinssitz. Denn mit dem Zentrum hat sich der juristische Unterbau der extremen Rechten pluralisiert: Zusätzlich zum 2012 gegründeten Wiener „Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität" (aktuell geleitet von den Brüdern Thomas und Martin Sellner), wurde im April 2016 der „Verein für nachhaltige Völkerverständigung und Jugendarbeit" ins Leben gerufen. Er dient als Träger des Grazer Zentrums und ist seit neuestem Eigentümer des Spendenkontos der IB, nachdem mehrere Banken die Konten des Wiener Vereins kündigten[2]. Hinter diesem Verein, mit dem so unverdächtig klingenden Namen, stehen Tino Taffanek als Obmann und Jörg Dittus als Kassier - zwei IB-Kader aus der Steiermark mit Bezügen zu deutschnationalen Männerbünden. Dittus löste in dieser Funktion Siegfried Waschnig ab, der bereits 2005 als Kandidat im Vorschlag der FPÖ Steiermark zur Landtagswahl aufgeschienen war und in Zeitschriften und Portalen der extremen Rechten publiziert.

Heinrich Sickl - Vom Neonazi zum Vermieter des „identitären" Zentrums

Zusätzlich zum Grazer Zentrum entstand 2016 in Linz das „Khevenhüller-Zentrum"[3] im Haus der Burschenschaft Arminia Czernowitz, die personell eng mit der FPÖ verbunden ist. Die Gründung eines Zentrums in Wien wurde im Oktober angekündigt, bislang dient die Albertgasse 51, in der zwei völkische Verbindungen und ein Studentenwohnheim untergebracht sind, als inoffizieller Ausgangspunkt der IB. Diese Abhängigkeit von völkischen Verbindungen zeigt sich auch in Graz am Vermieter Heinrich Sickl, der seit 2005 Eigentümer der Schönaugasse 102a/Tür 2 ist. Sickl blickt auf eine bewegte Vergangenheit in der Neonaziszene zurück: Er wurde bereits 1991 in den Unterlagen der deutschen „Nationalistischen Front" (NF) als einer der wenigen ÖsterreicherInnen geführt. 1992 wurde die NF, die sich mit dem Aufbau „Nationaler Einsatzkommandos" als bewaffnete Kampftruppen gegen „Ausländerverbrecherbanden", „Linke" und die „Staatsgewalt" befasste, schließlich verboten, existierte aber in der Illegalität weiter.

Die einschlägigen Aktivitäten von Heinrich Sickl führten nicht nur zu Ermittlungen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung, sondern im Jahr 2000 auch zu kritischen medialen Nachfragen an seine Mutter Elisabeth Sickl — der damaligen Bundesministerin für Soziales. Die FPÖ-Politikerin grenzte sich selbst allerdings selten klar von extrem rechten Aussagen und AkteurInnen ab: So veröffentlichte die extrem rechte Zeitschrift „Die Umwelt" im Jahr 2001 ein Foto von deren Herausgeberin Hemma Tiffner gemeinsam mit Elisabeth Sickl, aufgenommen am Rand der „Kärntner Kulturtage" des „Österreichischen Kulturwerkes", als dessen Obmann eine Gallionsfigur der extremen Rechten, der Altnazi Otti Scrinzi, fungierte. Veranstaltungsort war das Schloss Albeck in Sirnitz — das Veranstaltungslokal von Elisabeth Sickl. Auch für den Neonazi-Aktivismus ihres Sohnes Heinrich fand Elisabeth Sickl relativierende Worte: Sie sei damals „sehr unglücklich mit der Entwicklung" gewesen, „[a]ber Jugendliche machen eben viel Blödsinn, manche nehmen zum

etwa 500.000 Einwanderer angewiesen sei. Eine solche Zahl habe die Bertelsmann Stiftung errechnet. Auf Grund der Statistikhörigkeit der Politiker glaube er durchaus, daß diese tendenziösen Studien kritiklos für bare Münze nähmen und dann danach handelten.

Für die Physikerin Merkel treffe dies nach Österreich strömten. Dies sei immerhin die Hälfte der Geburtenzahl eines Jahres in der Alpenrepublik. Die IB propagiere seit Jahren eine „Festung Europa“. Dafür sei man früher verteufelt worden, heute trete selbst Österreichs schwarze Innenministerin Johanna Mikl-Leitner dafür ein.

einwanderung sei ein neues Phänomen, das er wie einen „Pilzbefall“ verglich. Hierbei müsse Europa zusammenarbeiten. Abschließend meinte der Redner – ganz in Anlehnung an Merkels legendären Spruch: „Wir schaffen das, nämlich Multikulti zu beenden!“

Peter Stockner



Gruppenbild mit Veranstaltern und Referenten (v.li.n.re.): Dr. Wilfried Hartwagner (als scheidender Obmann FAV Steiermark), Felix Menzel (*Blaue Narzisse*), Dr. Erik Lehnert (Institut für Staatspolitik), Martin Sellner (Leiter Identitäre Bewegung Wien), Dipl.-Ing. Heinrich Sickl (Neo-Obmann FAV Steiermark, „Hausherr“)

Faksimile: Aula, Dezember 2015

Beispiel Haschisch“. Als sie Sozialministerin wurde, habe ihr Sohn Heinrich den Absprung längst geschafft gehabt und sei „nur mehr Mitglied einer schlagenden Verbindung.“ Das sei „etwas komplett anderes.“[4] So wirklich „anders“ waren die beiden Verbindungen von Sickl nun doch wieder nicht: Weder die Feldkirchner pennale Burschenschaft Tiguria, noch die in der offen biologistisch-rassistischen „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ organisierte Burschenschaft Arminia Graz, die an IB-Aktionen partizipiert, sich 2015 führend an einer burschenschaftlichen Demonstration gegen „den Wahnsinn der Masseneinwanderung“ beteiligte und der IB im Juli 2016 ihr Ferienhaus am Packer Stausee für ihr Sommerlager zur Verfügung stellte. Seit November 2015 ist Heinrich Sickl zudem Obmann des „Freiheitlichen Akademikerverbands“ (FAV) Steiermark. Die von den FAV in Graz herausgegebene Zeitschrift „Aula“ gilt als eine der wichtigsten Publikationen der österreichischen extremen Rechten und stellt eine publizistische Brücke zwischen FPÖ, deutschnationalen Burschenschaften und weiteren Formen der außerparlamentarischen extremen Rechten bis hin zum Neonazismus dar. Insbesondere die wiederholte Beschimpfung von KZ-Überlebenden als „Landplage“ sorgte in Österreich für Aufsehen — u.a. nachdem die Grazer Staatsanwaltschaft deswegen ein Verfahren gegen die „Aula“ eingestellt und damit Fragen zu ihrem eigenen Geschichtsbewusstsein aufgeworfen hatte. In der Funktion als FAV-Obmann organisierte Sickl mehrere Seminare zur Vernetzung der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum. So referierten am 14. November 2015 zum angeblichen „Sturm auf Europa“ Erik Lehnert („Sezession“, „Institut für Staatspolitik“), Felix Menzel („Blaue Narzisse“) und Martin Sellner in den Räumlichkeiten von Sickls Verbindung Arminia Graz. Das zweite Seminar am 30. Juni 2016 fand in Kooperation mit dem „Grazer Korporationsring“ in den Räumen der Sängerschaft „Gothia“ statt, bei der die FPÖ-Nationalrätin Barbara Rosenkranz, der Jurist Bernhard Lehofer und Philipp Stein von der Plattform „Ein Prozent“ das Podium besetzten. Ebenso war Sickl Hauptorganisator der FAV/IfS-Herbstakademie vom 14.-16. Oktober 2016 im „Grazerhaus“, dem Bergheim des deutschnationalen „Akademischen Turnvereins Graz“. Martin Semlitsch (alias Lichtmesz), Erik Lehnert, Günther Scholdt, Thor von Waldstein und Andreas Lichert, der vor der offiziellen Akademie noch das „Hackherzentrum“ besuchte, nutzten den Anlass zur Vernetzung mit „Identitären“ aus der Region. Lediglich Martin Sellner und Götz Kubitschek, die ebenfalls als Referenten angekündigt waren, zogen die PEGIDA-Geburtstagsfeier in Dresden der Alm im steirischen Salzkammergut vor.

Das „Zentrum“ der „Identitären“ in Graz



Zusammengefasst: Die IB, die sich aus dem neonazistischen Erlebnismilieu, deutschnationalen Burschenschaften und der FPÖ rekrutiert, haben mit Heinrich Sickl in Graz einen Vermieter gefunden, der als Bindeglied eben dieser Sphären der österreichischen extremen Rechten fungiert und gleichzeitig den Rahmen für eine solche Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum schafft. Die in Rundschreiben zu den Zentren beworbene „identitäre Gegenkultur“ entlarvt sich damit als Affirmation des rechten Mainstreams und die „patriotischen Freiräume“ erweisen sich als Neuauflage der burschenschaftlichen Buden, ohne deren Schützenhilfe sie nicht bestehen könnten. •

Barbara Yelin und David Polonsky
Vor allem eins: Dir selbst sei treu.
Die Schauspielerin Channa Maron
Hardcover, 80 Seiten
Reprodukt, Berlin, 2016



In zwei Teilen berichtet das Buch von dem Leben der Schauspielerin Channa Maron. Sie wird 1923 als Kind jüdischer Eltern in Berlin geboren. 1931 flieht sie mit ihrer Mutter vor den Nationalsozialisten nach Paris, um kurz darauf nach Israel zu emigrieren.

Der erste Teil des Buches besteht aus einer eher klassischen Comic-Erzählung von Barbara Yelin. In einer eindringlich gezeichneten und dicht erzählten Biographie beschreibt Yelin das Leben der Schauspielerin. Jedes Kapitel wird dabei von dem gezeichneten Charakter einer realen Person eingeführt, die im Folgenden ihre Perspektive auf Maron wiedergibt und von gemeinsamen Erlebnissen erzählt. Neben ihren Kindern sind dies vor allem Personen aus ihrem Leben als Schauspielerin.

Schon als Kind trat Channa Maron in Berlin am Theater auf oder spielte in Filmen mit. Besonders ihre Rolle als Pünktchen in „Pünktchen und Anton" von Erich Kästner oder als Kinderstimme in „M. Eine Stadt sucht einen Mörder" verhalfen ihr zu einiger Bekanntheit. Weniger bekannt in Deutschland sind allerdings ihre Engagements in der jüdischen Brigade der britischen Armee oder die späteren Erfolge am Cameri-Theater in Israel. Aufgrund der Nachrichten, die sie aus Deutschland erhalten, lassen sich Maron und ihr späterer Ehemann von der britischen Armee rekrutieren. Zunächst wird sie als Sekretärin nach Kairo versetzt, um später als Schauspielerin im Unterhaltungskorps der neu gegründeten jüdischen Brigade aufzutreten und in über 250 Vorstellungen für knapp 200.000 Zuschauer_innen zu spielen. Als ein einschneidendes Erlebnis beschreibt ihre Tochter den Auftritt vor einem Publikum, das aus KZ-Überlebenden besteht und zitiert ihre Mutter mit den Worten: „Erst jetzt begreife ich ein Stück weit, was eigentlich geschehen ist." Ihre Arbeit als Schauspielerin unterbricht Maron nur einmal für längere Zeit. 1970 wird sie bei der versuchten Entführung einer El-Al-Maschine am Flughafen München-Riem schwer verletzt. Ihr muss ein Bein amputiert werden. Im Folgenden setzt sie sich jedoch immer wieder für den Friedensprozess zwischen Israel und Palästina ein.

Yelin entwickelt über die verschiedenen Personen aus Marons Leben eine vielschichtige biographische Comic-Erzählung, die das Bild einer Frau entwirft, die trotz einiger Schicksalsschläge nicht den Mut verliert und sich in aktuelle politische Debatten einbringt. Die Anordnung der Bilder ist dabei klassisch gehalten. Nur vereinzelt übertreten die Zeichnungen die Panelgrenzen und überlagern, zum Beispiel als Lautmalerei, andere Bilder.

Der zweite Teil der Biographie gestaltet sich eher unkonventionell. Der israelische Illustrator David Polonsky („Walz with Bashir") zeichnet große Porträtaufnahmen von Maron in ihren unterschiedlichen Rollen. Jedes Mal steht Maron im Vordergrund, während sich im Hintergrund Hinweise auf aktuelle politische und soziale Zusammenhänge ablesen lassen. In kurzen Texten, die allein auf der linken Seite stehen, während die Bilder rechts angeordnet sind, beschreibt Polonsky die jeweils zu sehende Rolle, die Maron gespielt hat, und verweist auf die historischen und politischen Geschehnisse während der Aufführung dieser Stücke.

Unterfüttert sind die beiden Teile zusätzlich mit Texten des Leiters des Goethe-Instituts Israel, der Philosophin Ofra Rechter, Tochter von Channa Maron, und der Journalistin und Dokumentarfilmerin Anne Linsel. Das Buch entstand in Folge einer Ausstellung, die Yelin und Polonsky gemeinsam mit dem Goethe-Institut entworfen hatten. In der Kombination der beiden sehr unterschiedlichen Teile entwickelt sich ein detailliertes, spannendes Buch, das sowohl Marons Leben, ihren Charakter und ihre Kunst, als auch die gesellschafts-politischen Hintergründe ihres Lebens in den Blick nimmt. Die Intention, Channa Maron auch in Deutschland über ihre Kinderrollen hinaus einem breiteren Publikum bekannt zu machen, scheint damit gelungen. •

Andreas Speit
Bürgerliche Scharfmacher
Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida
19.95 €, 352 Seiten

Der neuen Bewegung von rechts, sichtbar geworden durch zahlreiche flüchtlingsfeindliche Aufmärsche oder den Wahlerfolgen der AfD, widmet sich Andreas Speit in seinem neuesten Buch. Er präsentiert eine Gesamtdarstellung ihrer wichtigsten Akteure, Organisatoren und inhaltlichen Vordenker: „In dieser Bewegung ist die AfD das parteipolitische Gravitationsfeld, das „Institut für Staatspolitik“ eines der ideologischen Zentren und Pegida der atmosphärische Anheizer“, so Speit. In vier Kapitel gegliedert, analysiert er diese Organisationen und ihre Netzwerke als die wesentlichsten Protagonisten des neuen Rechtsrucks, zeichnet ihre Entstehungsgeschichten und Entwicklungen nach.

Er zeigt, dass die AfD nie nur eine Einthemen-Partei war, ihr Personal früh nach rechts drang und dieses Spektrum ein Parteiprojekt rechts der Union etablieren wollte. Sie wurde damit zum „parlamentarischen Brückenkopf der außerparlamentarischen Bewegung“, so Speit.

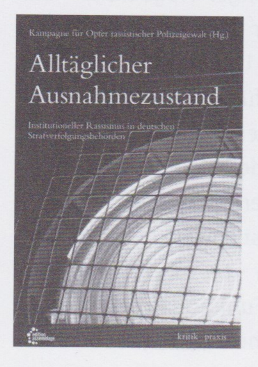
Er erklärt die Rolle von der „Identitären Bewegung“, der „Jungen Freiheit“ und des „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) als ideologische Vordenker der neuen Rechten, die sich seit Jahren eine Art Graswurzelbewegung von Rechts erhoffen und einen Kulturkampf mit ideologischer Auseinandersetzung im vorpolitischen Raum propagieren. Sie sehen ihre Zeit mittlerweile gekommen. Denn mit Pegida gelang es erstmals „ganz normale Leute“ gegen „Islamisierung“ und „Flüchtlingsinvasion“ in nennenswerter Zahl auf die Straße zu bringen und damit das Land nachhaltig zu beeinflussen. Des weiteren gewannen mit Pegida neue Strukturen an Bedeutung, wie das „Compact“-Magazin als „publizistischem Forum“ dieser heterogenen Bewegung.

In den verschiedenen Unterkapiteln steigt der Autor oft mit exemplarischen Beispielen oder eigenen Anekdoten ein, um sich den einzelnen Themen zu nähern z.B. als er mit einem Überraschungsbesuch IfS-Chef Götz Kubitschek überrumpelte und plötzlich in dessen Küche saß – und schnell wieder rausflog. Mit „Bürgerliche Scharfmacher“ gelang Andreas Speit eine kompakte, aber dennoch inhaltlich umfangreiche und lesenswerte Gesamtschau dieser Bewegung, die uns vermutlich noch einige Jahre beschäftigen wird. •



Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (Hrsg.):
Alltäglicher Ausnahmezustand. Institutioneller Rassismus in deutschen Strafverfolgungsbehörden.
edition assemblage, Berlin 2016
141 Seiten, 9,80 Euro

Innerhalb migrantischer Communities und unter schwarzen Deutschen gibt es ein großes Erfahrungswissen zu institutionellem Rassismus. Dies spielt In der hegemonialen deutschen Öffentlichkeit keine Rolle, und auch die antifaschistische Linke schreckt vor der Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus zurück. Beiden, der deutschen Öffentlichkeit und der antifaschistischen Linken, sei der sehr lesenswerte und gut verständliche Sammelband der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) empfohlen. KOP setzt sich seit Jahren mit institutionellen Rassismus auseinander und unterstützt sehr praktisch die davon Betroffenen und ihren Kampf gegen rassistische Normalzustände. Den AutorInnen gelingt eine umfassende Darstellung des alltäglichen Phänomens unter Berücksichtigung der Betroffenenperspektive. Nachvollziehbar und kenntnisreich werden rassistische Praktiken bei Polizei und Justiz beschrieben und den (nicht-betroffenen) LeserInnen so ein Bild davon vermittelt, welch weitreichende Bedeutung institutioneller Rassismus hat. Darüber hinaus wird durch die vielfältigen Beispiele aus der Praxis von KOP bedrückend eindrucksvoll klar, wie umfänglich und unvermittelt institutionelle rassistische Diskriminierung im Leben sehr vieler Menschen in Deutschland stattfindet. Deutlich wird, wie schwer es für Betroffene und ihre UnterstützerInnen ist, juristisch dagegen vorzugehen, eben weil die zu bemühenden Institutionen selbst Teil einer rassistisch verfassten Gesellschaft sind. Das Buch wendet sich klar gegen ein verkürztes Rassismusverständnis, welches Rassismus lediglich als persönliches Vorurteil beschreibt. Vielmehr geht es ihnen darum, die tiefgreifende Wirkung rassistischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufzuzeigen, welche unter anderem im institutionellen Rassismus ihren Ausdruck finden. Es bleibt nicht bei der Beschreibung und Analyse des Ist-Zustandes, es werden auch konkrete Forderungen erhoben und notwendige Entwicklung angemahnt, insbesondere im Hinblick auf Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene. •



Vor 27 Jahren …

berichteten wir in der Ausgabe Nummer 8 unter dem Titel „REPs wollen sich schlau machen“ über eine angestrebte „Intellektualisierung“ der rechten Partei „Die Republikaner“ (REPs). Rechtzeitig vor Empfang der 16,5 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung aus dem Europawahlkampf, waren die Ermittlungsverfahren gegen den Parteichef Franz Schönhuber wegen Betrugsverdachts und Veruntreuung der Kostenerstattung aus dem bayerischen Landtagswahlkampf (1986) eingestellt worden. Die volle Parteikasse würde eine Stärkung der rechten Parteiorganisation bedeuten. Nicht nur der Ausbau des Parteiapparats, der Landesverbände, des Bundesverbandes und der Umzug der Parteizentrale nach Bonn wurde durch die Millionenspritze beflügelt. Im Hintergrund würde an einem Parteiprogramm gearbeitet: Das Stichwort heißt „Intellektualisierung“. Eine Reihe von rechten Vordenkern hat sich dafür in die Pflicht nehmen lassen. Standen diese der neuen Partei anfangs eher reserviert gegenüber, hat sich mit der Aussicht auf einen Einzug in den Bundestag der Durchbruch angebahnt. Der Partei, die bis vor kurzem „im Grunde eine bayrische Landvolkbewegung“ (Ex-NPDler und dann REP-Funktionär Rudolf Kendzia) gewesen war, soll der nötige Schliff verpasst werden. Protagonisten der „Neuen Rechten“ erklärten sich bereit, den REPs einen theoretischen Überbau zur Etablierung zu liefern. Die „Überlebensfrage der Republikaner“ stehe und falle mit ihrer „Intellektualisierung“, gab der rechte Philosophieprofessor Günter Rohrmoser zu verstehen. Der von Schönhuber als ein „Geistiger Wegbereiter“ bezeichnete Professor für Mittlere und Neue Geschichte an der Uni Erlangen, Hellmut Diwald, schreibt dafür am „deutschlandpolitischen Teil“ des neuen Programms. Seine Vorstellungen wenden sich gegen die „nationale Impotenz der Deutschen“, für deren Lebensraum er selbst die von den REPs propagierten Grenzen von 1937 für zu eng hält. Der frühere Funktionär der „Ökologisch Demokratische Partei“ (ÖDP) Tilman Ziegler wechselte zu den REPs, wo er inhaltlich zu den Punkten „Umwelt und Lebensschutz“ arbeitete. Dem Thema „Sicherheitspolitik“ soll sich ein 3-Sterne General a. D. angenommen haben: Franz Uhle-Wettler, einst Kommandeur der 5. Panzerdivision der Bundeswehr und nun Leiter der NATO-Verteidigungsakademie in Rom. Die wohlwollenden Kontakte der rechten Vordenker zu den REPs blieb länger bestehen: Hellmut Diwald, Armin Mohler und Franz Uhle-Wettler fanden sich einige Jahre später als Kuratoriumsmitglieder auf der Stiftungsurkunde einer geplanten REP-nahen „Franz Schönhuber Stiftung“. Zur angestrebten „Intellektualisierung“ gehört auch die Gründung eines Republikanischen Hochschulverbandes (RHV). Zur Vorstandsspitze gehört Alexander von Schrenck-Notzing, Hans-Ulrich Kopp („Burschenschaft Danubia“) und Alexander Wolf. Burschenschaften gehören nicht nur zu den REP-Sympathisanten, der „Gesamtdeutsche Studentenverband“ und die „Deutsche Burschenschaft“ machen sich aktiv für die Partei stark. Zum Teil übernehmen sie Parteifunktionen wie der Burschenschafter Boris Rupp im Parteivorstand oder Markus Beisicht, der bis 1987 Vorsitzender des „Ring freiheitlicher Studenten“ war und als Beisitzer im REP-Bundesvorstand saß. Aus diesem studentischen Umfeld setzt sich auch die Redaktion der Zeitschrift 'Junge Freiheit' zusammen, die sich nunmehr ebenfalls in den Dienst der „Intellektualisierung“ der Partei stellt. Beim Bundesparteitag der REPs 1990 in Rosenheim konnten die Delegierten das neue, aufpolierte Parteiprogramm verabschieden. Hellmut Diwald durfte hier die Präambel und das Leitmotiv vorgeben. Der von einer „Beratergruppe aus dem nationalkonservativen Lager“ — etwa den rechten Publizisten Armin Mohler, Franz Uhle-Wettler und dem Unternehmensmakler Carl Zimmerer und dessen „Düsseldorfer Herrenrunde“ — miterstellte bzw. beeinflusste Entwurf wurde zuletzt noch von tendenziell „verfassungsfeindlichen Aussagen“ gesäubert und umformuliert. Dafür fanden sich zwei berufene Experten unter den „eingeladenen Parteimitgliedern“ der REP-Bundesprogrammkommission: Klaus Hartel (Overath) ist Amtmann im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz. Der stellvertretende hessische REP-Vorsitzende Gert Feldmeier ist Staatsanwalt in Frankfurt (Main) und war vorher als Vorsitzender des CDU-Bezirks Frankfurt-Mitte tätig.[1] Die Beiden wurden aufgrund ihrer Kompetenz auch gleich für den „REP-Bundesarbeitskreis Innen-, Rechts- und Sicherheitspolitik“ vorgeschlagen, dessen Vorsitz Klaus Hartel antrat. •

Professor Dr. Hellmut Diwald zum Thema München 1938

Damals: Die Revision eines Unrechts

Heute: Das Unrecht einer Revision

Der Lord bat sich Bedenkzeit aus. Wo könnte ein passionierter Mann des Meeres besser nachdenken als auf See? Also unternahm der Lord mit seiner Jacht ,,Sunbeam'' zunächst einen geruhsamen Törn um die Insel Wight vor der Südküste Englands. Premierminister Neville Chamberlain hatte seinen Freund, Lord Walter Runciman, gebeten, sich ein Bild über die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei zu machen und möglichst die Rolle eines Schiedsrichters zwischen ihnen und den Tschechen zu spielen. Das Delikate bei dieser Bitte des Premiers bestand darin, daß Viscount Runciman zwar als Vertreter der britischen Regierung kommen sollte, aber keinerlei amtlichen Auftrag dazu besaß. Seine geplante Mission würde lediglich darin bestehen, zu ,,beraten und zu vermitteln''. Wieder an Land, ging Lord Runciman zum britischen Außenminister Edward Halifax: ,,Sie setzen mich also in einer Nußschale mitten im Atlantik aus.'' Halifax: ,,So ist es.'' Der Lord: ,,Na schön. Ich fahre.''



Hellmut Diwald verfasste die Präambel und das Leitmotiv der REPs. Faksimile: Witiko-Brief 7, 1988

1 DER SPIEGEL 48/1989

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1
51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
29. Jahrgang
Nummer 113 | 4.2016

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*
- 5 Ausgaben im Abonnement 17,50 Euro
- 10 Ausgaben im Abonnement 35,00 Euro

Weiterverkauf
- ab 3 Exemplaren je 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
- ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden.
Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 112

TITEL
Türkischer Nationalismus

NS-SZENE
„Alliance for Peace and Freedom“ und „Europa Terra Nostra“

GESELLSCHAFT
Pegida vertraulich

INTERNATIONAL
Interview mit der Action Antifasciste Paris Banlieue



AIB 111

TITEL
Nazis verbieten?

NS-SZENE
Das Netzwerk des NSU zwischen Chemnitz und Zwickau

GESELLSCHAFT
Migrationspolitik die über Leichen geht

INTERNATIONAL
Blue by Day, White by Night

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ◯ 10 ◯ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

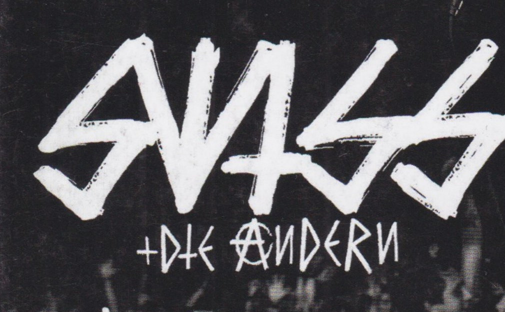








ZSK



MARA THON MANN

Live für die Sache

13.01.17	WÜRZBURG	POSTHALLE
14.01.17	DRESDEN	SCHEUNE
27.01.17	ERLANGEN	E-WERK
28.01.17	CHEMNITZ	AJZ
03.03.17	GÜTERSLOH	WEBEREI
04.03.17	SAARBRÜCKEN	GARAGE
31.03.17	[CH] ZÜRICH	DYNAMO
01.04.17	[AT] DORNBIRN	CONRAD SOHM
13.04.17	OSNABRÜCK	ROSENHOF
14.04.17	BREMEN	KULTURBAHNHOF
15.04.17	BOCHUM	ZECHE

TICKETS: SKATEPUNKS.DE




JETZT KARTEN HOLEN!

